

Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
NRW School of Governance

Neue Parteien und die Adaption parlamentarischer Verhaltensmuster

Eine textstatistische Analyse von Zwischenrufen im Landesparlamentarismus

Titel (English):

**New parties as disruptive forces in the parliamentary arena. A
quantitative analysis of interjections in Germany's regional
parliaments**

**Master-Arbeit zur Erlangung
des akademischen Grades
„Master of Arts (M.A.)“**

vorgelegt von

Florian Gilberg, B.A.

Erstprüfer: Prof. Dr. Andreas Blätte

Zweitprüfer: Christoph Leonhardt, M.A.

Köln, den 12. Mai 2020

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	4
Einleitung	5
1. Forschungsinteresse und Fragestellung	7
Erläuterung des Forschungsdesigns	8
Erläuterung des Forschungsstandes	8
2. Neue Parteien im Parlament	10
Neu vs. Alt - Kriterien neuer Parteien	12
Historische Bedingungen für das Aufkommen neuer Parteien	16
3. Parlamentarische Verhaltensmuster und das Mittel des Zwischenrufes	19
Das System Parlament als besonderer Raum gesellschaftlicher Debatten	20
Parlamentarische Arenen	25
Arbeitskommunikation: Die Rolle der Ausschüsse	27
Darstellungskommunikation: Das Verhältnis zur Öffentlichkeit	28
Durchsetzungskommunikation: "Kräftemessen" in den Parlamentsarenen	32
4. Der parlamentarische Zwischenruf	33
Definition	33
Semantisch-pragmatische Ebene: Zwischenrufetechniken	37
Syntaktische Ebene: Syntaktische Topologie	41
Textlinguistische Ebene: Sprechhandlungstypologien	42
Stenografische Erfassung	43
5. Der Einzug der Grünen in die Landesparlamente	44
Die Formierungs- und Gründungsphase	46
Die Aufbau- und parlamentarische Etablierungsphase (1980 – 1990)	47
6. Hypothesenbildung	52
7. Erläuterung der Methodik und Datenbasis	52
Extraktion und Aufbereitung zweier Landtagskorpora	52
Texterkennung und -extrahierung	55

Hypertext-Erstellung und linguistische Annotation	56
Metadaten-Anreicherung und Korpuserstellung	57
Topicmodelling und Extraktion der Zwischenrufe	58
Automatisierte Klassifikation von Zwischenrufen	61
Sentimentanalyse	61
Sprechhandlungstypologien nach Burkhardt	62
Erstellen von Sprecher*Innen-Netzwerken	63
8. Deskriptive Analyse	66
Landtagskorpus Hessen	67
Landtagskorpus Nordrhein-Westfalen	69
Interjektionen	71
9. Analyse des Beifall-Verhaltens	73
10. Analyse des Zwischenrufverhaltens	81
Sentimentanalyse	81
Ergebnisse der regelbasierten Annotation von Zwischenrufen	86
11. Interpretation und zusammenfassender Vergleich	89
12. Ausblick	92
Topics	92
Netzwerktheoretische Analyse von Zwischenrufen	94
Allgemeine Erweiterung der Methodik	95
13. Anhang	96
Vollständige Tabelle der Kategorisierungen extrahierter Interjektionen	99
Top Zwischenrufende und Zwischenrufempfangende beider Korpora	100
Absolute Beifallshäufigkeiten beider Korpora	101
Verteilung der Zwischenrufe auf Sentimentkategorien	103
Topic-Korrelationstabellen	104
Assortativity-Regression Hessen	105
14. Literaturverzeichnis	108

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zentrale Rollen und Bezugsgruppen eines MdB (Regierungsfraktion/Koalition) (Schwarzmeier 2002: 32)	21
Abbildung 2: Einstiegsphasen nach Willner (ebd. 2014: 144)	23
Abbildung 3: Medien als Mittler zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten (eigene Darstellung)	29
Abbildung 4: Einflussfaktoren auf die Darstellungskommunikation von Parlamentarier*Innen (eigene Darstellung)	31
Abbildung 5: Aufbereitungsprozess der Plenarkorpora (eigene Darstellung)	54
Abbildung 6: Screenshot der interaktiven Topicvisualisierung (Sievert und Shirley 2015)	59
Abbildung 7: Durchschnittliche Beifalls-Vermerke (Hessen) (eigene Darstellung)	74
Abbildung 8: Absolut Beifallszahlen im Zeitverlauf für Hessen (eigene Darstellung)	75
Abbildung 9: Durchschnittlicher Beifall im Zeitverlauf nach Adressat in Hessen (eigene Darstellung)	77
Abbildung 10: Durchschnittliche Beifalls-Vermerke (NRW) (eigene Darstellung)	78
Abbildung 11: Absolut Beifallszahlen im Zeitverlauf für Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)	79
Abbildung 12: Durchschnittlicher Beifall im Zeitverlauf nach Adressat in Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)	80
Abbildung 13: Summierte Sentimentwerte pro Partei in Hessen (eigene Darstellung)	82
Abbildung 14: Summierte Sentimentwerte pro Partei in Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)	84
Abbildung 15: Automatische Zwischenrufkategorisierung Hessen (eigene Darstellung)	86
Abbildung 16: Automatische Zwischenrufkategorisierung Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)	87
Abbildung 17: Vergleich der ermittelten Zwischruflängen (eigene Darstellung)	88
Abbildung 18: Topic-Vergleich "Umwelt" beider Korpora (eigene Darstellung)	93

Abkürzungsverzeichnis

API *Application programming interface*

BVerfG *Bundesverfassungsgericht*

CWB *Corpus Workbench*

frapp *Framework for Parsing Plenary Protocols*

GO *Geschäftsordnung*

IQR *Interquartilsabstand*

LDA *Latent Dirichlet Allocation*

LP *Legislaturperiode*

OCR *Optical Character Recognition, Optical Character Recognition*

PartG *Parteiengesetz*

XML *eXtensible Markup Language, eXtensible Markup Language*

Einleitung

Die Interaktionsprozesse in politischen Parlamenten sind vielschichtiger als es auf den ersten Blick erscheint. Die parlamentarische Debatte blickt in den westlichen Demokratien auf eine bewegte und traditionsreiche Vergangenheit zurück, die nicht nur durch Institutionen gestaltet, sondern auch von ihren Mitgliedern geprägt wurde. Die Mehrheiten in den Plenarsälen auf den verschiedenen Ebenen des föderalen System der Bundesrepublik Deutschland bilden dabei im Idealfall die politischen Auffassungen der Bevölkerung ab, die Abgeordnete zur Repräsentation ihrer Anliegen in die Parlamente entsendet.

In der deutschen Geschichte gab es jedoch mehrfach Phasen, in denen eine kritische Masse von Wahlberechtigten ihre Positionen nicht in ausreichender Weise in den politischen Systemen vertreten sah. Über die Formierung von Protest- und Sammlungsbewegungen sind die Bürgerinnen und Bürger demokratischer Systeme, gedeckt durch ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, dazu befähigt ihren politischen Forderungen Gewicht zu verleihen. Die Gründung neuer Parteien stellt dabei den ersten Schritt zu einer organisierten Interessensvertretung dar und eröffnet die Möglichkeit, das parlamentarische und damit das politische System nicht länger von außen sondern von innen heraus nach den eigenen Wertevorstellungen zu beeinflussen. Eine bis heute einzigartige Erfolgsgeschichte der Transformation einer Protestbewegung zu einer politisch mehrheits- und regierungsfähigen Partei weist dabei das Bündnis 90 / Die Grünen auf. Innerhalb weniger Jahre nach Parteigründung konnte das anfangs lose Bündnis aus verschiedenen Listen und Wählergruppen erste parlamentarische Erfolge verzeichnen und innerhalb weniger Jahre das politische Klima in Deutschland nachhaltig verändern.

Die langfristige Etablierung im politischen System war dabei jedoch keinesfalls ein gerader oder klar vorgezeichneter Weg. Die Grünen stellen ein klassisches Beispiel für eine bottom-up-Partei dar, die über die Etablierung auf breiter Fläche in den Kommunal- und Landesparlamenten schließlich bundesweite Repräsentation erlangen konnte. Beim „Marsch durch die Institutionen“ veränderten die Grünen jedoch nicht nur das politische System, sondern wurden selbst in ihrer Organisationsstruktur und -form grundlegend verändert.

Im Rahmen dieser Abschlussarbeit soll dabei die Frage nach dem „Wie“ im Vordergrund stehen: Wie konnte es innerhalb eines vergleichsweise kurzen Zeitraums zu den ersten Regierungsbeteiligungen der Grünen auf Landesebene kommen? Wie verhielten sich die Grünen als Neulinge im Parlament und wie konnten

sie die anderen Parlamentsfraktionen von ihrer Mehrheitsfähigkeit und Kompromissbereitschaft überzeugen? Welche Verhaltensweisen herrschten in den Parlamenten, in welche die Grünen erstmals einzogen und wie und in welcher Form wurden sie von diesen Verhaltensweisen geprägt oder prägten sie selbst?

Zur Beantwortung dieser Fragen sollen im Rahmen einer vergleichenden Fallstudie die Verhaltensstrukturen in zwei ausgewählten Parlamenten in einem gleichartig abgegrenzten Zeitraum analysiert werden. Hierzu wird im ersten Teil der Arbeit neben Problem- und Fragestellung der theoretische Rahmen erläutert.

In Kapitel 1 wird das Forschungsinteresse und die genaue Fragestellung der Arbeit unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes definiert und ausführlich erläutert. Der zweite Abschnitt widmet sich daraufhin einer Begriffsdefinition und Begriffsunterscheidung von „neuen“ und „alten“ Parteien und beschreibt die historischen Umstände für das Erstarken der Grünen Parteien in den 1980er Jahren.

Die Vielschichtigkeit parlamentarischer Verhaltensmuster sowie das spezifische Mittel und die Geschichte des parlamentarischen Zwischenrufes werden im dritten und vierten Kapitel näher definiert, bevor im fünften Kapitel eine Auswahl der beiden Fälle des Einzugs der Grünen in das nordrhein-westfälische und das hessische Parlament erläutert und historisch wichtige Begleitumstände erläutert werden, woraufhin im Anschluss in Kapitel 6 Arbeitshypothesen für die Analyse aufgestellt werden.

Der zweite Teil der vorliegenden Arbeit widmet sich der praktischen Durchführung und dem analytischen Vergleich der beiden Fälle in Rahmen einer vergleichenden Fallstudie. Nach einer Erläuterung der grundlegenden Methodik der nachfolgenden Analyse, der Extraktion und Annotation von Zwischenrufen sowie des Prozesses der umfangreichen Datenaufbereitung im siebten Kapitel folgt eine deskriptive Analyse und Übersicht über die Datenbasis der beiden aufbereiteten Landtagskorpora in Kapitel 8.

Die darauffolgenden beiden Abschnitte befassen sich mit der Analyse des Beifall-Verhaltens der Parteien beider Untersuchungsgegenstände sowie der Analyse des Zwischenrufverhaltens unter Anwendung der erläuterten Techniken der Sentimentanalyse sowie der regelbasierten Annotation von Zwischenrufen.

Nach einem zusammenfassenden Vergleich der zentralen Ergebnisse folgt als letzter Punkt ein Ausblick auf mögliche Erweiterungen der Forschungsfrage mittels verschiedener methodischer Ansätze.

Forschungsinteresse und Fragestellung

Würde man Zwischenrufe aus verschiedenen Zeiten wählen und untersuchen, könnte man sehen, ob sich der Zwischenruf und die Textsortenkonventionen verändert haben. Betreffend die Wortwahl in einem Zwischenruf könnte eine vorsichtige Hypothese sein, daß man heutzutage solche Wörter verwendet, die früher, z.B. in den 50er Jahren, als zu gewagt galten.

(Olschewski 1991, S.16, zitiert nach Burkhardt 2004: 6).

Der Gedenkangang Andreas Olschweskis über eine mögliche vergleichende Analyse der Veränderung von Zwischenrufen fasst das zentrale Forschungsinteresse dieser Arbeit sehr treffen zusammen: Politik manifestiert sich über Sprache und Sprache wird geprägt von Politik (vgl. Burkhardt 2003) – an keinem Ort ist diese Begebenheit so zentral evident wie in den politischen Parlamenten.

Parlamentarische Verhaltensmuster von Abgeordneten stellen ein vielfältiges Forschungsfeld dar, welches aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Forschungsperspektiven betrachtet werden kann. Während sich die Analyse des Abgeordnetenverhaltens aus soziologischer Perspektive besonders auf das soziale Handeln der Akteure richtet, bieten sich aus politologischer Sicht Untersuchungen an, welche die Veränderung des Abgeordnetenverhaltens mit Blick auf partei- wie machtpolitisches Kalkül analysieren.

Der Eintritt neuer politischer Parteien in die parlamentarischen Arenen und die damit einhergehende beidseitige Veränderung von Partei und parlamentarischem System wird durch die Parteiinstitutionalisierungs- bzw. *party change*-Forschung in den vergangenen Jahrzehnten zwar intensiv besprochen (vgl. Wiesendahl 2010), jedoch sind einschlägige Untersuchungen zu den Verhaltensmustern neuer Parteien im Parlament selten, was sicherlich auch durch den unklaren methodischen Zugang zu diesem Feld und die Verslossenheit vieler parlamentarischer Räume wie Akteure gegenüber Forschenden erklärbar ist.

Gerade aufgrund des beschränkten Zugangs sind Forschungen zur Adaption parlamentarischen Verhaltens für das Verständnis der Funktionsweise von Parlamentsvorgängen in Deutschland, sowie der Sozialisation und „Professionalisierung“ von Abgeordneten von zentraler Bedeutung, um die Transformationsleistung des politischen Systems (vgl. Easton 1965) besser zu verstehen.

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt demnach bei der Frage, ob und in welcher Weise sich das Verhalten von Parteien und ihren Abgeordneten verändert, wenn diese erstmals in ein Parlament einziehen. Hierbei liegt der Fokus auf der Betrachtung von Interaktionen in der Plenardebatte, welche als einziger Raum des

Parlaments vollumfänglich öffentlich zugänglich ist. Alle Vorgänge in diesem Raum werden zudem gewissenhaft durch Parlamentsstenograf*Innen dokumentiert und in Form von Plenarprotokollen veröffentlicht. Diese Plenarprotokolle sind als Zeugnisdokumente parlamentarischer Kommunikation eine ideale Datengrundlage zur Erforschung der Verhaltensweisen von Abgeordneten. Neben den formellen Redebeiträgen sind hierbei informelle Verhaltensweisen wie Klatschen, Lachen und vor allem Zu- und Zwischenrufe durch Abgeordnete von besonderem Analyseinteresse:

Durch diese Mittel bringen Abgeordnete ihre Zustimmung oder Ablehnung zum aktuellen Redner oder dem von ihm Gesagtem zum Ausdruck und sprengen damit die formellen Abläufe des Parlamentes. Durch Zwischenrufe wird die parlamentarische Debatte zu mehr als eine „Abfolge vom Präsidenten genehmigter Monologe“ (vgl. Burkhardt 2004: 8), sie bereichern den parlamentarischen Diskurs und können als Zugang zur Erforschung von Verhältnissen und Einstellungen der Abgeordneten zueinander genutzt werden.

Erläuterung des Forschungsdesigns

Die Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit folgt dem klassischen Forschungsdesign einer Fallstudie und orientiert sich dabei an dem Vorschlag eines fünfschrittigen Aufbaus (vgl. Muno 2009): Klärung der Problemstellung, Erläuterung des theoretischen Rahmens, Begründung der Fallauswahl, Durchführung der Fallstudie sowie Schlussfolgerung. Zur Analyse der Verhaltensmuster neuer Parteien wird dabei auf den Vergleich zweier Fälle im Sinne des Case Study-Ansatzes und der singuläre Betrachtung zweier einzelner Fälle zurückgegriffen, die eine Reihe ähnlicher Merkmale aufweisen; die Fallauswahl erfolgt dabei auf Grundlage eines bottom-up Ansatzes (vgl. Lauth et al. 2009: 77).

Erläuterung des Forschungsstandes

Die Forschungsliteratur zu parlamentarischen Verhaltensmustern, insbesondere von neuen Parteien ist von vergleichsweise geringem Umfang (vgl. Willner 2014: 23). Der Zugang wird bei vielen Studien meist über qualitative Interviews gewählt (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989; Schöne 2010; Willner 2014; Amling und Geimer 2018): Hierbei werden neue und etablierte Parlamentsangehörige in zumeist offenen oder teilstandardisierten Gruppen- oder Einzelgesprächen zu ihren Erfahrungen im parlamentarischen Alltag befragt. Die so gewonnenen Daten werden dann, je nach Forschungsdesign mit Methoden der Inhaltsanalyse, der Diskursanalyse oder der Grounded Theory bearbeitet und interpretiert. Erkenntnisse solcher Arbeiten sind

Einblicke in den schrittweisen Sozialisationsprozess neuer Abgeordneten und über die Abgrenzung erfahrener Parlamentarier*Innen gegenüber neu dazukommenden.

Das Zwischenruf- und Interaktionsverhalten in den Plenardebatten wird in solchen Studien jedoch nur am Rande betrachtet¹ - einschlägige Studien hierzu haben meist einen kommunikationstheoretischen (vgl. Shrouf 2006; Terhorst 2012) oder linguistischen Schwerpunkt² (vgl. Zima 2013) oder beschäftigen sich explizit mit Humor, Heiterkeit und Lachen im Parlament (vgl. Hoinle 2001; Mergel 2002; Hoinle und Marcus 2004; Horan 2012).

Gesondert hervorzuheben sind hier die Arbeiten von Armin Burkhardt, der in einer Reihe von Werken ausführlich die Tradition und Funktion parlamentarischer Zwischenrufe aufarbeitet und mit seinen fünf Typologien des parlamentarischen Zwischenrufs eines der meistzitierten und detailliertesten Frameworks zur Kategorisierung von Zwischenrufen vorgelegt hat (vgl. Burkhardt 1995, 2000, 2003, 2004).

Bedingt durch große Fortschritte in der computergestützten Textanalyse und der Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Datensätze entstanden in jüngerer Vergangenheit eine Reihe von Studien, die sich dem Phänomen der Zwischenrufe aus einer quantitativen Perspektive nähern³. Hierzu werden die Plenarprotokolle des untersuchten Parlamentes digitalisiert und zumeist in sogenannte Hypertext-Form gebracht, womit Sprecher und Zwischenrufer oberhalb der einzelnen Protokollebene identifiziert werden können. So entstandene Textkorpora werden daraufhin mit textstatistischen und korpuslinguistischen Methoden weitergehend untersucht, um sprachliche „musterhafte Strukturen“ aufzudecken (vgl. Bubenhofer 2009: 111). Der Aufbereitungsprozess ist dabei meist nachvollzieh- und reproduzierbar und folgt festgelegten Verfahrensschritten (vgl. Blätte 2018b: 142). Studien in diesem Bereich können allgemein im Bereich der Computational Social Science (vgl. Blätte et al. 2018c) verortet werden und werden sowohl von Wissenschaftsakteuren (vgl. Bopp 2011; Heiberger und Koss 2018; Gold et al. 2018; Vögele und Thoms 2019), wie auch von Journalist*Innen (vgl. Süddeutsche.de 2018; Biermann et al. 2019) und privaten Akteuren (vgl. Open Knowledge Foundation Deutschland 2019; Limebit GmbH 2020) unternommen.

¹ Eine der Kernerkenntnisse ist hierbei, dass sich neue Parlamentarier zu Beginn ihrer Karriere in Zurückhaltung üben sollten und diesen Rat meist befolgen (vgl. Schwarzmeier 2002: 33).

² Für eine ausführliche Auflistung des Forschungsstandes zur Analyse von Parlamentsdebatten und des parlamentarischen Diskurses siehe Brichzin et al. 2018: 233.

³ Diese Methode des Zugangs wird auch als *Text as Data-approach* bezeichnet (Gentzkow et al. 2019). Für die statistischen Herausforderungen dieses Ansatzes siehe Benoit et al. 2009.

Neue Parteien im Parlament

„Wenn eine Partei zum ersten Mal an die Regierung kommt, wird sie mit einer Reihe von potenziellen Gewinnen und Verlusten konfrontiert, die unabhängig von der Herkunft oder der ideologischen Ausrichtung der Partei einander ähnlich sind. In erster Linie verliert sie eine Reihe von starken Argumenten. Es gibt keinen Weg zurück zu reinem Protest oder reiner Kritik: Teil der Exekutive zu sein (oder gewesen zu sein) bedeutet, dass bestimmte Argumente nicht mehr verwendet werden können, weil die Partei selbst eine Mitverantwortung für die Umstände, die sie kritisieren will, hat. Als ein grüner Umweltminister in Deutschland Atomtransporte organisieren musste, war seine Glaubwürdigkeit mit dem Anti-Atomkraft-Protest für immer beschädigt.“ (Deschouwer 2008b: 18f.)

Im deutschen Parlamentarismus nehmen Parteien eine zentrale Rolle als Akteure ein. Der Kern des demokratischen Systems besteht in der Konkurrenz um die beste Idee und der Organisation von Mehrheiten. Aufgrund der Größe von Gesellschaften wird diese Konkurrenzfunktion von demokratisch legitimierten Vertretern und Vertreterinnen wahrgenommen, die sich wiederum in der Organisationsform der Partei zusammenschließen. Diese Form des Zusammenschlusses besitzt eine lange Tradition und ist zudem gesetzlich besonders geschützt: Artikel 21 des Grundgesetzes regelt die besonderen Rechte und Pflichten politischer Parteien, nach welchen diese zur politischen Willensbildung des Volkes beitragen. Nähere Aufgaben regelt in Deutschland das Parteiengesetz (PartG), in welchem sich in § 2 Absatz 1 auch eine rechtliche Definition des Parteibegriffs findet:

Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß [sic] nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten.

Die Analyse politischer Parteien aus einer Vielzahl von Perspektiven ist eine der Kerndisziplinen der Politikwissenschaft und wird als Parteienforschung bezeichnet⁴. Trotz der umfassenden Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand der Partei existiert aus politikwissenschaftlicher Sicht keine universal gültige Definition des Begriffs der politischen Partei (Niedermayer 2013a: 62); Die Begriffsdefinition ist vielmehr aus der Sicht der jeweiligen Untersuchungsperspektive zu treffen und lässt sich in die drei Gruppen von *machterwerbsbezogener*, *inhaltsbezogener* und *funktionsbezogener* Definition unterteilen (ebd. 2013a: 62-65). Eng an ihrer

⁴ Die Parteienforschung zeichnet sich durch die vier Alleinstellungsmerkmale *Exklusiver Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft*, *„Irrwege“ der Generalisierung in der Vergangenheit*, *Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die Forschung* und die *Legitimitätskrise der politischen Parteien in der Öffentlichkeit* aus (vgl. Beyme 2015: 9f.).

Bezeichnung orientiert sich hierbei die *machterwerbsbezogene* Definition an dem organisierten Streben einer Gruppe nach Macht (Schattschneider 1942: 35, zitiert nach Niedermayer 2013: 62), wobei auch der Machtbegriff einer genauen Definition bedarf, während *inhaltsbezogene* Definitionen eher den thematisch begründeten Zusammenschluss⁵ von Mitgliedern zu einer Partei und die Interessensvertretung priorisieren und *funktionsbezogene* Definitionen den Fokus auf die Aufgaben einer Partei für das politische Systems richten.

Dennoch lassen sich bei näherer Betrachtung zwei gemeinsame Charakteristika aller Definitionsansätze identifizieren und so eine „Minimaldefinition“ aufstellen (Niedermayer 2013a: 65), die ins besondere auf die verfassungsrechtliche Dimension verweist: Das Vorhandensein einer Organisationsstruktur sowie die Teilnahme an einer Wahl⁶. Auch wenn diese Definition im ersten Moment sehr weit und vage erscheint und nicht unumstritten ist, so enthält die Kombination dieser beiden Kriterien jedoch viel vom „Wesen“ einer politischen Partei in Deutschland. Trotz der Offenheit dieser Definition muss eine Partei einen gewissen Organisationsgrad aufweisen, dessen genaue Bestimmung die Aufgabe einer Analyse darstellt.

Die organisierte Vertretung von Interessen als Kriterium stellt eine Hürde dar, die einen gewissen Grad an ernsthafter Absicht erkennen lässt und in Verbindung mit der Teilnahme an einer Wahl mit enormen organisatorischen Herausforderungen verbunden ist⁷. Für die Absicht einer Teilnahme einer Partei etwa an der Bundestagswahl muss diese, falls sie in der aktuellen Wahlperiode nicht im Bundestag mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten ist, für jeden Wahlkreis in dem sie antreten möchte einen Kandidat*Innen durch eine Parteimitgliederversammlung aufstellen lassen und im Anschluss 200 Unterstützungsunterschriften von Bürgerinnen und Bürgern für diesen Kandidat vorlegen (vgl. Bundeswahlleiter 2019). Für jedes Bundesland in welchem die Partei antritt muss zudem für die Aufstellung einer Landesliste eine Liste „[...] von mindestens 0,1 % der bei der letzten Bundestagswahl im jeweiligen Land Wahlberechtigten, jedoch von höchstens 2.000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein“ (ebd. 2019). Der Gesetzgeber stellt hier also hohe Hürden für die Zulassung an einer Wahl deren Überwindung durch eine Partei nur mit einem erheblichen Grad an Organisation

⁵ Als Beispiele können etwa die historische Rolle der SPD als Partei der Arbeiter oder der Grünen als Umwelt- bzw. Friedensaktivisten herangezogen werden.

⁶ Der reine Machterwerbswille reicht laut Niedermayer als Kriterium nicht aus, da Parteien in vielen undemokratischen Regimen keine (realistische) Chance auf einen Einzug ins Parlament oder eine Regierungsbeteiligung haben. Auch die bloße Absicht der Teilnahme an einer Wahl sei als Kriterium nicht ausreichend (Niedermayer 2013c: 65-67).

⁷ Panebianco 1988 beschränkte die Parteidefinitionen erstmals auf Gruppen, die tatsächlich erfolgreich an einer Wahl teilgenommen haben.

überwunden werden kann. Die Verknüpfung mit der erfolgreichen Teilnahme an einer Wahl stellt zudem eine gewisse Langfristigkeit der Organisationsstruktur einer Partei sicher, da für die Mitgliederversammlung, Listenaufstellung und Unterschriftensammlung Strukturen aufgebaut werden mussten, die über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgreich gemeinsam agiert haben. Auf Grundlage der Definition ist eine Partei klar von Formen spontanen Protests abzugrenzen, wie sie etwa eine Demonstration darstellt⁸.

Auch wenn ein solch weiter Parteibegriff klare Schwächen hat und teils umstritten ist⁹, bietet er jedoch einen guten Ausgangspunkt für die nähere Einordnung einer Partei in detailliertere Unterkategorien, welche in der Politikwissenschaft in großer Zahl bestehen. Je nach Fragestellung können Parteien demnach in ihren unterschiedlichen Ideologievorstellungen, ihren Wählermilieus, ihren Größen und Mitgliederzahlen oder der Art der Entstehung unterschieden werden. Auch eine Unterscheidung zwischen neuen und alten Parteien geschieht häufig und scheint auf den ersten Blick intuitiv: Neu ist, was bis jetzt noch nicht da war. Welche Kriterien aber allgemeingültig auf eine Partei zutreffen müssen, damit sie als neu definiert werden, ist in der Forschung stark umstritten. Eine Einordnung und differenzierte Definition des Begriffs der neuen Parteien soll deshalb Gegenstand des folgenden Abschnitts sein.

Neu vs. Alt - Kriterien neuer Parteien

Die Kategorisierung einer Partei als neue Partei impliziert die Notwendigkeit der Definition des Begriffs der Altpartei beziehungsweise etablierten Partei, um Parteien durch eine Zuordnung zu einer der zwei Dimensionen voneinander abzugrenzen. Ein eindeutiger Aspekt ist hierbei die zeitliche Dimension: Eine Partei muss im Zeitverlauf gewisse Prozesse auf dem Weg zur Etablierung im politischen System durchlaufen. Ein klare Grenze bei der Etablierung neuer Parteien, ab deren Überschreitung diese als Alt- bzw. etablierte Partei angesehen werden kann ist aus wissenschaftlicher Perspektive jedoch unüblich bis unmöglich¹⁰.

⁸ Hier zeigt sich das das Kriterium der Organisiertheit allein nicht ausreicht, da beispielsweise eine Demonstrationsreihe (etwa die Montagsdemonstrationen in der DDR oder auch die Versammlungen der Protestbewegung PEGIDA) ebenfalls ein langfristige Organisationsstrukturen erfordern.

⁹ Viele Autoren sehen das Streben nach Machterwerb als das zentralste Kriterium einer politischen Partei: „[Parteien] sind zunächst Problemlösungsagenturen und Machterwerbsorganisationen“ (Korte et al. 2018: 9).

¹⁰ Allerdings identifizieren manche Studien sogenannte interne oder externe *shocks* (vgl. Harmel und Janda 1994), nach denen neue Parteiformationen einen großen und (historisch betrachtet) unwiderruflichen Schritt hin zur Etablierung gemacht haben. Ein viel zitiertes Beispiel hierfür ist die erste Regierungskoalition einer neuen Partei (vgl. Pedersen 1982; Müller und Strøm 1999).

Welche Partei dabei als etabliert zu betrachten ist und welche Kriterien eine Einstufung als etablierte Partei erlauben, hängt jeweils von dem untersuchten politischen System und der gewählten Forschungsperspektive ab¹¹. Aufbauend auf den Überlegungen zu Veränderungsprozessen von und in Parteien (Party Change-Forschung) wird in der Politikwissenschaft unter dem Sammelbegriff der Parteien-Institutionalisierungsforschung¹² versucht, generalisierbare Kriterien für den Etablierungs- und Institutionalisierungsgrad¹³ neuer politischer Parteien zu finden. Hierbei kann die Partei-Institutionalisierung als mehrdimensionaler und sequenzieller Prozess definiert werden, der sowohl interne Aspekte wie die interne Parteiorganisation, das Agenda-setting und Machtkämpfe als auch externe Aspekte wie das politische Klima und die Reaktion des politischen Systems einschließt, von denen die meisten sich auf die Werteinschleusung und Routinisierung als wichtige Indikatoren für eine intern institutionalisierte Partei beziehen (Weissenbach und Bukow 2019: 159f.). Die Entwicklung neuer Parteien in etablierten westlichen Parteiensystemen wird hierbei meist getrennt von der Entwicklung solcher Parteien in neuen, sogenannten "jungen Demokratien" betrachtet, auch wenn jüngst Vorschläge zur Auflösung dieser theoriegeleiteten Trennung vorgelegt wurden (vgl. ebd. 2019: 159).

Die Neuentstehung einer politischen Gruppierung, die Niedermayers (2013a: 65) Definition folgend erst als Partei bezeichnet werden kann, sobald sie an einer Wahl teilnimmt, durchläuft verschiedene Etablierungsphasen, die in der Politikwissenschaft im viel beachteten und erweiterten Evolutions-Modell der *party-lifespan* abgebildet werden, welches erstmals von Pedersen 1982 vorgeschlagen wurde und auf der Grundlage der Überlegungen von Lipset und Rokkan entstand (vgl. Müller-Rommel 1993: 31).¹⁴

Pedersens Modell nimmt diese Hürden als Grundlage für die Annahme, dass Parteien, ähnlich wie Lebewesen, gewisse Lebensabschnitte von der Geburt bis zum Tod durchlaufen, die durch Hürden voneinander getrennt sind, wie sie von Lipset und

¹¹ In dieser Arbeit liegt der Fokus auf dem deutschen Demokratiesystem, welches dem Typus westlicher Demokratien zuzuordnen ist (vgl. Hartmann 2005: 16).

¹² Für eine umfangreiche Übersicht der Ansätze und Diskussionen der Party-Change-Forschung siehe Wiesendahl 2010.

¹³ Die Begriffe der Etablierung und der Institutionalisierung werden im weiteren Verlaufe dieser Arbeit synonym verwendet, wenngleich sie in der Forschung verschiedene Grundkriterien verlangen: Während Institutionalisierung eher den Grad der Übernahme von Normen und Verhaltensweisen eines Zielsystems beschreibt, wohin dem Begriff der Etablierung ein Grad an Akzeptanz durch interne wie externe Systemakteure inne.

¹⁴ In einer bis heute in vielen Bereichen der Politikwissenschaft einflussreichen Studie stellten Lipset und Rokkan insgesamt vier Hürden (*thresholds*) auf, die von einer politischen Gruppierung oder Organisation überwunden werden müssen.

Rokkan aufgestellt wurden. Pedersen (1982: 6f.) benennt hierbei vier zentrale Lebensphasen, die eng an die diese Vorüberlegungen anknüpfen (vgl. Niedermayer 2013a: 66f.).

In der Phase der *declaration* (Legitimation) erfolgt der Zusammenschluss und die Absichtserklärung der Wahlteilnahme einer zu diesem Zeitpunkt noch als politische Gruppe oder Bewegung bezeichneten Einheit. Die *authorization*-Phase ist erreicht, wenn diese Gruppe erfolgreich zu ihrer ersten Wahl zugelassen wurde, wobei wie bereits beschrieben gesetzlich wie organisatorische Hürden bestehen. Ab diesem Punkt kann nach den Kriterien der Minimaldefinition einer Partei von Niedermayer von einer Partei gesprochen werden. Die *representation*-Phase wird im Falle eines Wahlgewinns erreicht und hat die Bedingung der parlamentarischen Repräsentation. Auch hier bestehen hohe Hürden, da in aller Regel¹⁵ eine hohe Zahl an Wählerstimmen von mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder der Gewinn der Direktmandate in mindestens drei Wahlkreisen notwendig für den Einzug ins Parlament ist (vgl. § 6 Abs. 3 BWahlG). Die höchste Stufe definiert Pedersen als Phase der *relevance*, in welcher die nunmehr im Parlament vertretene Partei über *coalition potential* und *blackmail potential* verfügt.¹⁶

Ein viel genutztes Abgrenzungskriterium besteht in der Mitgliederstärke (Kranenpohl 1999: 40): Neue Parteien erleben in ihren frühen Lebensphasen bei Erfolg einen starken Mitgliederzuwachs, welche als Multiplikatoren für die Anliegen der neuen Partei gelten können. Somit ist, zumindest in den frühen Lebensphasen einer neuen Partei der Erwerb politischer Relevanz immer auch an einen Größenzuwachs gekoppelt: Eine neue Partei startet als Kleinpartei, die mit zunehmender Popularität mehr Parteimitglieder akquiriert und mit der Überwindung von Hürden einen zunehmend größeren Teil der Bevölkerung repräsentiert.

Dieses grundlegende Modell der Lebens- beziehungsweise Evolutionsphasen hat in der Politikwissenschaft breite Rezeption erfahren und wurde unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert und erweitert. Mit dem Fokus auf westliche Demokratien ist hier insbesondere die Arbeit von Ferdinand Müller-Rommel (Müller-Rommel 1993), Oskar Niedermayer (Niedermayer 2013b) und Kris Deschouwer (Deschouwer 2008b) hervorzuheben.

¹⁵ Eine Ausnahme betrifft etwa die Wahlen zum Europaparlament seit 2011, für die das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde am 09.11.2011 für verfassungswidrig erklärte (vgl. BVerfG 09.11.2011b) und selbiges auch für die danach durch den Bundestag beschlossene Drei-Prozent-Hürde beschied (vgl. BVerfG 09.11.2011a).

¹⁶ Die Kategorien des Koalitions- und Erpressungspotentials auf dieser höchsten Evolutionsstufe beruhen auf den einflussreichen Überlegungen von Sartori 1976: 108.

Vor allem der erste Eintritt in eine Regierung ist für eine Partei mit enormen Risiken verbunden. Die Gefahr bei den nächsten Wahlen von der eigenen Wählerschaft abgestraft zu werden steigt an, da mit der Regierungsbeteiligung auch die Erwartung verbunden ist, die eigenen politischen Ziele erfolgreich umzusetzen, für welche die Partei ursprünglich angetreten ist (vgl. Rose und Mackie 1983). Im Vergleich zu Parteien mit längerer Regierungserfahrung fehlt es neuen Parteien zudem an *diffuser Unterstützung* (Easton 1965; zitiert nach Deschouwer 2008a: 5):

In seiner klassischen Unterteilung von Unterstützung des Volkes jeweils der politischen Gemeinschaft, der politischen Ordnung und der politischen Herrschaftsträger differenziert Easton zwischen *diffuser* und *spezifischer* Unterstützung, wobei sich die *spezifische Unterstützung* am politischen Output misst, der für das Volk erkennbar ist¹⁷. Als Partei diffuse Unterstützung zu erlangen, die von einem allgemeinen politischen Vertrauen einer größeren Bevölkerungsgruppe und dem Glauben an die Legitimität der Partei gezeichnet ist (vgl. Easton 1975: 447-453), ist jedoch ungleich schwerer und verlangt eine gewisse Zeit im politischen System und messbare Erfolge der Partei – das Vertrauen der Wähler muss sich sozusagen erst verdienen. Dieser Prozess des „Sich-Bewährens“ kann exemplarisch für das gesamte Modell der Lebensphasen neuer Parteien gesehen werden: Für das Übersteigen jeder neuen Hürde muss in demokratischen Systemen auch Unterstützung und Rückhalt in der Bevölkerung bestehen. Dennoch beschreibt das Modell lediglich interne Hürden, die von einer Partei aus eigenem Antrieb überstiegen werden können, wenn die jeweiligen Voraussetzungen erfüllt sind. Externe Faktoren, beispielsweise durch das politische System oder den Zeitgeist, die einen Aufstieg beeinflussen sind in diesem Modell nur in Ansätzen vorhanden¹⁸ und sollen im nächsten Abschnitt näher beleuchtet werden.

Zusammengefasst lassen sich neue von etablierten Parteien an einer Reihe unterschiedlicher Kriterien abgrenzen. Das oft rezipierte und erweiterte Modell von Parteilebensphasen bietet hierbei eine Hilfe bei der Bestimmung des Etablierungsgrades einer Partei. Dabei besteht jedoch kein eindeutiger *turning point*, an welchem sich eine neue Partei zu einer etablierten Partei wandelt. Das Überschreiten einer bestimmten Hürde hat zudem keinen endgültigen Charakter – eine Partei kann jederzeit in die vorherige Lebensphase zurückfallen, wenn die Bedingungen oder die Wahlergebnisse der Partei sich ändern.

¹⁷ Beispielhaft ist etwa die Erfüllung bestimmter Wahlversprechen oder Umsetzung ideologienaher Ziele. Das Modell spezifischer Unterstützung impliziert eine thematische Identifikation des Wählers mit der von ihm gewählten Partei.

¹⁸ Vgl. Legalitätshürde bei Müller-Rommel 1993.

Die wichtigsten Schritte bei der Etablierung von Parteien stellen jedoch bei allen genannten Autoren das Erreichen parlamentarischer Repräsentation sowie die erste Regierungsbeteiligung dar. Mit dem Überschreiten dieser Hürden gehen fundamentale Veränderungen in den Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen der Parteien einher, die permanente Auswirkungen haben. Der erste grüne Minister in Deutschland und ehemaliger Vizekanzler Joschka Fischer gab hierzu einmal treffend zu Protokoll, dass der Marsch durch die Institutionen die Marschierenden weit mehr als die Institutionen verändert (Deschouwer 2008b: XVIII). Insbesondere die Veränderungsprozesse in der Phase der ersten Regierungsbeteiligung sind für den Wandel von neuer zu etablierter Partei verantwortlich: Sie ist eine erste Bewährungsprobe, ob der durch eine neue Partei verkörperte Wählerwille im politischen wie parlamentarischen System Fuß fassen kann - Ob sich der Handlungsstil der Oppositionspartei von disruptiv zu konstruktiv wandeln kann und eine Transformation von der Protest- zur Regierungspartei gelingt. Diese wichtige Phase ist entscheidend für die öffentliche Rezeption, die damit verbundene mögliche Wiederwahl einer neuen Partei und entscheidend für die langfristige Etablierung im politischen System.

Historische Bedingungen für das Aufkommen neuer Parteien

In den westlichen europäischen Demokratien der Nachkriegszeit herrschte über lange Zeit eine relative Stabilität des Parteiensystems. In einer bis heute einflussreichen Studie wiesen Lipset und Rokkan 1967b ein stabiles Wahlverhalten der Bürger westeuropäischer Länder nach¹⁹. In ihrer sogenannten *Cleavage-Theorie* führten sie diese Stabilität auf vier dauerhafte und grundlegende Konfliktdimensionen zurück, die in der westeuropäischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts fest verankert waren: Der Konflikt zwischen Staat und Kirche, zwischen städtischen Zentren und agrarisch geprägter Landbevölkerung, zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen einer dominanten und einer ethnisch-sprachlich abweichenden Bevölkerungsgruppierung (Pappi 2010: 30)²⁰.

Das politische System und die darin klassisch etablierten Parteien reagierten durch kontinuierliche Anpassung auf inhaltliche Verschiebungen innerhalb dieser Dimensionen und ließen somit wenig bis keinen Raum für die Entstehung neuer Parteien (Müller-Rommel 1993: 25), die eine thematische Lücke für ihre eigene Agenda hätten nutzen können. Das Parteiensystem der meisten westeuropäischen

¹⁹ Für eine ausführliche Diskussion der Studie Lipset und Rokkans siehe Mair 1997.

²⁰ Für eine nähere Erläuterung dieser Begriffe siehe Pappi 2010.

Staaten der 1960er Jahre war erstarrt und repräsentierte, bis auf wenige Ausnahmen, das Parteiensystem der Konfliktlinien der 1920er Jahre (Lipset und Rokkan 1967a: 50). Diese Hypothese wird von der Parteiforschung allgemein angenommen und als *freezing*-Hypothese bezeichnet (Niedermayer 2013b: 101). Verschiedene Studien weisen diese außergewöhnliche Stabilität des Parteiensystems bis mindestens dem Beginn der 70er Jahre nach (Zuckerman und Lichbach 1977: 545; Bartolini und Mair 1990).

Aus dem ersten Aufkommen und dem letztendlichen Erfolg einer neuen Partei wie beispielsweise den Grünen Parteien in Ost- und Westdeutschland (vgl. Müller-Rommel 1993) ergeben sich dementsprechend weitreichende Konsequenzen für das Parteiensystem. Der Einzug einer neuen Partei in die verschiedenen Parlamente des föderalen Systems der Bundesrepublik stellt einen starken Einschnitt dar, der im Widerspruch zur *freezing*-Hypothese steht: Wie kann eine neue Partei erfolgreich eine Nische im starren Parteiensystem besetzen und langfristig halten?

Hierfür bieten sich zwei aus theoretischer Sicht zwei Erklärungsansätze an (ebd. 1993: 26f.): Der *strukturelle* und der *sozialpsychologische* Ansatz. Aus struktureller Perspektive liegen die Gründe für den Erfolg Grüner Parteien vor allem in der „mangelnden Responsivität [...] [der] etablierten Parteien auf neue gesellschaftspolitische Herausforderungen“ (ebd. 1993: 26; Offe 1980: 35). Demnach hätten es die Traditionsparteien versäumt sich in den von den Grünen „besetzten“ Themenbereichen vor allem der Umwelt-, der Anti-Atomkraft-, der Frauen- sowie der Friedensbewegung ausreichend um die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung zu kümmern und sich dementsprechend anzupassen.

Ein weiterer Faktor bestände in der starken Betonung der Regierungsfunktion und der Nähe zum Staat durch traditionelle Parteien (vgl. Bolleyer 2008: 20): Die „Nicht-Reaktion“ oder Einnahme der Gegenposition zu populärer werdenden Themengebieten und Forderungen der Öffentlichkeit wird zu einem Problem. Wähler*Innen assoziieren die Traditionspartei nicht mit den neuen und für sie wichtigen Themengebiete und dienen somit immer weniger als naheliegende Assoziationen für legitime Repräsentation im Allgemeinen (vgl. ebd. 2008: 20). Da sie durch die Traditionsparteien enttäuscht würden und sich im Stich gelassen fühlen, würden sich solche Wähler*Innen eher neuen Parteien zuwenden und die Repräsentationsfunktion dieser stärken - und damit ihre politische Legitimation (ebd. 2008; Mair 1997). (vgl. Bolleyer 2008: 20).

Aus Sicht des *sozialpsychologischen* Ansatzes sind die Ursachen eher in einem generellen Wertewandel und einer veränderten gesellschaftlichen Prioritätensetzung

der westlichen Gesellschaft, die sich zunehmend durch Wohlstand auszeichnet zu finden. In den 1970er Jahre bildete sich demnach zusätzlich zu den bereits bestehenden Spannungspolen nach Lipset und Rokkan (1967a) eine neue Konfliktlinie zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten (Korte et al. 2018: 19).

Anders als die bisherigen Konfliktlinien lassen sich diese Spannungen jedoch nicht auf Interessengegensätze zwischen bestimmten sozialen Gruppen zurückführen; Vielmehr bildeten sich Wertegemeinschaften, denen Anhänger verschiedenster sozialer Milieus angehörten (Pappi 2010: 31) und unter dem Sammelbegriff der neuen sozialen Bewegungen weitreichend besprochen und erforscht wurden (vgl. Pappi 1989; Brand et al. 1983). Das Entstehen solcher Bewegungen und Wertegemeinschaften erklärt Robert Inglehart (1971) in seiner einflussreichen Theorie des Wertewandels post-industrieller Gesellschaften, die eine Verschiebung in den Wertepriorisierungen von wirtschaftlicher und physischer Sicherheit und materiellem Besitz hin zu sogenannten postmateriellen Werten wie Meinungsfreiheit und dem Recht auf politische Partizipation beschreibt (ebd. 1971: 993). Nach Inglehart besteht ein "stetiges Wachstum postmaterieller Einstellungen" in der Bevölkerung – für die Jahrtausendwende prognostizierte er 1977 sogar eine Mehrheit von postmaterialistischer eingestellten Bürgerinnen und Bürgern in der Bevölkerung entwickelter Staaten (Beyme 1992: 170).

Erst die Verknüpfung der Gründe beider Erklärungsansätze liefert eine fundierte Erklärung für das Erstarken grüner Parteien in Deutschland (vgl. Switek 2015: 92-95). Externe gesellschaftliche und strukturelle Veränderungsprozesse beeinflussen die Entwicklungsbedingungen neuer Parteien dabei vergleichbar stark wie interne Organisations- und Etablierungsprozesse.

Zusammengefasst bestehen demnach einige interne wie externe Hürden für neue Parteien, bis sie das erste Mal ihre Wählerinnen und Wähler in einem Parlament repräsentieren. Die Überwindung dieser Hürden erfordert dabei tiefgreifende und langfristige Veränderungen aus Sicht der Partei sowie die Existenz günstiger externer Faktoren wie eines gesellschaftlichen Themenkomplexes, der genügend Mobilisierungspotential bietet um mit Hilfe der Wähler*Innen die Hürde der parlamentarischen Repräsentation zu überschreiten.

Auch wenn nach dem Erreichen der Repräsentationsstufe des *lifespan*-Modells noch ein weiter Weg zum Erreichen einer absoluten Regierungsmehrheit (oder, je nach Theorie, einer geringeren Stufe wie einer Regierungsbeteiligung) zu beschreiten ist, so stellen die ersten Erfahrungen im Parlament wichtige Weichen für eine mögliche

dauerhafte Etablierung einer neuen Partei im politischen System. Das Verhalten im Parlament und insbesondere in den Plenarsitzungen kann dabei ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche sowie politische Akzeptanz der neuen Partei durch andere sein und soll im folgenden Kapitels ausführlich behandelt werden.

Parlamentarische Verhaltensmuster und das Mittel des Zwischenrufes

Dem Parlament kommt in demokratischen Systemen eine überaus wichtige Rolle zu, in welchem die *freie Repräsentation* des Wählerwillens durch gewählte Abgeordnete institutionalisiert wurde. Dies kann als Ergebnis eines Rationalisierungsprozesses gesehen werden, dessen Ursprung Weber im Okzident und somit im sogenannten abendländischen Europa verortet. (Weber 1922: 173; zitiert nach Hofmann und Riescher 1999: 25). Von vielen Autorinnen und Autoren wird das demokratische Parlament metaphorisch auch als die „Herzkammer der Demokratie“ bezeichnet (vgl. Helms 2007: 136; Botha et al. 2016: 19; Schwanholz und Busch 2016: 16): Die Herzkammer ist ein wichtiger Teil eines funktionierenden Herzens und gleichzeitig in starker Abhängigkeit zu seinen anderen Funktionseinheiten. In demokratischen System ist das Parlament als *Legislative* unverzichtbarer Teil der dreigliedrigen horizontalen Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative (Steffani 1997: 38; Hofmann und Riescher 1999: 124f.) und übernimmt unter anderem die Funktion der Kontrolle der Regierung (Exekutive) als einzige vom Volk direkt legitimierte Institution²¹.

Der Begriff der Institution ist hierbei je nach Forschungsdisziplin sehr unterschiedlich definiert und bedarf einer näheren Einordnung. Aus politologischer Sicht wird im allgemeinen zwischen einem weiten und engen Institutionenbegriff unterschieden, wobei meist Elemente des Staates und der regierenden Partei(en) wie etwa das Parlament, die Parlamentsverwaltung, Ministerien, Kabinett und Gerichte als Institutionen nach enger Definition gelten (vgl. Göhler 1987: 18; Dittmann 1979: 211-213). Als Institutionen im *weiteren* Sinne gelten hingegen gesellschaftliche Verbände, Organisationen und Interessensgruppen wie etwa Parteien und Gewerkschaften aber auch Massenmedien und Verlage die einen vereinenden Charakter mit einem gewissen Grad an Organisiertheit aufweisen (ebd.). Die Politikwissenschaft zieht zur Erklärung des Institutionenbegriffs demnach stark formalisierte Kriterien heran und definiert Institutionen oftmals als auf rechtlicher Grundlage bestehende Elemente. Aus soziologischer Sicht ist der Begriff deutlich breiter zu betrachten und beinhaltet

²¹ Vgl. hierzu das rechtstheoretisch allgemein anerkannte Konzept der Legitimationsketten von Böckenförde 1991, für Kritik an diesem Modell siehe unter anderem Sartori 2006.

meist ein das Kriterium sich über einen gewissen Zeitverlauf etablierter und ritualisierter Handlungen und Verhaltensweisen innerhalb einer Gruppe von Personen (vgl. Gehlen 1957; Malinowski 1944; Burkhardt 2003: 157).

Beide Definitionsansätze können bei der Einordnung des Parlaments Einzug finden, sofern man das Parlament unter der Prämisse eines eigenen gesellschaftlichen Subsystems mit einer Fülle formeller und informeller Normen, Regeln und Verhaltensweisen betrachtet.

Das System Parlament als besonderer Raum gesellschaftlicher Debatten

Dem Parlament als gesellschaftlichem Teilsystem wohnt dabei eine Reihe von Besonderheiten inne, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen und die eine Rechtfertigung für die Erforschung der Prozesse in diesem besonderen Raum rechtfertigen.

Grundlegend lässt sich ein System definieren als „[...] eine Menge von Elementen, zwischen denen wechselseitige Beziehungen bestehen und das seiner Umwelt gegenüber abgegrenzt ist.“ (Schreyer und Schwarzmeier 2005: 36). Entscheidend ist die Existenz von Elementen²² in einem zur Umwelt abgegrenzten Rahmen und ihre wechselseitigen Beziehungen untereinander, die aus dem zu Grunde liegenden Gesellschaftssystem abgeleitet sind und die einen bestimmten Zweck und Ziel dienen: Der arbeitsteiligen Festlegung von Regeln und Werten für die Gesamtgesellschaft.

In der Systemtheorie bestehen unterschiedlichste Auffassungen über die Beschaffenheit, Prozesse und Elemente des gesellschaftlichen und des politischen Systems, seiner Subsysteme und, ganz allgemein, seiner Begrifflichkeiten²³. Die Systemtheorie stellt hierbei einen eigenen, hochkomplexen und gleichzeitig spannenden Zugang zur Analyse, Funktionsweise gesellschaftlicher Prozesse und der Dynamik von Gruppenbeziehungen dar, soll aber an dieser Stelle nicht ausführlicher erläutert werden²⁴.

²² Meist werden mit dem Elementbegriff Personen oder Akteure synonym gesetzt.

²³ Hierbei ist insbesondere der Ansatz der soziologischen Systemtheorie (Parsons 1985) und seine umfassende Erweiterung durch Niklas Luhmann erwähnt, der grundlegend differenzierende Begrifflichkeiten und Auffassungen zu Grunde liegen (Luhmann 1996).

²⁴ Für eine umfassende Einführung aus politologischer Perspektive in die Systemtheorie siehe Czerwick 2011.

Informelle Regeln

Aus Sichtweise der Parlamentarismusforschung wird von einem Kontinuum zwischen Handlungen, die auf formalen Regeln wie der GO²⁵ des Parlamentes und Richtlinien innerhalb der Fraktionen, sowie Handlungen auf Grundlage informeller Vereinbarungen, Verhaltensweisen und „ungeschriebener Gesetze“ ausgegangen (vgl. Grunden 2009; Schöne 2014: 157). Der oder die einzelne Parlamentarier*in begegnet einer Vielzahl von Erwartungen in verschiedenen Subsystemen des Parlaments und hat verschiedene Rollen inne, welche Manfred Schwarzmeier in anschaulich zusammenfasst:

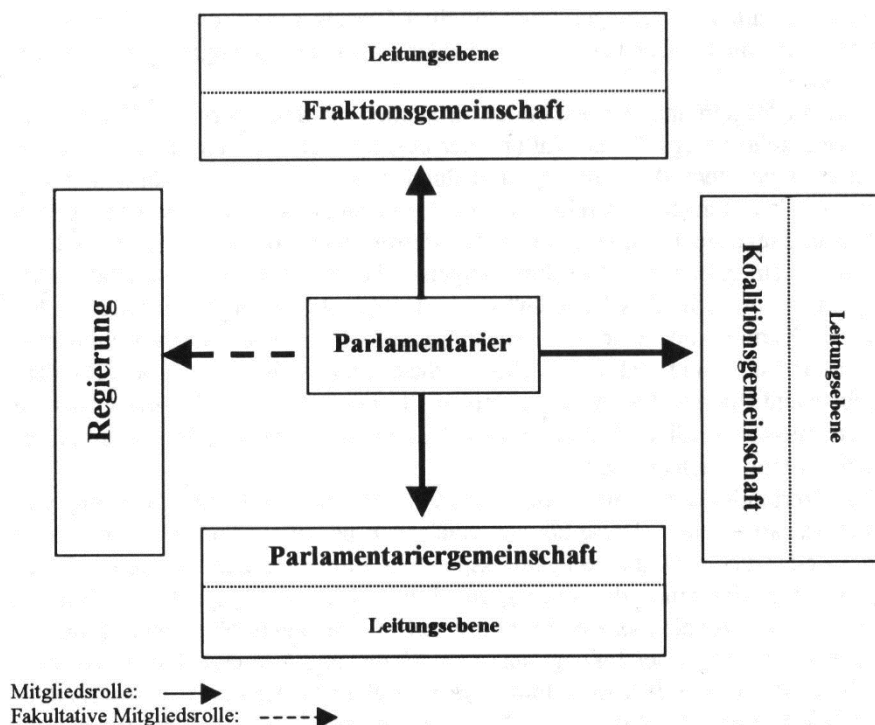


Abbildung 1: Zentrale Rollen und Bezugsgruppen eines MdB (Regierungsfraktion/Koalition) (Schwarzmeier 2002: 32)

Schwarzmeier bezieht sich hierbei auf die verschiedenen Rollen eines Abgeordneten im deutschen Bundestag, welcher in der Mitte zwischen vier Bezugsgruppen steht. Die wichtigste Orientierung bietet hierbei die Fraktionsgemeinschaft, welche als primäre soziale Identifikationsquelle und Normenquelle dient (Mayntz und Neidhardt 1989: 381). Diese Identifikation mit den Werten und Zielen der Fraktion wird im allgemeinen Sprachgebrauch als Fraktionsdisziplin, oder negativer konnotiert, gar als Fraktionszwang bezeichnet (vgl. Patzelt 1998b).

²⁵ Für eine historische Übersicht über die Entwicklung parlamentarischer Geschäftsordnungen siehe Hofmann und Riescher 1999: 102-114.

Über das generelle Verhalten und „Klima“ innerhalb wie zwischen den Fraktionsgemeinschaften ist die Forschung (meist mit Blick auf den deutschen Bundestag) indes uneinig: Während einige Autoren die innerfraktionelle Arbeit durch gegenseitige Hilfsbereitschaft und Verlässlichkeit geprägt sehen (vgl. Schöne 2014: 161; Schwarzmeier 2002), sehen andere Konkurrenz als zentrale Erfahrung im Parlament und als innerhalb und außerhalb der Fraktionen allgegenwärtig (Mayntz und Neidhardt 1989: 374f.).

Ist eine Fraktion gleichzeitig auch Teil einer Regierung wird von den Abgeordneten Solidarität nicht nur gegenüber der eigenen Fraktion, sondern auch gegenüber der Regierung und ihrer Politik erwartet (Schöne 2014: 161). Umgekehrt wird von Abgeordneten, die Regierungsvertreter sind, verlangt, dass sie das Parlament ernst nehmen. Dies wird in der Regel an der Anwesenheit in Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen, aber auch Parlamentssitzungen gemessen (ebd.).

Es besteht zudem eine Solidargemeinschaft der Parlamentarier untereinander mit einem gewissen „Ehr“-Verständnis. Auch aus den Reihen der eigenen Fraktion werden Regierungsvertreter öffentlich kritisiert, die dem Parlament nicht ausreichend „Respekt“ erweisen (ebd.). Darüber hinaus scheint fraktionsübergreifend das Einverständnis zu bestehen, trotz ideologischer Differenzen gewisse informelle Grenzen²⁶ nicht zu überschreiten um die „Würde des Hohen Hauses“ zu wahren und die „Selbstwertbelange“ des Parlaments nicht zu schwächen oder verletzen (Mayntz und Neidhardt 1989: 377). Werden solche Grenzen bewusst überschritten, so empört sich ein Großteil der Parlamentarier darüber (ebd.). Studien mit Fokus auf das Verhalten von (neuen) Parlamentariern in der Parlamentsdebatte sind zudem stark unterrepräsentiert (vgl. Brichzin et al. 2018: 233; Bechter 2018: 21), vor allem in Bezug auf informelle Praktiken (Schöne 2014: 156). Aus linguistischer Sicht wurden einige umfassende Untersuchungen über parlamentarische Sprache durchgeführt, die sich meist mit politischer Kommunikation und ihre Adressaten beschränken (vgl. u.a. Dörner und Vogt 1995; Burkhardt 2003). Diesen Studien wird jedoch oft vorgeworfen, zu nah am Text zu arbeiten und den Kontext von politischer Sprache nicht ausreichend zu berücksichtigen (Bechter 2018: 26).

Einen wichtigen Grundstein zur Erforschung der Prozesse und Verhaltensweisen neuer Parteien und Parlamentarier legten Renate Mayntz und Friedhelm Neidhart in ihrer bereits zitierten Studie zu Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten, in dem sie das Bonner Parlament in einer explorativen

²⁶ Als Beispiel nennen Mayntz und Neidhart hier etwa abfälliges Benehmen, Kleidungsstil, Sprachstil und Haarschnitte.

Studie mit Hilfe qualitativer Interviews untersuchten und allgemeine Mitgliedschaftsnormen ableiten konnten (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989).

Eine der wenigen umfassende Untersuchungen auf der Landesebene mit Fokus auf die Handlungen neuer Parlamentarier*Innen in der Hamburger Bürgerschaft führte Roland Willner (2014) durch. Hierbei stellte er ein Modell von vier Phasen im ersten Parlamentsjahr einer neuen Partei auf, die von dieser chronologisch durchlaufen werden (ebd. 2014: 292f.):

1. Phase – Herstellung der eigenen Arbeitsfähigkeit
2. Phase – Entdeckung der Fraktion
3. Phase – Mitgestaltung der parlamentarischen Auseinandersetzung
4. Phase – Evaluation der eigenen Rolle und Ziele

Abbildung 3 zeigt die von Willner beschriebenen Einstiegsphasen und Ihre zeitliche Dauer innerhalb des ersten Parlamentsjahres²⁷. Die Summe dieser Prozesse kann hierbei als „parlamentarische Sozialisation“ bezeichnet werden (ebd. 2014: 28).

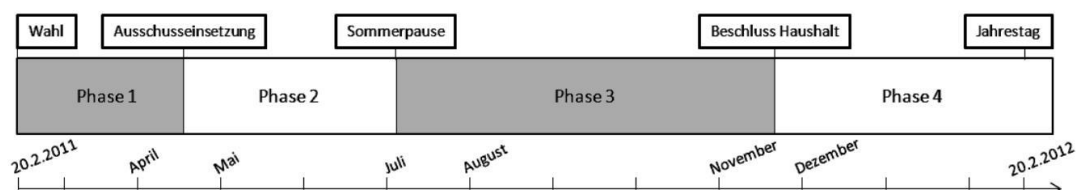


Abbildung 2: Einstiegsphasen nach Willner (ebd. 2014: 144)

Die erste Orientierungsphase ist für neue Parlamentarier geprägt von organisatorischen und strukturellen Herausforderungen. Sofern ihre Fraktion bereits vorher in der Bürgerschaft saß, nahm das Kennenlernen der Fraktionsprozesse und das Finden einer gemeinsamen Arbeitsstruktur eine zentrale Rolle ein (ebd. 2014: 289). Wie ausgeprägt dabei die Unterweisungspraktiken ausfallen ist dabei in jeder Fraktion unterschiedlich und davon abhängig, welche Priorität die erfahrenen Fraktionsmitglieder der Einarbeitung neuer Kolleg*Innen zugestehen (vgl. ebd. 2014: 294). Zudem ist hierbei die scheinbare konsensuale Meinung der Bezugsgruppe der Parlamentarier darüber zu erwähnen, dass sich Neulinge im Parlament erst einmal zurückhalten sollten (Schwarzmeier 2002: 33).

²⁷ Da die Praktiken neuer Parteien im Parlament den Fokus dieser Arbeit darstellen und Willner sich primär auf die Unterweisungsprozesse neuer Parlamentarier in bereits bestehende Fraktionsstrukturen bezieht, werden die einzelnen Phasen seiner Arbeit hier nur verkürzt wiedergegeben.

In der zweiten Phase der Entdeckung der Fraktion werden den neuen Parlamentariern die Vor- und Nachteile sowie die Regeln und spezifischen (erwarteten) Verhaltensweisen innerhalb der Fraktion bewusst und sie machen erste eigenständige Schritte. Innerhalb einer bereits bestehenden Fraktion wurde von den Neulingen bisher starke Zurückhaltung erwartet, da es diese sich erst Sachkompetenz aneignen müssen und nicht mit den erfahreneren Abgeordneten konkurrieren sollen (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989: 379). Durch die Zuordnung zu verschiedenen Ausschüssen, die auch den bisherigen Themenschwerpunkten der Abgeordneten entsprechen können, bekommen diese in dieser zweiten Phase nun die Möglichkeit sich Sachkompetenz anzueignen. Zudem werden erste Kontakte zu Parlamentariern anderer Fraktionen geknüpft und gepflegt, was für die langfristige Etablierung der Abgeordneten im Parlament von großer Bedeutung ist; Abgeordnete erfahren die durch die Fraktion festgelegten Grenzen und reflektieren ihre Rolle im Gefüge (Willner 2014: 222). Im Allgemeinen sind gerade Parlamentsabgeordnete stark isoliert und pflegen Kontakt zumeist nur mit wenigen Abgeordneten zumeist aus ihrer eigenen Fraktion. Da Ausschüsse einem gewissen Turnus unterliegen, meist aus einer überschaubaren Gruppengröße bestehen und dort auch fraktionsübergreifend mit Sachbezug und oft lösungsorientiert gearbeitet wird, stellen die Ausschüsse wichtige Orte für den Ausbau persönlicher Netzwerke dar (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989; Willner 2014: 222).

In Willners Abhandlung endet die zweite Phase durch die Zäsur der sommerlichen Parlamentsferien (ebd. 2014: 188). Diese Sommerzeit bietet den Neuparlamentariern Zeit zur Reflektion der bisherigen Anfangszeit, ihres eigenen Verhaltens und ihrer Ziele. Bestand in den ersten beiden Phasen noch ein gewisser Grad an Schonung und Nachsicht mit ihnen, so ist die dritte Phase geprägt von Herausforderungen in verschiedenen Handlungsfeldern des Parlaments. Die neuen Abgeordneten übernehmen verantwortungsvollere Aufgaben und werden in wichtigen Auseinandersetzungen, wie der in dieser Phase anstehenden Haushaltsdebatte, von den Fraktionsmitgliedern als vollwertiges Fraktionsmitglied angesehen und gebraucht (ebd. 2014: 227). Die Unterscheidung zwischen neuen und etablierten Fraktionsmitgliedern nimmt im weiteren Verlauf und ist schließlich in der vierten Phase der *Evaluation eigener Rollen und Ziele* kaum noch existent (ebd. 2014: 261). Die neuen Parlamentarier erleben in dieser letzten Phase keine „Überraschungen“ durch neue Prozesse oder Vorgänge mehr (ebd. 2014) und es stellt sich eine gewisse Routine ein: Der anfangs dominierende Idealismus und der thematische Gestaltungswille der Neuparlamentarier entfernt sich zunehmend vom Fokus „[...] gemeinsamer Politikgestaltung hin zu einer selbstbezogenen Profilierung [...]“

(Willner 2014: 262). Dieser als *Introversion* bezeichnete Prozess (vgl. Badura und Reese 1976) steht symptomatisch für die nun mögliche Bezeichnung der ehemals neuen Abgeordneten als etabliert – die Parlamentarier*Innen teilen die Werte und Rituale der Fraktionsgemeinschaft in Bezug auf die Arbeitsprozessgestaltung und fokussieren sich zunehmend auf ihre mögliche Wiederwahl ins Parlament (Willner 2014: 261-264).

Zumindest während dieser vier Einstiegsphasen, wenn nicht darüber hinaus, werden neue Parlamentarier wie Parteien in den verschiedenen institutionalisierten Interaktionsräumen des Parlaments von den etablierten Parlamentariern mit kritischer Distanz genau beobachtet. Mit zunehmender Erfahrung im Parlament nimmt die Zurückhaltung der Neuabgeordneten ab und sie werden in allen Interaktionsräumen präsenter und „mutiger“, sie knüpfen Kontakte über Fraktionsgrenzen hinweg und werden zunehmend Teil des spezifischen Systems Parlament.

Zusammengefasst zeigt sich also ein Wandel des Verhaltens neuer Parlamentarier mit zunehmender Erfahrung in den neuen Handlungsräumen im Parlament. Während in der Einstiegszeit noch Zurückhaltung und die Profilierung als loyales und zuverlässiges Fraktionsmitglied im Vordergrund steht, grenzen sich die Neuparlamentarier*Innen mit zunehmender Erfahrung mehr und mehr ab und betonen ihre Eigenständigkeit in allen parlamentarischen Interaktionsräumen (vgl. ebd. 2014: 299). Diese Interaktionsräume des Parlaments besitzen unterschiedliche Zusammensetzungen, Adressaten und jeweils andere Kommunikationsarten. In der Politikwissenschaft hat sich für die Beschreibung und Erforschung dieser Interaktionsräume der Begriff der *parlamentarischen Arena* als Teil des Arenenmodells durchgesetzt, welches im Folgenden erläutert werden soll.

Parlamentarische Arenen

Parlamente als eine Arena gesehen werden, in der verschiedene Parteien bzw. Fraktionen miteinander einen Wettbewerb austragen (Mayntz und Neidhardt 1989: 373). Die parlamentarische Arena stellt hierbei eine von drei grundlegenden und unaufhebbar miteinander verbundenen Arenen des Politikmanagements dar, in der dieselben politischen Akteure agieren (Korte und Fröhlich 2004: 223f.). Die gewählten Abgeordneten agieren als Akteure je nach Arena sehr unterschiedlich, da sie in jeder der drei Arenen verschiedene Ziele verfolgen und unterschiedliche Rollen- und Verhaltenserwartungen an sie gestellt werden (ebd.).

Die Handlungslogiken der drei Arenen sind untereinander inkompatibel, jede der drei Arenen verfügt demnach über „[...] ausdifferenzierte Handlungsebenen mit eigenen Handlungslogiken und Handlungsanforderungen, unterschiedlichen Reichweiten,

Grenzen und verschiedenen Beteiligungschancen der Bürger.“ (Korte und Fröhlich 2004: 224).

In der parlamentarischen Arena manifestieren sich diese Handlungen vor allem durch Kommunikation in den verschiedenen Handlungs- und Interaktionsräumen. Diese „parlamentarischen Subsysteme“ (Marschall 2002: 171) können und sollen ebenfalls als verschiedene Arenen dargestellt werden, da eine Definition von nur *einer* parlamentarischen Arena „[...] die funktionale Binnenheterogenität des Parlaments [verkennt], in der sowohl Kooperations- als auch Konkurrenzstrukturen wirken.“ (ebd. 2002). Stefan Marschall unterscheidet die verschiedenen Arenen innerhalb des Systems des Parlaments anhand ihres Grades an Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und externe Beobachtung und knüpft damit an Vorarbeiten in diesem Bereich an (vgl. ebd. 2002: 171). Diesem Kategorisierungsvorschlag folgend soll im Folgenden zwischen zwei der wichtigsten parlamentarischen Arenen unterschieden werden: Plenum und Ausschüsse.

Der Autor und Journalist Roger Willemsen, der für sein Buch „Das Hohe Haus“ ein Jahr lang auf der Besucher*Innentribüne des deutschen Bundestages Platz nahm beschreibt die Allgegenwärtigkeit von Kommunikation in den verschiedenen parlamentarischen Arenen sehr treffend:

Das Parlament - Das Reden steckt schon im Wort. Wirklich war das Recht der öffentlichen Debatte eine Errungenschaft, erkämpft, mit Leiden bezahlt, mit Blut begossen. [...] Das Parlament ist der Raum, in dem alles spricht. Der Parlamentarier ist einer, der Kommunikation herstellt und verwaltet. Der Plenarsaal ist der Ort, in dem ein Handeln durch Sprechen simuliert oder sogar vollzogen wird. Parlamente steuern, verdichten, prononcieren die politische Kommunikation. (Willemsen 2014, Kapitel 3)

In Willemsens Definition wird die Kommunikation das zentrale Steuerungsmittel des Parlamentariers. Politische Kommunikation in der Parlamentsarena ist demnach ein Mittel des Parlamentariers zur Durchsetzung seiner politischen wie persönlichen Ziele in den verschiedenen Handlungsräumen des Parlaments. Parlamentarisches Sprechen stellt hierbei einen Sonderfall politischer Kommunikation dar (Burkhardt 2003: 147-172) und ist scharf von Alltagskommunikation abzutrennen. Sie stellt „[...] eine Textgattung *sui generis* [dar] [...], [die] sich unter extrem scharfen Konkurrenz- und Selektionsbedingungen äußerst vielfältigen und rasch wechselnden Umwelten anpassen muss.“ (Patzelt 1995: 19).

Der – durchaus umstrittene (vgl. Reinhard 2019) – Parlamentarismusforscher Werner Patzelt unterteilt die Kommunikationsarten von Politiker*Innen in drei funktionelle Kategorien, die dem jeweiligen Handlungsraum und der Intention des Abgeordneten

entsprechen. Patzelt unterscheidet zwischen sachlich orientierter Arbeitskommunikation, auf öffentliche Wirkung bedachte Darstellungskommunikation und zu taktischen Zwecken genutzte Darstellungskommunikation (vgl. Patzelt 1995: 18). Anhand dieser Kategorisierung soll im Weiteren die spezifische Kommunikation in den unterschiedlichen Handlungsräumen der parlamentarischen Arena und deren Beschaffenheit erläutert werden.

Arbeitskommunikation: Die Rolle der Ausschüsse

In der Politikwissenschaft besteht seit langem ein Dualismus in der Klassifikation politischer Parlamente als Rede- oder Arbeitsparlamente (vgl. Schüttemeyer 2007). Über die Einordnung deutscher Parlamente wie Bundestag und Landtage in einer dieser Kategorien oder einer Mischdefinition als „redendes Arbeitsparlament“ oder „arbeitendes Redeparlament“ (Berg-Schlosser und Müller-Rommel 2003: 222) herrscht seit langer Zeit eine intensive Diskussion, die an dieser Stelle nicht näher vertieft werden soll. Fest steht die überaus wichtige Rolle der Arbeits- und Untersuchungsausschüsse im System des deutschen Parlamentarismus für die Funktion des gesamten Parlaments- und Demokratiesystems (vgl. Helms 2007: 143).

Für etablierte wie neue Abgeordnete sind die Ausschüsse hierbei aus mehreren Gesichtspunkten wichtige Orte. Wie bereits erläutert stellen Ausschüsse wichtige Orte zur inner- und vor allem interfraktioneller Vernetzung im sonst eher isolierten Parlamentsalltag der Abgeordneten dar (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989). Trotz inhaltlicher Differenzen wird durch die sachbezogene gemeinsame Arbeit in den Ausschüssen ein „Wir-Gefühl“ herausgebildet (Reiser 2018: 128), das durch das Aufeinandertreffen in informelleren Formen wie Abendveranstaltungen und Ausschussreisen (ebd. 2018) oder auch der gemeinsamen Zigarettenpause gefördert wird. Diese informellen Begleitaspekte der Ausschussarbeit stehen dabei im starken Kontrast zur Kommunikationsart innerhalb der Ausschusssitzungen, die auch formell engen Richtlinien folgen. Patzelt beschreibt Arbeitskommunikation als auf die

„[...] Erfassung der zu behandelnden Probleme ausgerichtet und auf den Transport von deren Komplexität. Darum nimmt sie so oft technischen Charakter an, ist Insider-Sprache und im ursprünglichen wie modernen Wortsinn *esoterisch*.“ (Patzelt 1995: 18).

Ein zentraler Grund, der eine derart fokussierte Kommunikation ermöglicht, ist die Bedeutung der Ausschüsse als verhältnismäßig unbeobachteter Raum innerhalb des Parlaments. Die Arena der Ausschüsse dient primär der Herstellung, weniger der Darstellung von Politik und verschließt sich daher der Beobachtung seitens parlamentsexterner Akteure (Marschall 2002: 173). Ausschüsse sind die Orte, an dem die eigentlichen Entscheidungen gefällt werden, die in der anschließenden

Plenarsitzung nur noch bestätigt werden (Niehr 2000: 242). Der primäre Adressat der Kommunikation in Ausschüssen ist demnach nicht die Öffentlichkeit oder der Wähler, sondern die Parlaments- und Fraktionskollegen – es steht nicht die Profilierung gegenüber einer (Medien-)öffentlichkeit sondern gegenüber den übrigen Ausschussmitgliedern im Vordergrund. Dieser „Geltungs- und Profilierungsdruck“ wirkt vor allem bei neuen Parlamentarier*Innen stark und kann eine Erklärung für die sehr technische Kommunikation liefern.

Darstellungskommunikation: Das Verhältnis zur Öffentlichkeit

Einen starken Gegensatz zur Fachkommunikation in den Ausschüssen stellt die Darstellungskommunikation in den Plenarsitzungen der deutschen Parlamente dar. Die Plenardebatte erfüllt im modernen Parlamentarismus meist die Funktion der Darstellung eines politischen Prozesses, die wirklichen Entscheidungen sind zuvor jedoch an anderen Orten getroffen worden. Diese Diskrepanz ist zentral auf das Verhältnis des Systems Parlament und des „Systems“ der Öffentlichkeit zurückzuführen, welches in der Geschichte einen fundamentalen Wandel durchlebt hat.

In den heute grundlegend öffentlichen Plenardebatten werden Inhalte, verschiedene Positionen, Verlauf und Ergebnisse dem Volk gegenüber transparent dargestellt und dieses so in die Lage versetzt, Vertrauen in die gewählten Vertreter*Innen zu fassen und eine gewisse Kontrolle auszuüben (Bentham 1791; zitiert nach Hofmann und Riescher 1999: 107). Dieser als *Deliberation* zu bezeichnende Prozess ist eine fundamentale Errungenschaft des demokratischen Systems die vielfach diskutiert wurde (vgl. u.a. Habermas 1981; Jörke 2012).

Der öffentliche Raum der Plenardebatte, zu welchem jeder Bürger prinzipiell Zugang hat, wird hierbei als *parlamentarische Öffentlichkeit* bezeichnet (vgl. Marschall 2003: 424). Diese folgt den spezifischen Handlungsnormen des ihr zugrundeliegenden Systems, ist hierbei nach außen aber nicht hermetisch abgeschlossenen (ebd. 2002: 183) – es bestehen wichtige Schnittstellen der parlamentarischen Öffentlichkeit zu anderen Arenen oder Öffentlichkeiten. Diese parlamentarische Öffentlichkeit lässt sich wiederum unterteilen in die Begriffe der *Sitzungs-* und der *Berichterstattungsöffentlichkeit* (vgl. Marcinkowski 2000: 49f.; Linck 1992: 675f.); Die Sitzungsöffentlichkeit beschreibt hierbei die Offenheit der Parlamentsdebatte und die grundsätzliche Möglichkeit dieser beizuwohnen, während die Berichterstattungsöffentlichkeit die Publizierung der Debatten an eine breitere Öffentlichkeit bezeichnet, etwa durch die vom Parlament produzierten Dokumente oder durch massenmediale Berichterstattung (vgl. Marcinkowski 2000).

Die Kommunikationsvorgänge in der parlamentarischen Öffentlichkeit sind hierbei klar zielgerichtet auf den Empfänger nach dem Idealtypus der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ (vgl. Habermas 1990)²⁸, welche das eigentliche Ziel der Plenardebatte und ihrer Prozesse darstellt und die sich – idealerweise – aus dem Publikum potenziell betroffener Bürger zusammensetzt (ebd.). Die Zielgruppe ihrer Wählerinnen und Wähler in der *bürgerlichen Öffentlichkeit* können durch die Parlamentarier*Innen dabei primär direkt nicht erreicht werden, da beispielsweise die Handlungslogiken beider Systeme verschieden sind²⁹ und die *bürgerliche Öffentlichkeit* funktionalen Wandlungsprozessen ausgesetzt ist (vgl. Marschall 2003: 424f.). Aus politologischer Sicht sind die primären Adressaten von Parlamentsdebatten der Neuzeit die Medien, die eine zentrale Mittlerrolle zwischen Parlament und Volk einnehmen (vgl. Gerhards 1998: 269). Diese Wechselwirkung verschiedener Öffentlichkeiten wird unter dem Begriff der Mediendemokratie diskutiert³⁰. Erst durch die massenmediale Aufbereitung der parlamentarischen Debatte werden die Parlamentsvorgänge der bürgerlichen Öffentlichkeit zugänglich – die reine Sitzungsöffentlichkeit hat eine sehr geringe Reichweite und ist auf „Wenige und Weniges“ beschränkt (Marcinkowski 2000: 50).

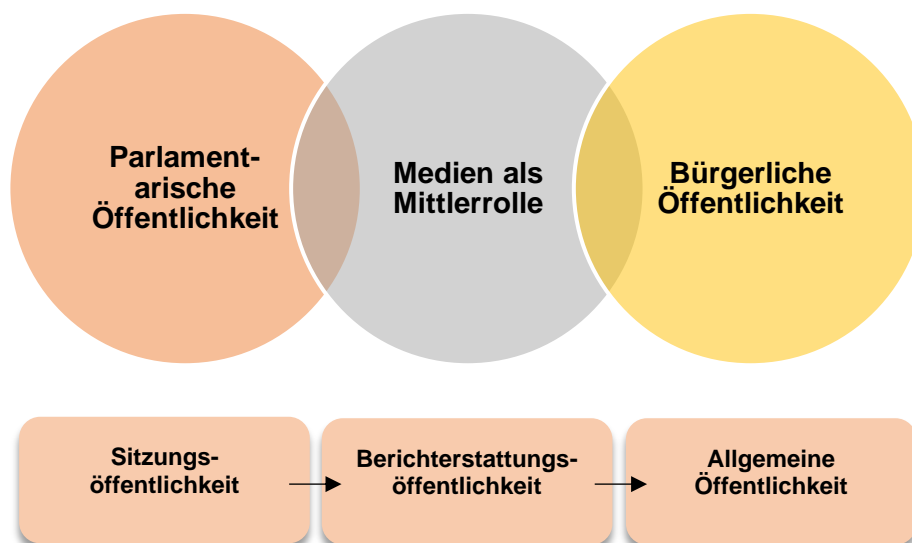


Abbildung 3: Medien als Mittler zwischen verschiedenen Öffentlichkeiten (eigene Darstellung)
Die in der Plenardebatte debattierenden Parlamentarier sind demnach auf die mediale Berichterstattung angewiesen, wenn sie ihre potenziellen Wählerinnen

²⁸ Habermas postuliert in seinem berühmten Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ die Herausbildung einer „politischen Öffentlichkeit“ bedingt durch die „Politisierung des gesellschaftlichen Lebens“ und dem „Aufstieg der Meinungspresse“ (Habermas 1990: 14). Auf die auf diesem Werk entstandene Grundsatzdebatte um den Begriff der Öffentlichkeit(en) soll in dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Für eine Übersicht siehe Donges und Imhof 2005.

²⁹ Vgl. hierzu die Erläuterung im Unterabschnitt „Arenen“.

³⁰ Einen umfassenden Überblick zu Theorien und Diskussionen zur Mediendemokratie bieten Bieber und Massing 2003.

erreichen wollen. Eine vielfach aufgestellte These geht daher davon aus, dass Parlamentsdebatten vor allem in Hinblick auf ihre mediale Rezeption geführt werden (Patzelt 1998b; Marschall 2002; Sarcinelli 2000; Kranenpohl 2002: 189; Burkhardt 2005; Wagner 2013: 116). Medien sitzen gewissermaßen permanent mit im Plenarsaal als „trialogisch anwesende Dritte“ (Burkhardt 2004: 620; vgl. Habermas 1990: 132) und bauen dadurch einen gewissen „Druck“ auf die Parlamentarier*Innen auf, der für eine „Mediatisierung“ des Verhaltens dieser in den Plenarsitzungen sorgt (Jandura 2007: 83f.).

Dieser zunehmende Wandel der Plenardebatte als eine primär auf ihre öffentliche Wirkung bedachte „Aufführung“ sieht sich breiter Kritik ausgesetzt. Jürgen Habermas merkte in seinem einflussreichen Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ an, dass sich die ursprüngliche Idee des Parlamentarismus als „organisiertes Streitgespräch“ sich zum inszenierten Scheingespräch entwickelt habe (Habermas 1990: 305f.; Burkhardt 2003: 341). Hierdurch habe sich das Parlament von einer „disputierenden“ zur „demonstrierenden Körperschaft“ gewandelt, die lediglich der „parlamentarischen Bestätigung der hinter verschlossenen Türen ausgehandelten Beschlüsse“ und vor allem „der Demonstration des Parteiwillens nach außen“ diene (ebd.). Die Plenardebatte könne demzufolge im Kern als „Schaufensterparlamentarismus“ (vgl. ebd. 1995: 73-106) bezeichnet werden; die Demokratie habe sich von einem repräsentativen zu einem „medial-präsentativen“ System gewandelt (Sarcinelli 2009: 240).

Legt man diese Annahmen zu Grunde, so unterscheidet sich das Kommunikationsverhalten im Plenarsaal fundamental von jenem in den Ausschüssen. Die Kommunikation zielt stets die auf öffentliche Wirkung bei der Presse und der eigenen Wählerschaft ab und nutzt ein fundamental anderes Vokabular (vgl. Patzelt 1995: 18). Um die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, muss der Parlamentarier in der Plenararena besonders auffallen: Er konkurriert um den begrenzten Sendeplatz in Magazinen mit sämtlichen anderen Ereignissen des Tages. Den Parlamentsdebatten wird im Mediensystem keinerlei „Quote“ reserviert, sie müssen mit allen anderen Tagesgeschehnissen wie an einem „freien Markt“ konkurrieren (vgl. Kranenpohl 2002: 189; Oberreuter 2002: 317); Ereignisse müssen auch in passenden Zeitfenstern geschehen, um in bestimmten Sendeformaten auftauchen zu können. Die Medienberichterstattung ist zudem bei der Abbildung parlamentarischer Prozesse stark auf den Schlagabtausch im Plenum fixiert und gibt meist bestimmte Debatten und Redebeiträge stark verkürzt wieder (vgl. Marcinkowski 2000: 67-69).

Die Notwendigkeit zur Generierung medialer Aufmerksamkeit, gerade für neue und unerfahrene Parlamentarier, kreiert hierbei ein starkes Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite stehen die bereits erläuterten formellen wie informellen Handlungserwartungen des parlamentarischen Systems an die Abgeordneten der Verschiedenen Bezugsgruppen, auf der anderen Seite die „Verlockung“, durch kalkulierte Normbrüche oder -abweichungen von alltäglich im Parlament zu beobachtenden Situationen medial beachtet zu werden. Der französische Philosoph Michel Foucault sieht die Parlamentarier*Innen vor der Herausforderung, zu wissen, dass sie nicht „das Recht“ besitzen, auf der politischen Bühne in jeder Situation „alles zu sagen“ (Foucault 2001: 11; Brichzin et al. 2018: 234) – die Bezugsgruppen-übergreifende Regel keinen Schaden zuzufügen hat hier starken Einfluss. Auch die GO des Parlaments als formale Norm setzt den Handlungsmöglichkeiten der Abgeordneten enge Grenzen und erlaubt bei Verletzung der Ordnungsnormen einen zeitweisen Ausschluss der Abgeordneten aus dem Plenarsaal (vgl. §38 GO Bundestag)³¹.

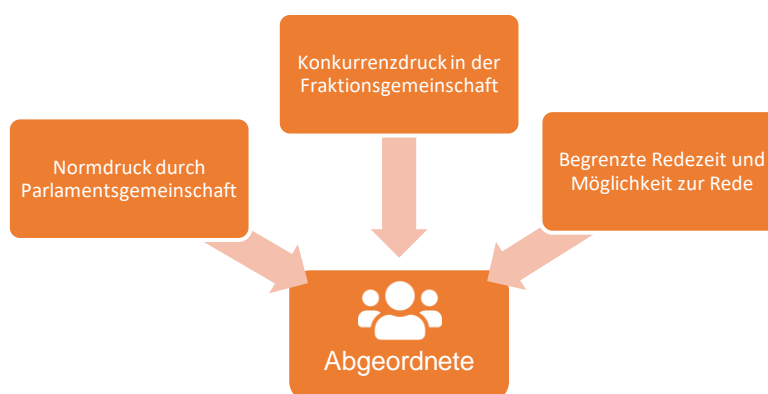


Abbildung 4: Einflussfaktoren auf die Darstellungskommunikation von Parlamentarier*Innen (eigene Darstellung)

Zudem sind die Abgeordneten durch den Ablauf des parlamentarischen Diskurses stark in ihren Geltungsmöglichkeiten eingeschränkt, der in aller Regel aus einer Abfolge von Reden der Mitglieder verschiedener Fraktionen zu einem Tagesordnungspunkt besteht. Durch die Begrenzung der (Gesamt)-Redezeit und die Festlegung der Redner durch die Fraktionen muss der einzelne Abgeordnete den Fraktionsgeschäftsführer überzeugen, um Redezeit zu erlangen (vgl. Burkhardt 2003: 339f.). Die Verteilung des Rederechts ist hierbei nicht gleichmäßig verteilt sondern richtet sich nach innerfraktionellen „Hackordnungen“ (vgl. Hitzler 1990: 621).

³¹ So zählt beispielsweise die Präsentation von Plakaten im Plenarsaal als Ordnungsverletzung und führte im deutschen Bundestag bereits mehrfach zum Verweise von Fraktionen aus dem Plenarsaal (vgl. DER SPIEGEL 26.02.2010).

Eine zentrale Erfahrung für Parlamentarier ist demnach ein Klima allgegenwärtiger Konkurrenz (vgl. Mayntz und Neidhardt 1989: 374f.), in welchem dem Parlamentarier nur wenige Möglichkeiten außerhalb des formellen Rahmens bleiben, seine eigene Position kundzutun. Eine der wichtigsten dieser Möglichkeiten ist hierbei das Äußern von Zwischenrufen, auf welches nach der Erläuterung des Folgenden Abschnitts ausführlich eingegangen wird.

Durchsetzungskommunikation: “Kräftemessen” in den Parlamentsarenen

Treten Parlamentarier miteinander in Konkurrenz kommt oftmals der Typus der Durchsetzungskommunikation zum Einsatz. Diese wird von Patzelt als auf die Erfüllung instrumenteller und taktischer Ziele ausgerichtet definiert (Patzelt 1995: 18). Sie zeichnet sich vor allem durch einen hohen Grad rhetorischer Fertigkeit aus und wird als Mittel zur Erfüllung kurzfristiger Kalküle eingesetzt (Terhorst 2012: 28). Dabei verbindet sie die technischen Aspekte der Arbeits- mit dem auf Rezeption ausgelegtem Charakter der Darstellungskommunikation (vgl. Korte 2010: 20).

Der Adressat dieses Kommunikationstypus ist jedoch nicht die bürgerliche Öffentlichkeit, sondern sie zielt primär auf die parlamentarische Öffentlichkeit und die Wahrnehmung durch die Parlamentarierkolleg*Innen ab - über die Fraktionsgrenzen hinweg. Sie ist oft gewähltes Mittel der Regierungsparteien zur politischen Führung und Durchsetzung eigener Positionen sowie zur Demonstration des durch den Bürger legitimierten Machtanspruchs (vgl. Korte und Fröhlich 2004: Kap. 5). Zur Durchsetzung eigener Ziele werden auch Methoden wie „Finten, Vorblendungen, Verlockungen und Androhungen“ (Patzelt 1998a: 437) genutzt – die bürgerliche Öffentlichkeit ist hierbei nicht als primärer Adressat sondern als weiteres Werkzeug zu sehen, mithilfe derer ein gewünschter Effekt beim eigentlichen Ziel des parlamentarischen Akteurs erzielt werden soll (vgl. ebd. 1998a).

Ein primäres und oft nur am Rande beachtetes Mittel zur Durchsetzung parlamentarischer Ziele ist die Unterbrechung des aktuellen Redners durch einen sogenannten Zwischenruf, dessen Beschaffenheit, Geschichte und essentielle Bedeutung für die Funktion der Plenardebatte im Folgenden Kapitel erläutert werden soll.

Der parlamentarische Zwischenruf

Der Ablauf einer parlamentarischen Plenardebatte lässt sich gewissermaßen als Abfolge von monologischen Redebeiträgen verschiedener Plenarmitglieder definieren, die einer festgelegten Struktur und geregelten Abfolge, der sogenannten Tagesordnung, unterliegen. Zu jedem der chronologisch aufeinander folgenden Tagesordnungspunkte (TOPs) können von allen Fraktionen Redebeiträge angemeldet werden, in denen das für und wider des aktuellen Debattengegenstandes diskutiert wird³². Die Abfolge dieser Redebeiträge ist dabei linear: Es spricht immer nur ein Redner vom Rednerpult aus zu den übrigen Parlamentariern hingewandt, welche die Rolle der Zuhörerschaft einnehmen. Ein Mitglied des Parlaments darf nur sprechen, wenn der Parlamentspräsident ihm das Wort erteilt (§27, Abs. 1. GO-BT; Hitzler 1990: 621); Zu einer Rede kann eine Zwischenfrage gestellt werden, deren Zulassung jedoch ebenfalls dem Präsident unterliegt (§27, Abs. 2. GO-BT).

Trotz dieser eigentlichen Exklusivität der Worterteilung hat sich in der parlamentarischen Kultur vieler westlicher Demokratien die Praktik etabliert, durch kurze Rufe die Rede des aktuell Sprechenden zu unterbrechen und damit für alle vernehmbar einen eigenen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Diese als Zwischenruf definierte und „gewöhnheitsmäßig zulässige“ (Hitzler 1990: 622) Praktik weist eine lange Tradition und eine Vielartigkeit auf.

Definition

Zwischenrufe können im Allgemeinen definiert werden als kurze Einwürfe von Abgeordneten, die momentan kein Rederecht besitzen, aber dennoch eine vernehmbare Meinung äußern wollen (Vögele und Thoms 2019: 307; Hitzler 1990: 619). Zwischenrufe sind dabei eine

„[...] durch Gewohnheit legitimierte Äußerungsform im politisch-parlamentarischen Diskurs, die eine Ausnahme zu dem Grundsatz darstellt, daß niemand ohne ausdrückliche Worterteilung durch den Präsidenten im Plenum reden darf. (Kipke 1995: 107)

Trotz dieser Duldung eines Zwischenrufs³³ im parlamentarischen Ablauf sind seine Möglichkeiten begrenzt auf die kurze, möglichst pointierte Platzierung eines Kommentars zum aktuell Gesagten: Die GO der Bundes- wie Landesparlamente schließt den Tausch der Rollen von Sprechern und Hören sowie die Entstehung eines spontanen Dialogs zwischen diesen institutionell aus (Burkhardt 2004: 226). Da die

³² Bspw. Gesetzesvorschläge, Aktuelle Stunden zu bestimmten Ereignissen und Turnusmäßigen Ereignissen wie der Verhandlung über den Haushalt.

³³ Die Begriffe Zwischenruf und Zuruf werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

formale Möglichkeit der Einbringung einer Zwischenfrage während der Rede der Gestattung durch den Redenden bedarf und, auch aus taktischen Gründen, nur selten gewährt wird stellt der Zwischenruf oftmals die einzige Möglichkeit dar, direkt auf (provozierende) Äußerungen zu reagieren (Stopfner 2015: 279). Je größer dabei die Gruppe ist, in der kommuniziert wird und je kleiner die Chance der Zuhörer selbst das Rederecht zu erhalten ist, desto größer ist die Neigung zu Zwischenrufen (Burkhardt 2004: 9).

Zwischenrufe sind jedoch nicht als reine Störung, sondern als wesentliche Bestandteile der Debatte zu betrachten (Sternberger 1991: 76), die im deutschen Parlamentarismus seit langem untrennbar mit der parlamentarischen Debatte verbunden sind.³⁴ Sie erfüllen eine wichtige Funktion für die ansonsten zum Zuhören „verdammten“ Abgeordneten und können zu „rational-argumentativen“, aber auch zu „destruktiv-strategischen“ Zwecken genutzt werden, um die Debatte entweder sachlich zu fördern oder aber gezielt zu stören (Burkhardt 2004: 2)³⁵. Dabei nimmt der Zwischenruf eine Schlüsselfunktion als Indikator für parlamentarische Sprachkultur und damit für politische Streitkultur insgesamt ein (ebd. 2004: 4) – er ist aus sprachtheoretischer Sicht ein einmaliges Konstrukt zwischen Monolog und Dialog³⁶.

Übertragen auf die drei zuvor erläuterten Arten parlamentarischer Kommunikation ist der Zwischenruf gleichermaßen als Mittel der Darstellungs- wie der Durchsetzungskommunikation zu beschreiben. Er stellt in seinem Wesen eine „mehrfachadressierte Sprechhandlung“ (Kühn 1983) dar, die an die beiden parlamentarischen Öffentlichkeiten von Sitzung- und Medienöffentlichkeit gleichermaßen gerichtet ist.

Zu welchem Grad der Zwischenruf im Allgemeinen diese beiden Arenen adressiert, ist in der Literatur umstritten. Während Burkhardt den Zwischenruf als essentiellen Teil politischer Kommunikation und diese wiederum zu einem großen Teil als an die

³⁴ Bereits in der ersten Versammlung der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche (beziehungsweise der „*Deutschen Constituierenden Nationalversammlung*“ (Burkhardt 2004: 413)) kam es zu Zwischenrufen, die in der stürmischen Anfangszeit des verfassungsgebenden Prozesses der oftmals vorherrschenden Verwirrung der Parlamentsmitglieder Ausdruck verliehen. Zum Verlauf der ersten Sitzungen der Paulskirchenverfassung und der Bandbreite der abgegebenen Zwischenrufe siehe Burkhardt 2003: 15-33.

³⁵ Burkhardt liefert mit einer Typologie von Zwischenrufftechniken verschiedene funktionale Dimensionen von Zwischenrufen, die zu einem späteren Zeitpunkt dieser Arbeit eingehend erläutert werden.

³⁶ „Zwischen Monolog und Dialog“ lautet der Buchtitel eines der umfangreichsten Werke zur Geschichte und Typologisierung parlamentarischer Zwischenrufe von Armin Burkhardt, das an vielen Stellen die Grundlage dieser Arbeit bildet.

Öffentlichkeit gerichtete Kommunikation sieht (Burkhardt 2003: 121), sieht Wagner das primäre Adressat nicht bei der (bürgerlichen) Öffentlichkeit, sondern definiert Zwischenrufe als primär „plenumsinterne Kommunikation“ (Galler und Wagner 1998: 116). In jedem Falle ist der Zwischenruf dabei ein „[...] probates wenngleich nicht immer ungefährliches Mittel öffentlicher Selbstdarstellung“ (Hitzler 1990: 628), welches nicht von jedem Abgeordneten beherrscht wird und einen gewissen Lernprozess erfordert.

In der Literatur werden die funktionellen / handlungstheoretischen Eigenschaften von Zwischenrufen grundsätzlich in **unterstützend** oder **kritisierend** / **ablehnend** unterteilt (vgl. Holly 1982: 34). Innerhalb dieses Kategorisierungsrasters existiert jedoch eine Vielzahl unterschiedlich detaillierter Unterkategorien, die den mannigfaltigen Intentionen und Äußerungsarten der Zwischenrufer*Innen in parlamentarischen Diskursen Rechnung tragen. Die Kategorien UNTERSTÜTZEND und KRITISIEREND/ABLEHNEND können somit eher als zwei „[...] Pole betrachtet werden [...], zwischen denen sich das tatsächliche Leben des parlamentarischen Zwischenrufens abspielt“ (Burkhardt 2004: 309). Dieser Definition von Burkhardt folgend sollen im Folgenden kurz einige Beispiele für Kategorisierungsraster aus der Literatur erläutert werden, die einen Vorschlag zur Einordnung von Zwischenrufen zwischen diese beiden Pole liefern.

Einer der ersten deutschen politikwissenschaftlichen Kategorisierungen von Zwischenrufen schlägt Dolf Sternberger in seinem Aufsatz „Macht, Recht und die Kunst des Zwischenrufes“ von 1952 vor (zitiert nach Sternberger 1991), wobei er zwischen drei Zwischenruftypen unterscheidet: Der Typus der kollektiven Zwischenrufe, zu denen „beinahe“ auch das Lachen im Parlament gezählt werden kann (ebd. 1991: 77), beinhaltet die im Plenum gebräuchlichsten Vokabeln, die, im Gegensatz zur Alltagssprache,

„[...] in Gesprächen zwischen Individuen so gut wie niemals vorkommen. Sie sind von Haus aus dazu bestimmt, politische Enthüllungen oder Urteile kollektiv mit Pauken- und Beckenschlägen zu untermalen, Fronten hörbar zu machen [...] und den Gegnern Angst einzuflößen.“ (ebd.)

Diese kollektiven Zwischenrufe haben die Funktion, zum richtigen Zeitpunkt einer Rede die Position des Rufenden (Burkhardt 2004: 46) und, damit unweigerlich verknüpft, auch seiner politischen wie parlamentarischen Gruppe zu verdeutlichen. Sternberger nennt weiterhin die „Spott-Rufe“ als eigene Kategorie, die primär die Intention folgen, eine Irritation beim dem / der Redenden hervorzurufen und die

eigene „Heerschar“ auf die Verfehlungen des politischen Gegners aufmerksam machen soll (Sternberger 1991: 78).

Als letzte Kategorie schlägt Sternberger den Typus der „individuellen polemischen Spottrufe“ ein, die sich durch die „[...] Kunst der knappen Zuspitzung (und einer) Treffsicherheit wie beim Kunstschützen“ (ebd.) auszeichnen. Diese, für Sternberger wichtigste Kategorie, mache „das Gewürz der Verhandlungen“ aus und kommt in der Form von Wortgefechten und Mini-Dialogen (vgl. Burkhardt 2004: 602-618) zwischen Redner*In und Zwischenrufer*In besonders eindrücklich zur Geltung³⁷.

Ein sehr praxisgeprägtes Raster schlägt der CDU-Abgeordnete Gerhard Reddemann im Vorwort des *Parlamentarischen Schimpfbuches* (Pursch 1980) vor, welches eine Sammlung von Zwischenrufen und Stilblüten darstellt (zitiert nach Burkhardt 2004: 39). Er unterteilt die Zwischenrufenden in vier „Zwischenrufgrade“ nach Art ihres rhetorischen Geschicks und ihrer parlamentarischen Erfahrung. Zwischenrufende ersten Grades würden sich demnach auf sehr kurze Aussagen wie „Hört, Hört“ oder kurze Ausdrücke der Zustimmung oder der Ablehnung beschränken (z.B. „Sehr wahr!“, „Bravo!“, oder „Oho!“). Als zweiten Grad kategorisiert Reddemann die „Zwischenschimpfenden“, die sich persönlich durch den oder die Redende/n angegriffen fühlen und dementsprechend impulsiv und emotional zwischenrufen würden und auch vor unlauteren Äußerungen nicht zurückschrecken würden. Der dritte Grad der „Verhinderten“ bestehe aus Hinterbänklern, die ihren Unmut über die durch die Fraktionsführung verhinderte Möglichkeit selbst zur Sache reden zu dürfen an den gegnerischen RednerInnen ausließe. Der vierte Grad der „Professionellen“ schließlich würden ein hohes Maß rhetorischer Fähigkeiten aufweisen und die „Schwachstellen“ jedes noch so gestandenen Redners erfassen.

Einen ebenfalls sehr praxisnahen Kategorisierungsvorschlag, bietet der ehemalige Landtagsstenograf Dr. Joachim Eichler in einem Beitrag der Zeitschrift *Neue stenografische Praxis* des Verbandes der Parlaments- und Verhandlungsstenographen. Eichler schlägt darin eine Unterteilung von Zwischenrufen in sieben Gruppen vor, die auf seinen Erfahrungen im sächsischen Landtag beruhen (vgl. Eichler 2009: 46-49): Neben den großen Gruppen von Zustimmung, zu denen Eichler auch Beifall zählt, und Widerspruch bzw. Ablehnung, zu denen auch ironische Rufe und (abwertendes oder nicht-heiteres) Lachen gezählt wird, unterscheidet Eichler einige Untergruppen ähnlich wie Reddemann zuvor nach

³⁷ Vgl. die Illustration eines solchen Schlagabtausches anhand der Beispiele von Sternberger bei Burkhardt 2004: 47f.

der Intention beziehungsweise Funktion des Zwischenrufs³⁸. Eichlers auf praktischen Beobachtungen fußendes Analysemuster ermöglicht so eine mehr als zweidimensionale Einteilung der Zwischenrufe in *unterstützend* oder *ablehnend*³⁹.

Über die besonderen Herausforderungen und die mögliche Beeinflussbarkeit der Parlamentsstenografie wird in einem späteren Kapitel aufgrund ihrer Bedeutsamkeit für die Datengrundlage dieser Arbeit gesondert eingegangen werden.

Eines der umfangreichsten Kategorie-Raster für Zwischenrufe legte der Politolinguist Armin Burkhardt in seinem 2004 erschienen Buch *Zwischen Monolog und Dialog - Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus* vor, dass eine erweiterte Version seiner 1993 angenommenen Habilitationsschrift darstellt. In der sehr umfangreichen Monografie befasst Burkhardt sich mit einer Wesensbestimmung des parlamentarischen Zwischenrufs und seiner Theorie, Typologie und Geschichte. Dem Zwischenruf misst Burkhardt im deutschen Parlamentarismus eine Schlüsselrolle zu und definiert ihn als Mitte zwischen „Monolog und Dialog“ und als einer der wichtigsten Indikatoren für parlamentarische Sprachkultur und damit für die politische Streitkultur insgesamt (Burkhardt 2004: 4). Burkhardt unterteilt sein linguistisch sehr feingliedriges Typologien-Raster in fünf verschiedene Analyseebenen (vgl. ebd. 2004: 9), von welchen die drei Ebenen der *semantisch-pragmatischen*, der *syntaktischen* und der *textlinguistisch* orientierten Typologien näher für eine politikwissenschaftliche Kategorisierung besonders lohnenswert erscheinen.

Semantisch-pragmatische Ebene: Zwischenruftechniken

Auf der semantisch-pragmatischen Ebene unterscheidet Burkhardt zwischen verschiedenen Zwischenruftechniken, die ganz im engeren Wortsinn die unterschiedlichen sprachlichen Methoden und Verfahren von Zwischenrufern in ein Analyseraster überführen. Hierbei steht die sprachliche und grammatikalische Gestaltung der Zwischenrufe im Fokus, die Kategorien sind aus sprach- bzw. kommunikationswissenschaftlicher Perspektive gewählt. Burkhardt selbst definiert solche Zwischenruftechniken als „[...] Verfahren, die Zurufer verwenden, um die außerhalb des offiziellen Rederechts erfolgende, aber punktuell auf eine Äußerung

³⁸ Eichler stellt unterteilt Zwischenrufe zusätzlich in die Gruppen „auffordernd“, „provozierend“, „berichtigend oder ergänzend“, „besonders schlagfertig“ sowie „deplatziert“. Für letztere appelliert der Stenograf Eichler gegen eine Protokollierung, bleibt bei der Beschreibung ihrer Form jedoch recht unklar (vgl. Eichler 2009).

³⁹ Vgl. hierzu die Bezeichnung dieser Kategorien als „Pole“ bei Burkhardt 2004: 309. Bei der Kategorie von Sprachbildern, gelungenen Wortspiele und unpassenden Rufen muss jedoch in Frage gestellt werden, wie eine vermeintlich objektive Zuordnung von Zwischenrufen zu dieser Kategorie über verschiedene Kodierenden hinweg gewährleistet werden soll.

des Redners bezogene Kundgabe ihrer Auffassungen besonders effektiv zu gestalten“ (Burkhardt 2004: 225). Seine Definition kann hierbei als sehr nah an klassischen Definitionen eines parlamentarischen Zwischenrufes eingeordnet werden.

Grundsätzlich unterscheidet Burkhardt zwischen fünf Typen von Zwischenrufen mit einer unterschiedlichen Anzahl an Unterkategorien, die hier kurz erläutert werden sollen (ebd. 2003: 226-243):

- Einfache Ergänzungen
- (Pseudo-)Satzvollender
- Einleitendes dass
- Wortspiele
- Insistieren durch Wiederholung, Zwischenrufklimax

Einfache Ergänzungen stellen Äußerungen dar, für die das Hinzufügen (sprach-)syntaktisch nicht notwendiger Elemente charakteristisch erscheint (ebd. 2004: 226). Eine häufig auftretende Form dieser Zwischenruftechnik sind sogenannte *Scheinerergänzungen*, welche die „[...] sinngemäß-analoge Fortsetzung des Gesagten suggerieren, diese jedoch faktisch gerade unterlaufen [...]“ (ebd.). Burkhardt unterscheidet zwischen drei möglichen Unterkategorien, die sich in ihrer Bezugseinheit unterscheiden. Oftmals werden Zwischenrufe, die sich als *Einfache Ergänzungen* klassifizieren lassen, für Aufzählungen und Reihungen, zur Beantwortung rhetorischer Fragen oder zur Erzeugung (kritischer) Zusatzinformationen genutzt.

Tabelle 1: Zwischenruftechniken: Einfache Ergänzungen (Burkhardt 2004: 226-233)

Unter-kategorie	Beispiel	Anmerkung	Mögliche Intention des Rufers
Von Satz-Teilen	Hier müssen Schule, Erziehung, Bildung... (Zwischenruf: "Und das Elternhaus!")	Oft einleitendes und	Erzeugung (<i>kritischer</i>) <i>Zusatzinformationen</i> und <i>Spöttischer Feststellungen</i>
Von konjunktional eingeleiteten Neben- und Hauptsätzen	Ich werde das, was wir gesagt haben, hier nicht wiederholen! (Zwischenruf: Weil	Häufig als Kausal-, Adversativ- oder Konditionalsätze	Erzeugung (<i>kritischer</i>) <i>Zusatzinformationen</i> , <i>Aufforderungen</i> , <i>Korrekturen</i> , <i>Einwände</i> , Beantwortungen (indirekter) rhetorischer Fragen

Unter- kategorie	Beispiel	Anmerkung	Mögliche Intention des Rufers
	sie nichts gesagt haben!)		
(rhetorische) Fragesätze	Ich glaube nicht, dass das notwendig war (Zwischenruf: Warum haben sie dann dafür gestimmt?)	Rhetorische Fragen sind automatisiert vermutlich schwer zu erkennen / zu unterscheiden	<i>Memoranda und Einwände</i>

Die zweite Kategorie der (*Pseudo*-)Satzvollender beinhaltet solche Zwischenrufe, die einen (begonnen) Satz eines Redners / einer Rednerin syntaktisch korrekt beendet (Burkhardt 2004: 233), die Aussage des Sprechenden jedoch der eigenen Intention folgend durch diese Ergänzung überspitzt um den Standpunkt des Rufenden verdeutlichen. Burkhardt unterscheidet hier zwischen vier verschiedenen Unterkategorien, die sich durch ihren grammatikalischen Bezug auf verschiedene Arten von Satz(-teilen) unterscheiden. Die mögliche Intention ist in allen Unterkategorien die gleiche, die Satzvollendung dient in der Regel zur Lieferung (kritischer) Zusatzinformationen, Einwände oder der Zustimmung mit Gegenangriff (ebd. 2004: 233)

Tabelle 2: Zwischenrufetechniken: (Pseudo-)Satzvollender (Burkhardt 2004: 233-237)

Unterkategorie	Beispiel
Relativsatz	[...] des Bundeskanzlers Verdienste um die BRD (Zwischenruf: Die Sie kaputt gemacht haben!)
Vollendung von Teilsätzen	- Gerade Nordrhein-Westfalen, dass unter der jetzigen Regierung in den vergangenen Jahren... (Zwischenruf: Zu leiden hatte!) - [...] einer maßlosen Polemik für die ich soeben ein Beispiel... (Zwischenruf: ... geliefert habe!) vorgeführt habe.
Ergänzung von Teilsätzen	- Aber eines ist klar: (Zwischenruf: Die Sowjetunion hat recht!) - Trotz dieser Situation besteht noch die Chance... (Zwischenruf: Daß sie ja sagen!)
Vollendung durch Satzteile	- Der Katalog mit Ratschlägen... (Zwischenruf: War gut!) - Kehren wir das Wettrüsten um, unterwerfen wir uns... (Zwischenruf: Der Meinung der Minderheit!)

Als dritte mögliche Kategorie von Zwischenrufetechniken definiert Burkhardt Zwischenrufe, die ein *Einleitendes* aufweisen. Die Verwendung des Pronomen

das am Satzanfang verdeutlicht einen unmittelbaren Rückverweis auf den gesamten Vorgängerzug des Redners oder der Passage (Burkhardt 2004: 237) und wird oftmals mit der Intention der Lieferung (kritischer) Zusatzinformation, Spöttischer / Ironischer Feststellungen oder zur Verdeutlichung von Widersprüchen und Einwänden getätigt⁴⁰. Die Verwendung ist derart charakteristisch, dass Burkhardt keine Notwendigkeit für die Definition weiterer Unterkategorien zu sehen scheint.

Als besonders herausragende Kategorie benennt Burkhardt die *Wortspiele*, die jedoch nicht sehr häufig (in den von ihm untersuchten) Protokollen auftreten und auf der Grenze zwischen Syntax, Morphologie und Semantik angesiedelt sind (ebd. 2004: 238). Oftmals referenzieren Zwischenrufe dieser Art den Eigennamen des Sprechenden und „verballhornen“ diesen, indem sie eine Anspielung auf seine lexikalische Bedeutung vollziehen (ebd.). Auch werden oftmals Worte des vorausgegangenen Redners (Lexeme) in einer anderen Teilbedeutung verwendet oder wieder aufgegriffen

Tabelle 3: Zwischenrufetechniken: Wortspiele (Burkhardt 2004: 238ff.)

Unterkategorie	Beispiel
-	Ein Demonstrationsprojekt für Unfälle! (Zwischenruf: Ein Demonstrationsprojekt, weil man drumherum demonstrieren kann!)
Anspielung auf lexikalische Bedeutung eines Eigennamens	(Zuruf: Geht es nicht eine Nummer kleiner, Herr Klein?) - (Rede Friedrich Merz) (Zuruf: Ein Merz macht noch keinen Frühling!)
Paronomasie (wechselseitige Überblendung zweier Wörter mit dem Ziel, in einem Wort ein zweites aufscheinen zu lassen (S.240))	"Sehr hohl, Herr Kohl!" - "Schulze-Vorlaut!" (Zuruf bei Frau Dr. Schulze-Vorberg) - "Kommt Zeitel, kommt Rat!" (Zuruf zu Prof. Zeitel)

Die letzte Kategorie der Zwischenrufetechniken definiert Burkhardt als *Insistieren durch Wiederholung, Zwischenrufklimax*. Durch die mehrfache, oft leicht abgewandelte Wiederholung des Zwischenrufes wird versucht, eine Reaktion des Redners zu provozieren und gleichzeitig die Lieferung einer (kritischen) Zusatzinformation, das Stellen einer (rhetorischen) Frage, die Verdeutlichung eigener

⁴⁰ Ein Beispiel für einen Zwischenruf dieser Kategorie wäre etwa: „Die Sowjetunion konnte es nicht riskieren, in Europa einen militärischen Konflikt zu suchen.“ (Zwischenruf: Das kann sie auch heute nicht!) Burkhardt 2004: 237.

Einwände oder sogar die inhaltliche oder persönliche Abqualifikation durch den Rufenden intendiert (Burkhardt 2004: 240).

Syntaktische Ebene: Syntaktische Topologie

Eine syntaktische Analyse kann im Kontext der Zwischenrufanalyse grundlegend als eine Analyse der Länge und ihre Variabilität über verschiedene Zwischenrufe hinweg verstanden werden (ebd. 2004: 84). Eine syntaktische Typologie benötigt als Grundlage eine Satzdefinition, um Aussagen über die Länge einer Satzeinheit treffen zu können. Hierbei kann zwischen engen Satzdefinitionen wie bei Engel 1988: 180, der einen Satz als sprachliches Konstrukt mit einem finiten Verb definiert, welches keine Elemente enthält die ihn anderen Elementen unterordnen und sich „[...] in besonderer Weise zur Vereindeutigung von Sprechakten eignet“ und weiten Satzdefinitionen unterschieden werden, die etwa Heringer 1970: 9 als „[...] die kleinste, potentiell selbstständige Äußerung in einer Sprache“ vorschlägt (vgl. Burkhardt 2004: 84f.).

In seinem Analyseframework folgt Burkhardt einer eher weiten Satzdefinition, nach welcher weder die Existenz eines Verbs innerhalb eines Zwischenrufs noch die grammatikalische Vollständigkeit des Satzes zwingend erforderlich ist. Auf Grundlage der Überlegungen von Haseloff (1969) schlägt Burkhardt deshalb eine Typologie nach Zahl und Art syntaktischer Einheiten vor, die sich in drei Formen unterteilen lässt und nicht alleine auf der Zählung von Wortlängen beruht (vgl. Burkhardt 2004: 243-275):

Die eingliedrige Form besteht aus einem einzelnen Hauptsatz, der nicht zwingend ein Wort enthalten muss und auch aus diesem Grund meist kurz ausfällt. Zweigliedrige Formen enthalten folglich zwei syntaktische Sätze, die sich beliebig auf Haupt- und Nebensatz, zwei Hauptsätze, Haupt- und Fragesatz usw. verteilen können. Die mehrgliedrige Form beschreibt darüber hinaus alles, was über die zweigliedrige Form hinausgeht.

Auch wenn Burkhardts Vorschlag auf den ersten Blick primitiv wirkt, so ist er als Analyseraster für die Kategorisierung der Länge von Zwischenrufen sehr gut geeignet: Aufgrund der Rahmenbedingungen im Parlament und des festgelegten Rollenverhältnis der Abgeordneten in Sprechsituationen müssen Zwischenruf schnell, kurz und zielgenau eingebracht werden, wenn sie gehört werden sollen (vgl. ebd. 2004: 226). Kurze Zwischenrufe werden durch die Typologie klar erkannt und können einfach identifiziert werden, längere und seltener auftretende Interjektionen

werden zudem ebenfalls eindeutig kategorisiert und nicht über den Umweg eines „Wort-Indizies“ verschleiert.⁴¹

Textlinguistische Ebene: Sprechhandlungstypologien

Auf einer dritten Ebene lassen sich Zwischenrufe nach ihrer Wirkung und nach den Intentionen des Rufenden typisieren. Burkhardt konstruiert hierzu ein Framework mit insgesamt sechs Sprechhandlungs-Haupttypen von Zwischenrufen, die sich in der Mehrzahl in weitere Untertypen unterscheiden lassen, deren Funktion sich manchmal überschneiden. Diese Sprechhandlungstheorien sind aus einer handlungstheoretischen Perspektive verfasst.

Wichtige Vorarbeit für sein Framework leistete Inge Fetzter-Wolf mit ihrem erstmaligen Versuch der handlungstheoretischen Klassifikation von Zwischenrufen. Sie stellt dazu 20 Kategorien auf, welche beispielsweise *Ironie*, *Einwand* und *Vorwurf* umfassen (Fetzter-Wolf 1981 zitiert nach Burkhardt 2004: 55).

Die folgende Tabelle bietet einen kompakten Überblick über die sechs verschiedenen Sprechhandlungstypologien sowie relevante Textbeispiele:

Tabelle 4: Eigene zusammenfassende Übersicht der Sprechhandlungstypologien nach Burkhardt (2004: 310-386)

Typ	Beispiel	Erläuterung	Genutzt für / Anmerkungen
MEMORANDA	Eltern wurden angeprangert, die ihre Kinder mit zur Friedensdemonstration genommen haben (Zuruf: Ein sechsjähriges Kind bis 1 Uhr verfroren bei einer Nachtwache!) – „Hört, Hört!“	Versuche, ein vom Redner nach Meinung des Rufers übersehenes Argument oder ein wichtiges Ereignis doch noch öffentlich in Erinnerung zu rufen. In der Regel knapp formuliert, ein- bis mehrwortige Ellipsen oder Aussage/Frageform	Zusatzinformationen, Wertende Feststellungen, Rhetorische Fragen, Abqualifikation, Ablehnung, (ironische / abwertende / spöttische) Feststellungen. Meist zur Äußerung von Kritik.
AFFIRMATIVA	"Aha!" - "Bravo!" - "Sehr wahr!" - Protokolleintrag "Zustimmung bei"	Meist kurze Interjektionen. Meist Zustimmung, aber auch Ironie möglich (Dann: Zustimmung mit Gegenangriff).	
EROTETIKA	"Was heißt das denn auf deutsch?" - "Wie lange hat es gedauert?" - "Warum?"	Fragen aller Art, die als echte Bitten um Informationen angesehen werden.	Erscheinen relativ selten. Auch hier ist Ironie möglich!
DIREKTIVA	"Hören sie mit der Propaganda auf!" - "Geben Sie doch mal Ihre Antworten!" - "Dann fangt doch mal an!" - "Dann lasst es doch sein!" - "Wir wüßten	(Auf)forderungen verschiedenster Art, die auch spöttisch oder ironisch gemeint sein können.	Oft einleitendes Dann.

⁴¹ In seiner Analyse stellte Burkhardt fest, dass Zwischenrufe so gut wie nie über die Länge von zwei gleichgeordneten Hauptsätzen hinausreichen (vgl. Burkhardt 2004).

Typ	Beispiel	Erläuterung	Genutzt für / Anmerkungen
	es gerne!" - "Kommen sie zur Sache!"		
DISSENTIVA	"Buh!" - "Pfui!" - "Oho!" - "Na, na!" - "Unverschämte!" - "Sie täuschen sich!" - "Das stimmt doch gar nicht!" - "Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!" - "Das glauben sie doch selber nicht!" – „Unerhört!“	Mittel, um die eigene Ablehnung zu verdeutlichen. Im Protokoll auch als „Widerspruch bei...“ vermerkt.	Floskeln wie "Unglaublich!" oder "Unerhört!" sind schwächer zu interpretieren, als es den Anschein hat: Sie sind Form des emotionalen Ausdrucks der Abqualifikation und werden deshalb zu den Dissentiva gerechnet. Auch Pfui und Buh-Rufe sind vergleichsweise gebräuchlich und haben eine lange parlamentarische Tradition. Burkhardt führt sie deshalb gesondert auf.
EVALUATIVA	"Sie blasen sich auf ohne zuzuhören!" - "Nicht zugehört!" - "Lüge!"	Vorwürfe und Mitteilungen über die Annahme des Sprechers, daß der Adressat die Verantwortung für mißliebige Handlungen, Ereignisse oder Dispositionen trägt, die den öffentlichen bzw. moralischen Normen oder Interessen des Sprechers zuwiderlaufen (S.368)	Moralische Abqualifikation / Beeidigung.

Stenografische Erfassung

Trotz ihres informellen Charakters finden Zwischenrufe seit der Paulskirchenversammlung Einzug in die Protokolle der parlamentarischen Sitzungen aller deutschen Parlamente auf Landes- und Bundesebene. In jedem deutschen Parlament protokollieren Stenograf*Innen in einem Schichtsystem möglichst wortgetreu den Ablauf der Debatte und protokollieren dabei auch alle Ereignisse im Saal sowie Zwischenrufe, soweit das Wahrnehmungsvermögen der Stenografen deren Erfassung erlaubt (Olschewski 2000: 346f.). Ziel und „Ehrgeiz“ Stenograf*Innen ist dabei die möglichst exakte Protokollierung der Sitzung, damit auch Jahre später noch der Debattenverlauf und die Intention jedes Rufenden und Redenden möglichst exakt nachvollzogen werden kann (vgl. Eichler 2009: 42f.; Olschewski 2000: 347).

In der Praxis wird diese Absicht einer vollständigen Protokollierung aller Zwischenrufe jedoch durch eine Reihe von Faktoren eingeschränkt. Die Positionierung im Saal hat einen signifikanten Einfluss darauf, welche Rufe für die Stenograf*Innen verständlich sind⁴². So werden Äußerungen von Abgeordneten in den vorderen Reihen des

⁴² Die Protokollant*Innen der Paulskirchenversammlung hatten aufgrund ihrer Positionierung große Schwierigkeiten bei der Dokumentation und Zuordnung von Zwischenrufen (vgl. Burkhardt 2003: 16; Olschewski 2000: 338).

Plenarsaals im Normalfall häufiger und besser wahrgenommen als jene mit größerer Entfernung zu den Stenograf*Innen (vgl. Vögele und Thoms 2018: 23). Die Abgeordneten der vorderen Reihen haben zudem besonders häufig führende Positionen in ihren Fraktionen inne und geben übernehmen auch bei der Äußerung und Frequenz von Zwischenrufen eine Führungsrolle (ebd. 2018: 23).

Können Zwischenrufe nicht eindeutig einer Person zugeordnet werden, so werden diese meist als "Zuruf des Abgeordneten X" oder „Zuruf von Partei Y“ ohne Inhalt niedergeschrieben; ab wann ein Zwischenruf überhaupt aufgenommen wird liegt dabei im Ermessen des Stenografen (vgl. Eichler 2009: 44)⁴³. Um eine (versehentlich) fehlerhafte Zuordnung von Zwischenrufen zu vermeiden, räumen die Geschäftsordnungen aller deutschen Parlamente den Abgeordneten das Recht zur Überprüfung ihrer protokollierten Reden innerhalb einer Frist ein – auch Zwischenrufe fallen unter diese Autorisierungsmöglichkeit (vgl. Olschewski 2000: 338; Eichler 2009: 45). Von diesem Recht wird jedoch selten Gebrauch gemacht: Den Protokollen des deutschen Bundestages konnte in einer wissenschaftlichen Untersuchung eine hohe Genauigkeit bei der Wiedergabe des tatsächlichen Debattenverlaufes attestiert werden (vgl. Burkhardt 2003: 462-464)⁴⁴.

Trotz der erwähnten Einschränkungen gelten die Sitzungsprotokolle deutscher Plenarsitzungen als zuverlässig und werden zu Forschungszwecken als valide Quellen herangezogen (vgl. Bopp 2011; Blätte 2018b; Heiberger und Koss 2018; Vögele und Thoms 2019).

Der Einzug der Grünen in die Landesparlamente

Über die Entstehung und Etablierung der Partei DIE GRÜNEN⁴⁵ besteht bis heute ein vielzittierter „Gründungsmythos“ und eine Vielzahl wissenschaftlicher Analysen aus unterschiedlichsten Perspektiven⁴⁶. Als maßgebliche Einflüsse können das Aufkommen postmaterialistischer Strömungen und der damit verbundenen Einstellungsänderung vor allem der jungen Wählergeneration in der sich wandelnden Industriegesellschaft der 1960er und 70er Jahre identifiziert werden (Switek 2015: 93). Dabei ist die Entstehung grüner Parteien kein rein deutsches, sondern ein

⁴³ Ob eine Reaktion eines Parlamentariers als Flüstern oder als intendierter Zwischenruf anzusehen ist erfordert eine gewisse Berufserfahrung des Stenografen und sowie „Fingerspitzengefühl“ (vgl. Eichler 2009: 44).

⁴⁴ Für die Landesparlamente existieren solche Studien momentan noch nicht.

⁴⁵ Seit 1993 lautet der offizielle Parteiname BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

⁴⁶ Einen guten ersten Überblick über die Forschung und Erklärungsansätze zur Entstehung der Grünen liefert Probst 2013. Für eine umfangreiche Analyse der Grünen und ihrer Geschichte siehe Raschke und Heinrich 1993.

europäisches Phänomen, das zeithistorisch parallel verlief und ähnliche Verlaufsmuster aufweist (vgl. Müller-Rommel 1992).

Auch wenn der Einfluss von Entstehungsumständen in der Literatur unterschiedlich stark interpretiert wird, besteht jedoch im Allgemeinen Einigkeit über die außergewöhnliche und neue Rolle der Grünen im deutschen Parteiensystem, die als „[...] erste Partei in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland [gesehen wird], die auf keine historischen Vorläufer zurückgeht und sich dauerhaft als neue politische Kraft im Parteiensystem etablieren konnte“ (Probst 2013: 509). Von den ersten ökologisch ausgerichteten Bürgerbewegungen, über die Anti-Atom- und die Friedensbewegung und die langjährigen innerparteilichen Machtkämpfe zwischen den klar systemoppositionellen ausgerichteten Fundamentalisten (im allgemeinen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch, sowie im Folgenden als „Fundis“ bezeichnet⁴⁷) und den „Realpolitikern“ (die sogenannten „Realos“) geprägt, hat die Partei bis heute eine einzigartige Stellung in der deutschen Parteienlandschaft inne.

Bei der Etablierung der Grünen (bzw. dem späteren Zusammenschluss Bündnis 90/Die Grünen) in der deutschen Parteienlandschaft kann zwischen vier großen Phasen unterscheiden werden (nach ebd. 2013):

1. Die Formierungs- und Gründungsphase (1977 – 1980)
2. Die Aufbau- und parlamentarische Etablierungsphase (1980 – 1990)
3. Die Phase rot-grüner Koalitionen nach erfolgreicher Restrukturierung (1990 – 2005)
4. Die Entwicklung der Grünen zur Mittelpartei im Parteiensystem der Bundesrepublik (2005–2013)

Aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Untersuchungsgegenstände dieser Arbeit werden im Folgenden lediglich die ersten drei Phasen ausführlicher beschrieben.

Die spätere Regierungsbeteiligung der Grünen auf Bundesebene ab 1998 veränderte die Partei und ihre Stellung im Parteiensystem noch einmal umfangreich (Heinrich 2002: 89). Dieser Wandel wurde in der Forschungsliteratur eingehend besprochen und soll an dieser Stelle nicht näher thematisiert werden.⁴⁸

⁴⁷ Trotz der Pauschalisierungstendenz dieser Begriffe werden die Bezeichnungen in dieser Arbeit für die Bezeichnung der innerparteilichen Strömungen verwendet, da sie im historischen Kontext „[...] authentische Begriffe waren und von den jeweiligen Befürwortern ohne große Schwierigkeiten als solche in die innerparteilichen Diskussionen eingebracht wurden [...]“ (Johnsen 1988: 12) Zur Ideologie beider Lager siehe auch Kleinert 1992b: 111-119.

⁴⁸ Eine gute Analyse zu aktuellen Fragen in dieser Umbruchzeit findet sich bei Raschke und Hurrelmann 2001.

Die Formierungs- und Gründungsphase

Das Ende der 1970er Jahre wird in der Literatur im Allgemeinen als große gesellschaftliche Umbruchszeit gesehen: Im Zeitalter der aufkeimenden Bürgerinitiativen und sogenannten „Neuen sozialen Bewegungen“⁴⁹ verloren die „[...] traditionell sinnvermittelnden Werte der Industriegesellschaft an Überzeugungskraft [...]: Arbeit und Pflichterfüllung, Wohlstand und Wachstum galten immer weniger als die unangefochtenen Leitmotive erfolgreichen und erfüllten Lebens“ (Kleinert 1992b: 35). An ihre Stelle traten zunehmend Werte wie Selbstverwirklichung und „höheren“ Dingen als materiellem Besitz wie etwa dem Schutz der Redefreiheit oder der Umwelt und ihr Erhalt für kommende Generationen⁵⁰. In den Sozialwissenschaften hat sich für die Bezeichnung dieser Einstellungen der Begriff des *postmaterialistischen* etabliert, der, der nach anfänglicher Begrenzung auf den amerikanischen Sprachraum (Inglehart 1977: 262) auch in Europa diskutiert und rezipiert wurde⁵¹. Hierbei stehen ebensolche Werte konträr zu den priorisierten Werten sogenannter *Materialisten*, die den Erhalt des Status Quo befürworten ein hohes Sicherheitsbedürfnis und in der Regel Vertrauen in die politischen Eliten haben (Gabriel 1986: 119-122).

Der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart wies in seinem aufsehenerregenden Aufsatz *The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies* diesen Wandel von „grundsätzlichen Werteprioritäten bestimmter Generationen“ (Inglehart 1971) erstmals empirisch nach⁵² - in der westdeutschen Bevölkerung sank der Wert der Materialisten zwischen den 1970er- und den frühen 1990er-Jahren auf etwa 20%, während der Anteil der Postmaterialisten 1988 bereits 25% betrug (Müller 2012). Darüber hinaus markieren die 1970er Jahre den Zeitpunkt der Ernüchterung einer deutschen Planungseuphorie, die, überschattet von den Ereignissen des kalten Krieges, sich allmählich zu einem „pessimistischen Zeitgeist“ (Kleinert 1992b: 35) wandelte, in dem Angst um die Erhaltung der Natur, vor der atomaren Vernichtung und der Überlebensfähigkeit des Menschen im Allgemeinen dominierte (ebd.; Leinemann 1982).

⁴⁹ Für eine umfassende historische Analyse über die Entstehung von Bürgerinitiativen siehe Brand et al. 1983: 85-118; Mayer-Tasch 1981.

⁵⁰ Als besonders prägend wird in der Literatur immer wieder der Bericht des „Club of Rome“ mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ erwähnt, der eine ganze Generation prägte (vgl. Kleinert 1992a).

⁵¹ Für eine damals breit rezipierte Diskussion im deutschsprachigen Raum siehe Gabriel 1986; Wickert 1994.

⁵² Das zur Erbringung dieses Nachweises entwickelte Fragestellungs-Framework hat bis heute großen Einfluss auf die empirische Sozialforschung, wurde aber auch kritisch rezipiert (vgl. Bauer-Kaase und Kaase 1998; Inglehart und Flanagan 1987)

Dieser Angst begegnete ein Teil der Bevölkerung mit erstarkenden Protestbewegungen ab 1975, die sich vor allem gegen die Planung von Atomkraftwerken und die Fokussierung der Energiepolitik auf die Atomkraft aussprach (Kleinert 1992b: 37), später zudem die Friedensbewegung mit . Etablierte Parteien reagierten auf diese Ereignisse nur unzureichend (Poguntke 1993: 189), weshalb ein

„[...] wachsender Resonanzboden für eine „neue Politik“ [entstand], die sich nicht nur in der Sache von der Politik der „Altparteien“ unterscheiden sollte, sondern auch neue Formen der Beteiligung der Basis und der politischen Willensbildung überhaupt verwirklichen wollte.“ (Kleinert 1992b: 35)

Als politische Stimme und „Sammelbecken“ wurden in vielen Kommunen Listen und Wahlbündnisse wie die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) in Niedersachsen, die Bremer Grüne Liste (BGL)⁵³ oder, auf EU-Ebene, die Liste SPV DIE GRÜNEN gegründet, die den politischen Forderungen der Protestbewegungen in die Parlamente tragen wollten (vgl. Probst 2013: 512-514). Als vereinender Erfolgsfaktor diente hierbei die Entwicklung des Ökologiebegriffs als „gemeinsame ideologische Klammer“ (ebd. 2013: 511), mit dessen Hilfe die bisher klassische politische Trennlinie zwischen links und rechts überwunden werden konnte (ebd. 2013: 511)⁵⁴.

Die Darstellung der Grünen als alleinige „Stimme“ aller Bürger, die mit den Inhalten der neuen sozialen Bewegungen sympathisierten, ist mit der Realität jedoch nicht zu vereinen. Auch wenn viele der neuen Grünenwähler aus den Reihen der Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegungen stammten (Poguntke 1993: 202), so reichte das Mobilisierungspotential beispielsweise der Friedensbewegung durchaus bis an die Ränder der damaligen Unionsparteien (Pappi 1989). Nach der Typologie von Smith 1991 würden die Grünen und ihre Vorgängerlisten den 80er Jahren zu den *detached parties* mit *blackmail potential* zählen, welche die Rolle eines "Frühwarnsystems" übernommen haben, das kontroverse und aufkeimende gesellschaftliche und politische Fragestellungen in das Parteiensystem getragen hat (vgl. Müller-Rommel 1993: 24).

Die Aufbau- und parlamentarische Etablierungsphase (1980 – 1990)

In einer zweiten Phase fanden sich verschiedenen Bewegungen und Gruppierungen zusammen und gründeten im Januar 1980 die Partei „Die Grünen“ auf Bundesebene,

⁵³ Der Einzug der Bremer Grüne Liste (BGL) in die Bremische Bürgerschaft im Oktober 1979 mit 5,1 Prozent der Wählerstimmen markiert die erste parlamentarische Repräsentation grüner Parteien auf Landesebene (vgl. Probst 2013: 512).

⁵⁴ Gerade in der Anfangszeit der Partei sei jedoch der grundlegende Konflikt zwischen den bürgerlich-ökologischen und den linksalternativen Unterstützermilieus erwähnt, der die Partei viele Jahre lang beschäftigte und wandelte (vgl. Kleinert 1992a: 25, 1992b: 37-39; Heidemeyer 2010: 74; Korte et al. 2018: 16).

die nach und nach durch Landesverbände der Partei ergänzt wurden. Die Zeit nach der Parteigründung war dabei geprägt von einem Erstarken der linksalternativen Flügel innerhalb der Grünen sowie der schrittweisen Verdrängung des konservativ-ökologischen Flügels (Kleinert 1992a: 30). Der andere verbleibende, bürgerlich-ökologische Flügel bildete den Gegenpol zu den linksalternativen Bestrebungen innerhalb der Partei – die antagonistischen Weltbilder beider Flügel und die Suche nach einem Kompromiss der als „Dritter Weg“ bezeichnet wurde stand hierbei besonders im Fokus (ebd. 1992a: 31).

Gleichzeitig wurden der neu gegründeten Partei erste Wahlerfolge beschert, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgten: Nach dem kurz vor Parteigründung die erste parlamentarische Repräsentation in Bremen erreicht wurde konnten die Grünen im Frühjahr 1980 mit 5,3% der Stimmen in den baden-württembergischen Landtag einziehen und waren damit erstmals im Landesparlament eines Flächenstaats vertreten (vgl. ebd. 1992a: 17). Im Herbst 1982 folgte mit 8,0 Prozent der Stimmen der Einzug in den zehnten hessischen Landtag gemeinsam mit SPD und CDU, welcher von besonderer Bedeutung für die Parteigeschichte der Grünen ist (Kleinert 2008: 162): Waren die vorherigen Parlamentserfahrungen der Grünen noch geprägt von der Dominanz fundamentaloppositioneller Kräfte, fanden sich in der hessischen Landtagsfraktion sowohl Vertreter*innen mit gemäßigter Linksorientierung als auch bürgerlich-ökologische Orientierte zusammen (ebd. 2008) und verkörperten damit erstmals erfolgreich das Konzept eines Dritten Weges.

Der schrittweise Einzug in die verschiedenen Deutschen Landesparlamente wird in der Forschung als einer der zentralen Erfolgsfaktoren für die langfristige Etablierung der Grünen im deutschen Parteiensystem angesehen (vgl. Probst 2013: 511; Detterbeck et al. 2010). Dabei verstrich in einigen Bundesländern nur sehr wenig Zeit zwischen der Gründung eines Grünen Landesverbandes und dessen Einzug in das jeweilige Landesparlament, in anderen Ländern vergingen mitunter mehr als 15 Jahre bis zur Erlangung parlamentarischer Repräsentation⁵⁵. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht über diese unterschiedlichen Zeiträume:

⁵⁵ Auf die umfangreiche Historie, Fusionierung und unterschiedliche Entwicklung der west- und ostdeutschen Grünen Parteien, Bündnisse und Gruppen kann in dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Umfassende Erläuterungen bieten beispielsweise Wiegols 1994; Hoffmann 1998.

Länder	Gründungsjahr	Parlamentszugehörigkeit	Differenz (in Jahren)
Niedersachsen	1977	1982	5
Berlin	1978	1981	3
Hamburg	1978	1982	4
Rheinland-Pfalz	1978	1987	9
Nordrhein-Westfalen	1978	1990	12
Bremen	1979	1979	0
Baden-Württemberg	1979	1980	1
Bayern	1979	1986	7
Saarland	1979	1994	15
Schleswig-Holstein	1979	1996	17
Hessen	1980	1982	2
Brandenburg	1990 (Bündnis 90) / 1993	1990	0
Mecklenburg-Vorpommern	1993	2011	18
Sachsen	1991 (Keine Fusion mit den westdeutschen Grünen) / 1993	1990 (Vorläuferpartei FORUM) / 2004	13
Sachsen-Anhalt	1993	1990 (Vorläuferpartei Grüne Liste / Neues Forum (GL/NF)) / 1994	1
Thüringen	1993	1990 (Vorläuferpartei Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt (NF/GR/DJ) und im Verlauf der Legislaturperiode Umbenennung in Bündnis 90 / Die Grünen) / 2009	16
Bundesgebiet	1980	1983	3

Hinweis: Alle Landesgruppierungen der Grünen Partei in der DDR in den neuen Bundesländern (außer Sachsen) fusionierten am Tag nach der Bundestagswahl, dem 03.12.1990, mit den westdeutschen DIE GRÜNEN. Die endgültige Fusion von Bündnis 90 / Die Grünen zur bis heute bestehenden Partei erfolgte erst 1993 (vgl. Probst 2013: 515).

Quelle: Müller-Rommel 1993: 62 und eigene Erweiterung

Dieser Wandel ging allerdings sehr langsam von statten: Zwar warben von Beginn der 10. Legislaturperiode an gemäßigte Vertreter*Innen der Grünen für Koalitionsgespräche mit der SPD, die von den „Fundis“ anfangs mitgetragen wurde. Ihre Positionen in den Koalitionsverhandlungen waren jedoch von einer allgemeinen

Kompromisslosigkeit geprägt, was sich besonders beim Konflikt um den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen manifestierte (vgl. Johnsen 1988: 31-35)⁵⁶.

Da die SPD vom Vorhaben des Startbahnbaus nicht abrücken wollte und zudem das Verhältnis der Grünen zu Gewalt als legitimes Mittel bürgerlichen Protestes ablehnte, scheiterten die Koalitionsverhandlungen letztendlich (vgl. ebd. 1988: 38). Da die SPD allein keine mehrheitsfähige Koalition erreichen konnte und keine anderen Koalitionsoptionen verfügbar waren⁵⁷, trat der Ministerpräsident Holger Börner in der ersten Sitzung des neu gewählten Landtages zurück und es kam zur ersten geschäftsführenden Regierung ohne parlamentarische Mehrheit in Deutschland seit der Zeit der Weimarer Republik (ebd. 1988: 39). Genau ein Jahr später kam es zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die Grünen Stimmverluste von 2,1% hinnehmen mussten – diese harschen Verluste veranlasste die Fundamentaloppositionellen jedoch ihre Kompromisslosigkeit zu überdenken und letztlich in erneute Koalitionsverhandlungen mit der SPD ohne Vorbedingungen zu treten (vgl. Kleinert 1992a: 40). Diese auf der Grünen Landesversammlung errungene Gesprächsoffenheit wird dabei beschrieben als „[...] entscheidende strategische Weichenstellung für rot-grün in Hessen und den weiteren Weg der Partei.“ (ebd. 2008: 163). Innerhalb des ersten Parlamentsjahres Jahres konnten die Abgeordneten jedoch wertvolle Erfahrungen im Parlament sammeln, welches zwar in der Rückbetrachtung von vielen Fehlern geprägt war, auch da viele Grüne versuchten von außen „hineinzuintervenieren“ (Johnsen 1988: 46), jedoch auch der Steigerung des oft geringen Organisationsgrad der Grünen Verbände zu Gute kam (vgl. Poguntke 1993: 200).

Auch von Seiten der SPD wurde der Wandel der Grünen innerhalb dieses ersten Parlamentsjahres honoriert: Schloss Ministerpräsident Holger Börner im Wahlkampf 1982 noch jegliche Koalition mit den Grünen kategorisch aus (Kleinert 1992b: 108) und tat kund, dass er den Demonstrant*Innen gegen die Startbahn West gerne mal „mit der Dachlatte eins in die Fresse“ hauen würde (vgl. ebd.; DER SPIEGEL 1982), so nahm die SPD 1983, trotz großer Vorbehalte aus anderen Landesverbänden, das Angebot der Grünen zu Koalitionsgesprächen an. Nach langen Verhandlungen und einem Hin- und Her von beiden Seiten mündeten diese Gespräche in einem Meilenstein und einem Wendepunkt grüner Parteigeschichte: Der ersten

⁵⁶ Die Verhinderung des Baus einer neuen Startbahn am Flughafen Frankfurt war eine der zentralen formulierten Ziele des Wahlprogramms der hessischen Grünen bei der vorausgegangenen Landtagswahl (vgl. Johnsen 1988: 24-29).

⁵⁷ Die FDP war bei der Landtagswahl, nicht zuletzt aufgrund der Aufkündigung der Koalition mit der SPD neun Tage vor der Landtagswahl, an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert (vgl. Kleinert 2008).

Regierungsbeteiligung der Grünen ab Dezember 1985. Diese erste parlamentarische Bewährungsprobe hatte nachhaltige Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Grünen und wurde aus der ganzen Bundesrepublik genau beobachtet.

1983 stellte mit dem Einzug der Grünen in den Bonner Bundestag einen Wendepunkt dar. Die Partei wurde durch die Erfahrungen auf der Bundesebene nachhaltig verändert und trat dort anfangs sehr radikal auf (Switek 2015: 95).

Gegen Ende der zweiten bundesdeutschen Legislaturperiode der Grünen konnten die Grünen erstmals mit knapp über 5% der Stimmen und 12 Sitzen in den nordrhein-westfälischen Landtag einziehen (vgl. Bündnis 90 / Die Grünen 2019). Der nordrhein-westfälische Landesverband konnte damit die flächendeckende Vertretung in allen westdeutschen Landesparlamenten mit Ausnahme des Saarlandes erreichen und so an das für die Grünen überaus erfolgreiche Jahrzehnt der 1980er Jahre anknüpfen. Durch die ersten Regierungserfahrungen der Grünen in Hessen ab 1985 und die turbulenten parlamentarischen Erfahrungen im Bundestag hatte sich die Parteistruktur bereits nachhaltig verändert⁵⁸, das Jahr 1990 markiert demnach in der Theorie den Eintritt in die dritte Phase der rot-grünen Koalitionen nach erfolgreicher Restrukturierung (vgl. Probst 2013: 509).

Nur wenige Monate nach dem Einzug in Nordrhein-Westfalen kam es zu einem der prägendsten Momente der grünen Parteigeschichte: Das Scheitern der (westdeutschen)⁵⁹ Grünen bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde und der damit verbundene Auszug aus dem Bundestag nach nur zwei Legislaturperioden stellte einen großen Schock und „einen bis heute einmalige[n] Betriebsunfall“ (Hoffmann 1998: 153) für die Partei dar, der die Grünen und ihre Organisationsstrukturen nachhaltig veränderten. Hielten Parteiführung wie Wahlforscher*Innen ein Scheitern bei der Bundestagswahl zuvor noch für ausgeschlossen (vgl. Kleinert 1992a: 369), so waren die Grünen nun mit vier Jahren ohne parlamentarische Repräsentation auf Bundesebene konfrontiert. Als Reaktion fusionierten das ostdeutsche Bündnis 90 noch am Tag nach der Bundestagswahl mit den westdeutschen Grünen (vgl. Hoffmann 1998). Das erklärte Ziel der Bundes-Grünen war der schnelle Wiedereinzug in den deutschen Bundestag

⁵⁸ So wurden zuvor unverrückbare Statuten wie das Professionalisierungsverbot von Abgeordneten und das Rotationssystem in Landtagen zunehmend in Frage gestellt (vgl. Poguntke 2017: 90).

⁵⁹ Während die westdeutschen Grünen an der Fünfprozenthürde des Bundestages scheiterten schaffte die ostdeutsche Abgeordnetengruppe Bündnis 90/Grüne/Unabhängiger Frauenverband den Einzug in den Bundestag (vgl. Wiegols 1994: 144).

Hypothesenbildung

Auf Grundlage der vorgegangenen Überlegungen werden folgende Hypothesen gebildet:

1. Je kürzer eine neue Partei Mitglied eines Parlaments ist, desto weniger passt sie sich dem dortigen durchschnittlichen Verhalten im Plenum an.
2. Je länger eine neue Partei Mitglied eines Parlaments ist, desto positiver wird ihr Sprachgebrauch in Zwischenrufen.

Entsprechend dieser Annahmen lauten die aufgestellten Nullhypothesen:

1. Die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft einer neuen Partei beeinflusst ihre Anpassung an das dortige durchschnittliche Verhalten weder positiv noch negativ.
2. Die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft einer neuen Partei beeinflusst ihren Sprachgebrauch in Zwischenrufen weder positiv noch negativ.

Die Grundlage für die Fallauswahl der weiteren Analyse bildet die 9. bis 11. Legislaturperiode des hessischen Landtages, der als primärer Fall im Fokus dieser Arbeit stehen soll.

Um eine Vergleichsgröße zur Interpretation der gewonnenen Erkenntnisse bemühen zu können, wird als zweiter Fall die 10. bis 12. Legislaturperiode des nordrhein-westfälischen Landtages festgelegt. Beide Fälle beinhalten damit in chronologischer Abfolge jeweils einer Legislaturperiode vor Einzug der Grünen, um eine Referenz- und Bezugskategorie für ermittelte Metriken zu haben, die erste Legislaturperiode in der die Grünen in den Landtag einziehen konnten und die darauffolgende Wahlperiode, in welcher die Grüne das erste Mal an einer Regierungskoalition als kleiner Koalitionspartner beteiligt war.

Erläuterung der Methodik und Datenbasis

Extraktion und Aufbereitung zweier Landtagskorpora

Die grundlegende Datenbasis dieser Arbeit stellen Protokolle von Plenarsitzungen der beiden Landtage in Hessen und Nordrhein-Westfalen dar. Für Hessen werden dafür, wie im Abschnitt zur Fallauswahl bereits erläutert, die Protokolle der neunten bis elften Legislaturperiode genutzt, während in Nordrhein-Westfalen die Protokolle der zehnten bis zwölften Legislaturperiode genutzt werden. Beide Erhebungsperioden umfassen dabei drei zentrale und Vergleichbare Abschnitte:

In der ersten Legislaturperiode beider Korpora sitzen lediglich bereits etablierte Parteien in beiden Parlamenten, während die jeweils zweite LP die erste

Parteikonstellation mit Mitgliedschaft der Grünen abbildet. In der darauffolgenden dritten LP ist die jeweilige Fraktion der Grünen das erste Mal in ihrer Landesverbands- bzw. Parteigeschichte an der Regierung beteiligt.

Die Nutzung der Landtagsprotokolle zu textstatistischen Analyseverfahren ist jedoch nicht ohne Umwege möglich. Da die Protokolle lediglich als eingescannte Bilddokumente in PDF-Form vorliegen, müssen diese mittels eines umfangreichen und aufwendigen Aufbereitungsverfahrens in eine maschinell nutzbare Form überführt werden⁶⁰. Das Ziel dieses Aufbereitungsprozesses ist die Erstellung zweier Korpora von Landtagsprotokollen, aus denen Unterbrechungen (sogenannte Interjektionen) der Rede eines Sprechenden zuverlässig extrahiert werden können. Das Verfahren orientiert sich hierbei eng am Aufbereitungsablauf des GermaParl-Korpus (Blätte 2018e), welches aus den Plenarprotokollen des deutschen Bundestages besteht und Dokumente zuerst in das XML-Format (eXtensible Markup Language) und anschließend in ein Format für die *Corpus Workbench* (CWB) überführt (vgl. ebd. 2018b: 141-143). CWB-Korpora können mit den vielfältigen Tools des PolMine-Projektes, allen voran dem Kernpaket *polmineR* schnell und einfach zu Analyse Zwecken genutzt werden (vgl. Blätte 2018a). Die im Rahmen dieser Arbeit erstellten Korpora können somit auch in zukünftigen Analysen mit geringen Aufwand eingesetzt werden.

Abbildung 8 zeigt den Ablauf des Aufbereitungsprozesses, dessen Durchlauf, Erweiterung und schrittweise Verbesserung mehrere Monate im Erstellprozess dieser Arbeit eingenommen hat:

⁶⁰ Der zur Aufbereitung geschriebene Code ist vollumfänglich reproduzierbar und auf Nachfrage über den Autor dieser Arbeit beziehbar.

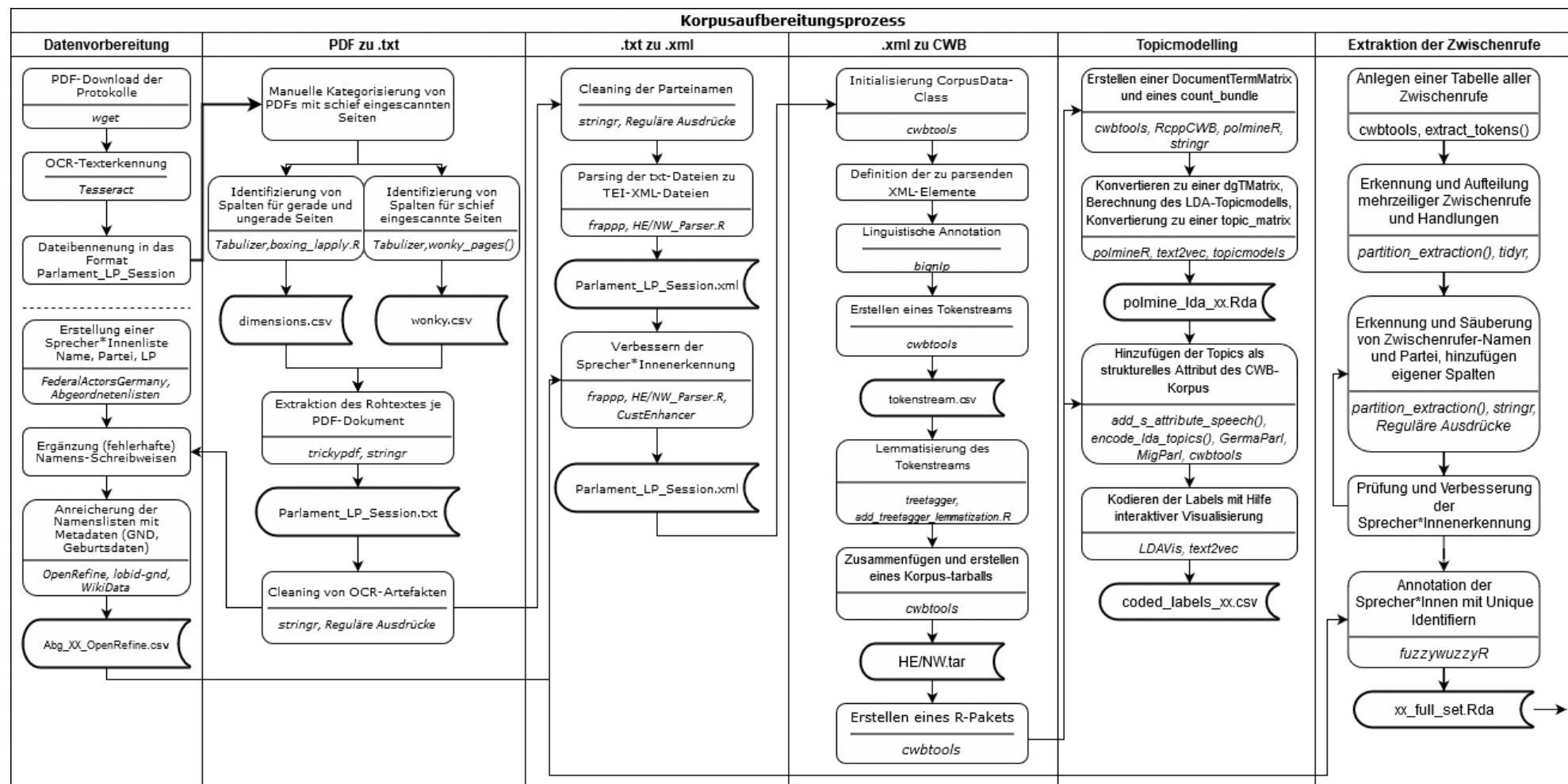


Abbildung 5: Aufbereitungsprozess der Plenarkorpora (eigene Darstellung)

Texterkennung und -extrahierung

Zu Beginn wurden die Landtagsprotokolle der entsprechenden Legislaturperioden von den Websites der jeweiligen Landesparlamente in PDF- bzw. TIFF-Datei heruntergeladen und auf Vollständigkeit überprüft. Die Dateinamen der Ursprungsprotokolle wurden daraufhin in das Format *Parlament_LP_Session.pdf* überführt, um jederzeit eine eindeutige Zuordnung jedes Protokolls im gesamten Dateiaufbereitungsprozess zu gewährleisten. Da die Dokumente beider Untersuchungszeiträume aufgrund ihres Alters lediglich als eingescannte Bilddateien in den PDF-Dateien eingebettet sind, wurde mit Hilfe der Open-Source-Software Tesseract (vgl. Smith 2007) eine *Optical Character Recognition (OCR)* durchgeführt, um für jedes Dokument den wahrscheinlichsten Buchstaben zu identifizieren und dem Dokument eine maschinell lesbare Textebene hinzuzufügen.

Bei diesem Prozess besteht jedoch eine Reihe von Fehlerquellen: Eine unzureichende Scanqualität, schief eingescannte Dokumentenseiten, für das OCR-System unbekannte Schriftarten und Verunreinigungen auf den Originaldokumentseiten beeinflussen das Ergebnis des OCR-Prozesses maßgeblich und führen zu einer Verringerung der Datenqualität und zu einem „Rauschen“ im extrahierten Text. Dieses Problem existiert bei allen Software-OCR-Lösungen, je nach Produkt werden dabei verschiedene Probleme besser oder schlechter adressiert. Die zur Texterkennung eingesetzte Software Tesseract erzielt im Allgemeinen zuverlässige Ergebnisse und steht kommerziellen Produkten bei der Genauigkeit der Texterkennung in nichts nach (vgl. Heliński et al. 2020).

Nach der OCR-Verarbeitung der Dokumente bestand die nächste Herausforderung in der zuverlässigen Extraktion der Textebenen des PDF-Dokument in ein zusammenhängendes Textdokument. Landtagsprotokolle folgen grundsätzlich einem zweiseitigen Seitenaufbau, wobei der Text der rechten Spalte nach dem Text der linken Seite jeweils von oben nach unten folgt. Da Tesseract jedoch ein solches mehrspaltiges Seitenlayout nicht automatisch verarbeiten kann, wurde ein Programm zur manuellen Definition der beiden Spaltenränder entwickelt. Hierzu wurden mithilfe des R-Pakets *tabulizer* (Leeper 2018), welches einen Wrapper zur Tabula-Software zur Extraktion von Tabellen aus PDF-Dokumenten darstellt (Aristarán et al. 2018), für die ersten 10 Dokumente jeder Legislaturperiode manuell die Spaltengrenzen ermittelt. Hierbei wurde jeweils zwischen geraden und ungeraden Seitenzahlen unterschieden, sowie zuvor manuell identifizierte schief eingescannte Seiten gesondert behandelt. Aus der Liste dieser Spaltenmaße wurde daraufhin das gerundete arithmetische Mittel für jedes Maß der verschiedenen Kategorien genommen und für die restlichen Dokumente der Legislaturperiode als Spaltenbegrenzung gesetzt⁶¹.

⁶¹ Die Spaltenbegrenzungen für beide Korpora befinden sich in der Datei *dimensions.csv* auf dem digitalen Datenträger im Anhang.

Mit den so ermittelten Spalten wurde der Text nach den Start- und Schlussmarkierungen durchsucht und der Textaußerhalb dieses Abschnitts entfernt. Mittels der R-Pakete *trickypdf* (Blätte 2019b), *stringi* (Gagolewski 2019) und *stringr* (Wickham 2019), sowie der Definition einer Reihe regulärer Ausdrücke wurde daraufhin der zusammenhängende Rohtext des Protokolls extrahiert und nach demselben Schema wie die PDF-Dateien benannt.

Hypertext-Erstellung und linguistische Annotation

Nachdem die PDF-Protokolldateien in einzelne und gesäuberte Textdateien umgewandelt wurden folgte der nächste Arbeitsschritt der Überführung in ein sogenanntes Hypertext-Format, welches die nicht-lineare Speicherung von Textinformationen ähnlich zu einem Datenbanksystem ermöglicht (vgl. Storrer 2008).

Das Hypertextformat *XML* ermöglicht es hierbei, die jeweilige Sprecher*in und stattfindende Unterbrechungen seiner oder ihrer Rede in maschinell unterscheidbarer Form abzubilden und gleichzeitig die Lesbarkeit für Nicht-Maschinen zu erhalten. Die dieser XML-Datei weisen dabei eine zugrundeliegende Strukturvorlage auf, die sich an den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) orientiert, wobei allgemeinverbindliche Spezifikationen für Plenarprotokolle zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht existieren (vgl. Blätte 2018b).

Nach einem ersten Säubern von OCR-Artefakten und einer Parteinamen-erkennung und -zuordnung wurden die Protokolle mithilfe eines speziellen Parsers verarbeitet. Dieser Parser ist Teil des noch nicht veröffentlichten *Framework for Parsing Plenary Protocols* (frapp) (Blätte 2020 (forthcoming)), welches anhand spezifischer Regeln in Form von regulären Ausdrücken eine Erkennung und Zuordnung von verschiedenen wiederkehrenden Textelementen, Unterbrechungen von Reden und Informationen über den Verlauf der Debatte und den aktuellen Tagesordnungspunkt ermöglicht. Die in *frapp* bereits existierenden Templates für die Landesparlamente Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden in vielfachen Durchläufen erweitert, um möglichst vielen OCR-Fehler bei der Texterstellung entgegenzuwirken und gleichzeitig eine zuverlässige Kategorisierung der verschiedenen Textelemente zu gewährleisten.

Nach einer ersten Verarbeitung zu einem XML-Dokument wurde die Sprecher*Innen Erkennung erweitert. Für die spätere Analyse von gerichteten Zwischenrufen einer oder eines Parlamentarier*In auf eine andere Person im Plenarsaal müssen die Zwischenrufe eindeutig einer Person zuordbar sein. Um dies zu gewährleisten wurden die erkannten und potenziell mit OCR-Fehlern versehenen Sprecher*Innennamen über die Ermittlung einer Levenshtein-Distanz zu Listen der in der entsprechenden Legislaturperiode im Parlament sitzenden Abgeordneten abgeglichen. Die Grundlage für die Erstellung solcher Listen lieferten die Abgeordnetenlisten der Landtagsparlamente für Hessen (Lengemann 1986) sowie für Nordrhein-Westfalen (vgl. Landtag NRW, Information 10/1; 11/3; 12/29).

Metadaten-Anreicherung und Korpuserstellung

Die aus diesen Listen extrahierten Namen und Fraktionszugehörigkeiten wurden aggregiert und mittels des Datentransformationstools *OpenRefine* (Ham 2013) dem Prozess einer sogenannten *Reconciliation* unterzogen. Hierbei werden die Namenslisten mit Namensdatenbanken abgeglichen und Übereinstimmungen ausgegeben. Als Datenbanken diente hierbei im Falle Hessens primär die Gemeinsame Normdatei (GND), die über 15 Millionen katalogisierte Einträge für Personen und Körperschaften enthält. Mittels der *lobid-gnd* Schnittstelle des Hochschulbibliothekszentrums des Landes NRW (vgl. HBZ 2020) besteht die Möglichkeit der Abgleich der Namenslisten mit der GND und, im Fall der hessischen Abgeordneten, mit der dahinterstehenden Datenbank des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS 2020) mit *OpenRefine*⁶². Für die erkannte und manuell korrigierten Treffer wurden dann aus der GND-Datensatz zusätzliche Metainformationen wie Geburtsdatum, Wirkungsort und biografische Informationen zu den Abgeordneten als neue Tabellenspalten übernommen. Die eindeutige GND-Nummer ist dabei die wichtigste übernommene Datenquelle: Mit ihr lassen sich Abgeordnete eindeutig zuordnen, auch wenn sie denn gleichen Vor- und Nachnamen aufweisen. Zusätzlich können zu einem späteren Zeitpunkt auf Grundlage der GND-Nummer aktuelle oder veränderte Informationen über die Person auf verlässlichem und einfachem Wege bezogen werden.

Für die Abgeordnetenlisten in NRW musste abweichend vorgegangen werden, da ein Großteil der Abgeordneten keine eigene GND-Nummer besitzen und von staatlicher Seite keine Datenbank über die Abgeordneten mit eindeutigen Identifikatoren existiert. Dank der umfassenden Arbeit von Wikipedia-Autor*Innen besteht jedoch für jeden Landtagsabgeordneten in der Geschichte Nordrhein-Westfalens zumindest ein kurzer Artikel in der Online-Enzyklopädie. Jeder Wikipedia-Artikel zu einer Person bekommt im Datenbanksystem des Lexikons (Wiki Data) eine eigene, einzigartige Datenbank-ID zugewiesen. Mittels einer Abfrage der *Application programming interface* (API) der Wikipedia wurden diese Identifikationsnummern gespeichert und den Abgeordneten zugeordnet. Über diese Datenobjekte konnten dann weitere hinterlegte Metainformationen von *Wiki Data* über *OpenRefine* abgerufen und ergänzt werden. Die so konsolidierten Abgeordnetennamen beider Landesparlamente wurden dann zur Verbesserung der Namenserkennung durch *frapp* genutzt.

Im nächsten Schritt wurden die mit Hilfe von *frapp* erstellten XML-Dateien zu einem CWB-Korpus transformiert und linguistisch annotiert. CWB-indizierte Korpora ermöglichen eine

⁶² An dieser Stelle sei dem Team hinter *lobid-gnd* gedankt, die den Reconciliation-Prozess mit wertvollen Hinweisen verbessert haben. Das Ergebnis des Austausches mündete dabei in einem Tutorial zur Anreicherung von Abgeordnetenlisten mit Metadaten (vgl. Steeg 2019).

schnelle Nutzung korpuslinguistischer Methoden (vgl. Bubenhofer 2009) bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von Konjugations- oder Deklinationsformen einzelner Wörter. Zur linguistischen Annotation werden die Prozesse der Tokenisierung, Part-of-Speech-Annotation und der Lemmatisierung durchgeführt (Blätte 2018b: 143). Hierzu wurden die R-Pakete *bignlp* (Blätte 2019a), welches eine parallelisierbare Implementation der Stanford coreNLP-Bibliothek bereitstellt (vgl. Manning et al. 2014), sowie die Pakete *ctk* (Blätte 2018d), *cwbtools* (Blätte 2020) verwendet. Die Lemmatisierung der Tokens wurde mit Hilfe des *TreeTagger* (Schmid 1999) durchgeführt.

Topicmodelling und Extraktion der Zwischenrufe

Die entstandenen CWB-Korpora beider Landesparlamente enthalten nun sowohl die Redentext aller Redner*Innen sowie Metainformationen über Sprecher*in, Fraktion, Zeitpunkt, Legislaturperiode und weitere in Form sogenannter struktureller Attribute. Im nächsten Schritt soll ein Reden ein weiteres Attribut in Form eines sogenannten *Topics* hinzugefügt werden, welches (über weitere Schritte) die Möglichkeit einer ungefähren Zuordnung der Rede zu einem aus der Theorie abgeleiteten Themenkomplexe der Rede ermöglicht.

Die grundlegende Annahme dieses Konzeptes liegt darin, dass sich jede Rede einer oder eines Abgeordneten auf Grundlage verschiedener „Assoziationswörter“ (Heiberger und Koss 2018: 395) und Wortkomplexe einem oder mehreren Themenkomplexen zuordnen lassen. Da eine manuelle Durchsicht und Zuordnung aller der insgesamt extrahierten 47.869 Reden in der Praxis nicht möglich ist können statistische Verfahren helfen, das Ziel einer Topiczuordnung zu erreichen. Hierzu wurde im Aufbereitungsprozess das durch Blei et al. 2003 entwickelte Wahrscheinlichkeitsmodell der *Latent Dirichlet Allocation* (LDA) verwendet.

Diese Methode ist Teil der weitverbreiteten sogenannter *topic models*, die im Anwendungsgebiet der Korpuslinguistik fest verankert ist.⁶³ Die LDA stellt dabei einen der meistgenutzten Ansätze zur identifizierung von Themenkomplexen in strukturierten und unstrukturierten Texten da und erzielt zuverlässige Ergebnisse (vgl. McFarland et al. 2013).

Für jeden Korpus wurde ein Topicmodell errechnet, welches jede Rede einem oder mehreren von 250 möglichen Topics zuordnet⁶⁴. Hierzu wurde das R-Paket *text2vec* (Selivanov et al. 2020) und dessen Implementation des *Warp-LDA*-Algorithmus (Chen et al. 2015) für die Berechnung genutzt. Diese so identifizierten Topics wurden jeder Rede als

⁶³ Für eine Übersicht korpuslinguistischer Methoden siehe Mitkov und McEnery 2012.

⁶⁴ Eine detaillierte und leicht verständliche Erläuterung der Prozesse bei der Berechnung eines Topicmodells bieten Heiberger und Koss 2018: 394-399.

strukturelle Attribute hinzugefügt und mithilfe der Pakete *cwbttools* (Blätte 2020) und *RcppCWB* (Blätte et al. 2019c) in die Korpusobjekte geschrieben.

Da die LDA-Methode eine Zuordnung zu einem der 250 Topics lediglich durch eine Zahl repräsentiert, müssen diese Zahlen manuell codiert werden. Mithilfe des Paketes *LDAvis* (Sievert und Shirley 2015) wurde hierzu eine interaktive Visualisierung für beide Topicmodelle erstellt um den Kodierprozess zu unterstützen und Visualisierungsparameter intuitiv verändern zu können.

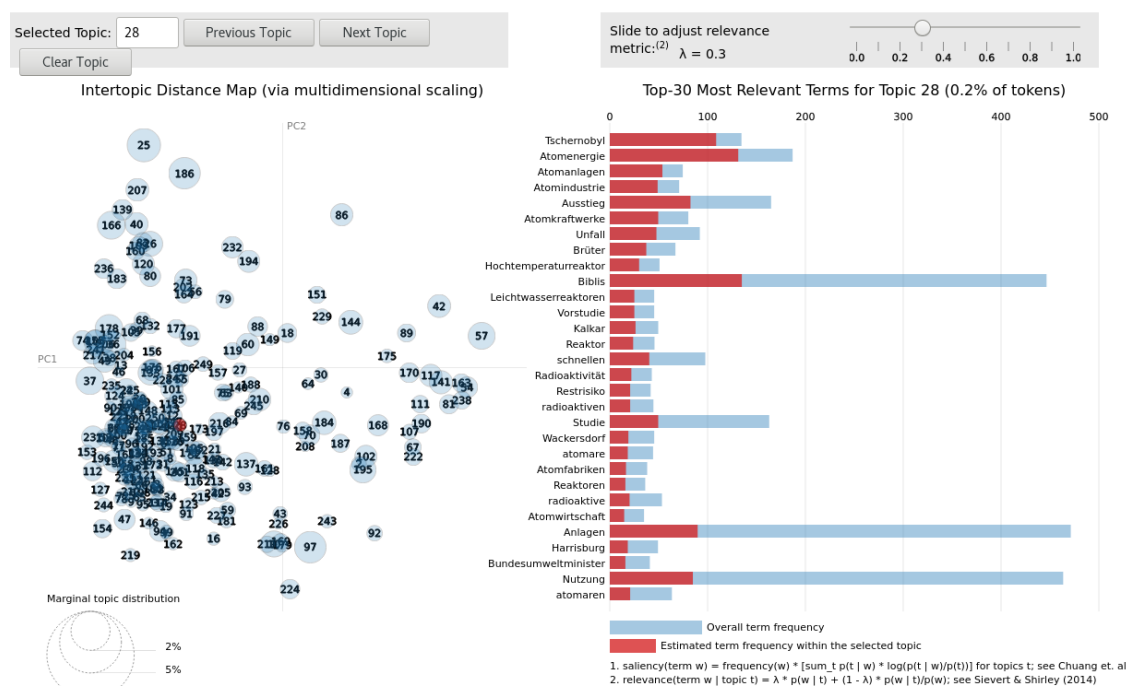


Abbildung 6: Screenshot der interaktiven Topicvisualisierung (Sievert und Shirley 2015)

Der λ -Wert wurde hierbei im Allgemeinen bei 0.3 belassen und nur leicht verändert, wenn keine eindeutige Zuordnung des Topics auf Anhieb möglich war. Die Intertopic Distance Map wurde jedoch nicht zur Kodierung genutzt. Chronologisch wurde zuerst der Hessen-Protokollkorpus kodiert und daraus ein Categoriesystem abgeleitet, welches sich an allgemeinen Politikfeldern orientiert. Dieses Categoriesystem wurde dann für den zweiten Korpus für NRW als Grundlage genutzt.

Die Kodierung wurde von zwei unabhängigen Kodierern durchgeführt und im Falle eines Dissens von beiden diskutiert. Tabelle 5 zeigt die Zahl der eindeutig einem Politikfeld zuordbaren Topics in den jeweiligen Korpora.

Kategorie	Hessen	Prozentualer Anteil	Nordrhein-Westfalen	Prozentualer Anteil
Arbeit	8	5.41	9	7.76
Bildung	16	10.81	6	5.17
Föderalismus	12	8.11	4	3.45
Gesundheit	9	6.08	4	3.45
Kommunikation	3	2.03	3	2.59
Kultur	6	4.05	4	3.45
Migration	3	2.03	3	2.59
Recht	8	5.41	9	7.76
Regularia	22	14.86	15	12.93
Sicherheit	10	6.76	11	9.48
Sozial	13	8.78	12	10.34
Umwelt	21	14.19	14	12.07
Verkehr	4	2.70	3	2.59
Wirtschaft	13	8.78	19	16.38
Total	148	100.00	116	100.00

Tabelle 5: Zuordnung identifizierter Topics beider Korpora (eigene Darstellung)

Von jeweils 250 berechneten Topics konnten 148 (Hessen) beziehungsweise 116 (NRW) Topics eindeutig einem Politikfeld zugeordnet werden. Der häufigste Wert pro Korpus wurde durch Unterstreichung, die vier anteilsstärksten Topics durch Fettschrift kenntlich gemacht. Die Kategorie der Regularia wurde hierbei bewusst übersprungen, da diese als eine Art „Kontrollkategorie“ lediglich Worte zum parlamentarischen Verfahren enthält, und für die weitere thematische Analyse dieser Arbeit nicht von Bedeutung ist.⁶⁵ Die Topics der Themenkategorie Umwelt, Wirtschaft und Sozial weisen für beide Korpora vergleichbare Häufigkeiten auf und haben in beiden Korpora eine ähnliche Rangordnung, weshalb diese im späteren Verlauf dieser Arbeit zur Analyse verwendet werden können.

⁶⁵ Beispielworte dieser sind etwa „Tagesordnungspunkt“, „nächster“, „Abgeordneter“, „Erstens“, „Zweitens“, „Drittens“, sowie „Damen und Herren“. Die vollständige Kodierlisten aller 250 Topics für beide Korpora findet sich im Anhang dieser Arbeit.

Automatisierte Klassifikation von Zwischenrufen

Sentimentanalyse

Zwischenrufe haben eine grundlegende Polarität, die von einer Vielzahl von Faktoren abhängig ist. Die Intention des Zwischenrufers kann dabei komplexen oder einfachen Gründen folgen, durch die Abgabe eines Zwischenrufes verfolgt der oder die Rufende meist ein Ziel, das durch ein mehr oder weniger detailliertes Categoriesystem erfasst werden kann. Wie bereits erläutert variieren die durch die Forschung postulierten Analyseraster zur Kategorisierung von Zwischenrufen dabei umfassend. In ihrer grundlegendsten Form unterscheiden viele Forschungsarbeiten⁶⁶ dabei zwischen den beiden Polen *kritisierend* und *unterstützend* (vgl. Burkhardt 2004: 309).

Um eine automatische Kategorisierung der generellen Stimmung einer Texteinheit zu ermöglichen hat sich im Bereich der Computerlinguistik und der natürlichen Sprachverarbeitung seit Jahren die Nutzung sogenannter *Affekt-Lexika* etabliert, die für eine große Wortzahl vordefinierte Werte enthält, die deren Polarität in einen meist zwischen -1 und +1 variierenden Zahlenwert übersetzen (vgl. Wilson et al. 2009). Die Klassifikation von Texten mit Hilfe solcher Diktionäre wird als Sentimentanalyse bezeichnet; Die Anwendung der Methode blickt auch in der Politikwissenschaft auf eine längere Geschichte zurück (vgl. Stone 1966; Hart 1984; Wiedemann 2013) und stellt eine ressourcensparsame Analysemöglichkeit großer Textmengen im Vergleich zu manuellen Kodierungsdurchläufen dar.

Bei der Arbeit mit einer diktionsärbasierten Methode gilt es jedoch einige methodische Einschränkungen zu beachten. Verfügbare Affekt- bzw. Sentimentlexika besitzen stets einen Kontext, unter dem sie erstellt wurden. Die vorhandenen Sentimentpolaritäten der meisten Lexika werden mit Hilfe statistischer Verfahren aus großen annotierten Datenquellen wie beispielsweise Onlinerezensionen gewonnen (vgl. Waltinger 2010: 1639) und sind demnach durch den domänenspezifischen Sprachgebrauch der Datenquelle beeinflusst⁶⁷. In der Anwendung diktionsärbasierter Methoden besteht zudem die Schwierigkeit der Polaritätswechsel einiger Wortbedeutungen ins Gegenteil durch das vorrausgegangene Wort.⁶⁸ Hierzu existieren spezielle Lexika mit sogenannten *Polaritätshiftern* (vgl. Wilson et al. 2009), die eine zuverlässige Erkennung sicherstellen sollen.

⁶⁶ Bspw. Ketolainen 1990; Plotkowiak und Stanoevska-Slabeva 2013; Puschmann 2019.

⁶⁷ Sentimentlexika sind zudem sprachspezifisch. Eine umfangreiche und aktuelle Übersicht über Sentimentdiktionäre in deutscher Sprache bietet die Website der Interest group on German Sentiment Analysis (<https://sites.google.com/site/iggsahome/downloads>)

⁶⁸ Ein einfaches Beispiel ist das Wort „nicht“, welches das Sentiment eines darauffolgenden Wort mit starker Sprachfärbung wie „töten“ oder „abknallen“ ins Gegenteil verkehrt.

Eine Ressource, die beide dieser Anforderungen in für diese Analyse passender Weise adressiert, ist das Sentiment-Lexikon für deutsche politische Sprache von Rauh 2018a, welches auf den im Anwendungsgebiet deutschsprachiger Sentimentanalyse bewährten Lexika *SentiWS* (Remus et al. 2010) und *GermanPolarityClues* (Waltinger 2010) aufbaut. Aus beiden Datensets wurden dabei lediglich die generelle positive (+1) oder negative Konnotation (-1) eines Wortes übernommen und eine sogenannte *bigram-inversion* zur Erkennung von Polaritätsshiftern durchgeführt (vgl. Rauh 2018a: 323). Rauhs Modell wurde anhand von Bundestagsreden validiert⁶⁹ und ist in der Lage, positive und negative politische Sprache zuverlässig zu unterscheiden, wobei eine positive Sprache einfacher erkannt wird und die Polaritätswerte der Diktionärsworte leicht in Richtung neutraler Polarität verzerrt sind (ebd. 2018a).

Nach der beschriebenen Extraktion von Zwischenrufen aus dem Korpus wurde für jeden Zwischenruf der Sentimentwert mithilfe des Diktionärs Rauh 2018b nach folgender Formel berechnet und dem Datensatz hinzugefügt:

$$Sentiment_Score = \frac{Anzahl\ positiver\ Worte - Anzahl\ negativer\ Worte}{Anzahl\ der\ Worte}$$

Sprechhandlungstypologien nach Burkhardt

Eine detailliertere Annotation der Zwischenrufe ermöglicht das Analyseraster der Zwischenruftypologien nach Burkhardt 2004, welches bereits erläutert wurde.

Dem Vorschlag der syntaktischen Topologie folgend werden die extrahierten Zwischenrufe des Datensatzes nach ihren syntaktischen Eigenschaften in eingliedrige, zweigliedrige und mehrgliedrige Zwischenrufe unterteilt. Da die Existenz von Verben in Zwischenrufen keine zwingende Voraussetzung ist, werden Satzzeichen zur Bestimmung der Zwischenruflänge verwendet.

Ungleich komplexer gestaltet sich die Annotation auf Grundlage der postulierten Sprechhandlungstypologien (vgl. ebd. 2004: 308-385). Auf Grundlage der sechs Sprechhandlungs-Haupttypen wurden durch schrittweise Exploration und einem manuellen Anpassungsverfahren Regeln in Form von automatisiert verarbeitbaren regulären Ausdrücken erstellt, welche Zwischenrufe auf Grundlage verschiedener Kriterien in eine der sechs Haupttypen unterteilen⁷⁰:

⁶⁹ Die Validierung ist anhand des bereitgestellten Datensatzes von Rau vollständig reproduzierbar Rauh 2018b.

⁷⁰ Der vollständige Code der aufgestellten Sprechhandlungstypologie-Regeln ist im Anhang dieser Arbeit zu finden.

Die MEMORANDA-Kategorie stellt dabei gleich zu Anfang eine der schwierigsten Kategorien zur Regelfindung dar, da in diese latente und in vielfältiger Weise auftretende Wortkonstrukte zu finden sind. Eindeutig zuordbar sind jedoch „Hört, Hört!“-Zwischenrufe, die die Aufmerksamkeit des Plenums auf das soeben Gesagte lenken sollen.

Als AFFIRMATIVA wurden Zwischenrufe kategorisiert, die mit dem Wort „Sehr“ beginnen und einen Sentimentscore nach Rauh von größer als -0.3 aufweisen. Weiterhin wurde der Satzbeginn „So ist es“ und „[...]recht“ als zustimmend annotiert, wenn an erster Stelle des Zwischenruf ein Verb und / oder ein Pronomen steht. Zwischenruf, die mit „Aha“ beginnen und eine eingliedrige syntaktische Topologie aufweisen fallen ebenfalls in die Kategorie AFFIRMATIVA. Einen großen Anteil der Kategorie machen zudem Zwischenrufe aus, die im Prozess der Korpuserstellung mit dem *frapp*-Paket (Blätte 2020 (forthcoming)) als Interjektionsart „Zustimmung“ geparkt wurden.

Der EROTETIKA-Kategorie wurden Zwischenrufe zugeordnet, die mit einer W-Frage (Wer, Wo, Warum) beginnen und ein Fragezeichen an letzter Stelle im Zwischenruf aufweisen.

Der Kategorie der DIREKTIVA, die als Aufforderungen verschiedenster Art definiert sind konnte nach langem Iterationsprozess keine eindeutige Regel zugeordnet werden, die dem Charakter der Kategorie möglichst genau entspricht, ohne zu viele unpassende Zwischenrufe mit zu kategorisieren. Diese Kategorie taucht bei der Datenanalyse deshalb nicht auf.

DISSENTIVA wurde für solche Zwischenrufe als Kategorie festgelegt, welche einen sehr schlechten Sentimentwert nach Rauh von schlechter als -1.5 aufweisen und nicht die Worte „Bitte sehr“ beinhalten. Weiterhin wurden Regeln aufgestellt, um das Auftreten der Worte „Unverschämte“, „Unerhört“, „Unmöglich“ und ähnliche, sowie „falsch“ und den Ausruf „Na, Na“ als DISSENTIVA zu kategorisieren.

Die letzte Kategorie der EVALUATIVA stellt (moralische) Abqualifikationen und Beleidigungen dar. In diese Kategorie wurden Zwischenrufe eingeordnet, welche die Worte „falsch“, „übelst“, „nicht zugehört“ sowie „Lüge“ beinhalten.

Erstellen von Sprecher*Innen-Netzwerken

Zur Analyse von Daten über einzelne Abgeordneten und der Erforschung ihrer komplexen Interaktionsmuster untereinander wurde für jeden Parlamentskorporus ein Netzwerkobjekt mit Hilfe der R-Pakete *igraph* (Csardi und Nepusz 2006) und *tidygraph* (Pedersen 2020) erstellt. Mittels der besonderen Datenstruktur von Netzwerkobjekten lassen sich vielfältige Metriken berechnen, die für die Interpretation von Interaktionsmustern innerhalb der Landtagssitzungen von großem Nutzen sind. Zur Netzwerkbeschreibung werden hier primär die fünf wichtigsten Kennwerte (*five number summary*, vgl. Tukey 1977; Luke 2015:

11) der Netzwerke sowie das Reziprozitätsmaß für jede Legislaturperiode jedes Korpus berechnet und verglichen.⁷¹

Weiterhin wird die Assoziativität der Netzwerkknoten aufgrund eigens erhobener Attribute berechnet. In der Soziologie besteht die allgemein verbreitete Annahme, dass Individuen innerhalb einer sozialen Gruppe je eher in Kontakt treten, desto mehr Ähnlichkeiten sie teilen (vgl. McPherson et al. 2001). Diese als *soziale Homophilie* bezeichnete Tendenz wurde erstmalig von den amerikanischen Soziologen Lazarsfeld und Merton beschrieben, welche Ähnlichkeitsmerkmale von Individuen in direkt beobachtbare Statuskriterien (Alter, Geschlecht, Bildung) und nur indirekt beobachtbare Wertekriterien (Überzeugungen, Wünsche) unterteilten (vgl. Lazarsfeld et al. 1954). Die Tendenz von Individuen sich mit gleichartigen Akteuren zu vernetzen lässt sich nach McPherson et al. dabei in jedem sozialen Akteursnetzwerk zwischen Menschen beobachten: Verbindungen zwischen Netzwerkmitgliedern mit weniger gleichen Merkmalen sind im Allgemeinen schwächer und lösen sich schneller wieder auf (vgl. ebd. 2001). In methodischen Kosmos der (sozialen) Netzwerkanalyse wird diese Theorie für eine Reihe von Anwendungszwecken verwendet und stellt, neben den erläuterten Standardmaßen, ein gutes Analysemaß für die Interaktionstendenzen der Netzwerkknoten dar.⁷²

Im Hinblick dieser Arbeit stellt sich die Frage, ob ähnliche Merkmale von Abgeordneten deren Tendenz beeinflussen, miteinander in Kontakt zu treten. Durch die im Prozess der Reconciliation gewonnenen Metadaten liegen über die Großzahl der Abgeordneten direkt beobachtbare Statuskriterien wie beispielsweise Geburtsdatum und -ort, Wirkungsort, Fraktion und Geschlecht vor.

In der sozialwissenschaftlichen Parlamentsforschung sind nicht direkt beobachtbare Interaktionsräume des Parlaments von besonderem Interesse, da diesen ein starker Einfluss auf die Machtstrukturen und Kompromissfindungsprozesse zugesprochen wird (Mayntz und Neidhardt 1989; vgl. Schöne 2014; 2010; Schöne und Blumenthal 2009). Über die historischen Ausschusslisten der beiden Landesparlamente können die jeweiligen, individuell zuordbaren Abgeordneten in den erstellten Netzwerken eindeutig den jeweiligen

⁷¹ Aufgrund der großen Bandbreite und Vielschichtigkeit der Methoden der Netzwerkanalyse kann an dieser Stelle nicht ausführlich auf verschiedene Kennzahlen und ihre spezifische Aussagekraft und Berechnung eingegangen werden. Einen guten Überblick aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bietet Jansen 2006, für eine anwendungsorientierte Übersicht mittels R siehe Luke 2015.

⁷² Ein viel beachtetes Beispiel stellt hierbei die Studie von Conover et al. dar, die in einer sozialen Netzwerkanalyse von politischen Blogger*Innen in Amerika eine starke Tendenz zur gegenseitigen Interaktion und Verbreitung von Artikeln nachwies, die der eigenen politischen Ideologie der Blogger*Innen entsprechen (vgl. Conover et al. 2011).

Ausschüssen zugeordnet werden, in denen sie in der entsprechenden Legislaturperiode als ordentliches Mitglied vertreten waren.⁷³

Hierzu wurden für jedes Parlament auf Grundlage der Archivlisten Tabellen mit den Ausschussmitgliedschaften und Ausschussvorsitz- sowie Stellvertretende*n erstellt und den Netzwerknoden als Attribute zugewiesen.⁷⁴

⁷³ Aufgrund der Inkonsistenz der Daten und der gesteigerten Komplexität der Netzwerke werden stellvertretende Ausschussmitglieder für diese Analyse nicht berücksichtigt.

⁷⁴ Für Hessen existieren einfach auslesbare Listen auf der Website des Landtages, die am 08.02.2020 heruntergeladen wurden (vgl. Landtag Hessen 1978, 1987, 1982). Für die Ausschusslisten des Landtages NRW wurde auf die zu Anfang jeder Legislaturperiode an alle Abgeordneten übersendeten Ausschuss-Übersichten zurückgegriffen, die auf den Seiten des Landtages NRW mittels der Dokumentennummern abrufbar sind (vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen 1985, 1990, 1995).

Deskriptive Analyse

Die beiden aufbereiteten Korpora der Landtagsprotokolle für Hessen (HE) und Nordrhein-Westfalen (NW) beinhalten für einen Zeitraum von jeweils drei Wahlperioden⁷⁵ über 11 Millionen (HE) beziehungsweise über 29 Millionen (NW) linguistisch annotierte Token. Jedes Token stellt dabei in der Regel ein von einem Mitglied des jeweiligen Plenums gesprochenes Wort dar; Protokollvermerke über Handlungen, Beifallsbekunden sowie die Namen der Sprecher*Innen wurden sorgfältig herausgefiltert.⁷⁶ Ein Blick auf die Verteilung der extrahierten Token auf die verschiedenen Legislaturperioden offenbart eine Reihe von Unterschieden.

Legislatur periode	Anzahl Protokolle	Token- anzahl	Ø Token pro Protokoll	Datum des ersten Protokolls	Datum des letzten Protokolls
Hessen					
9	78	4.366.419	55980	1978-12-12	1982-06-24
10	18	1.084.236	60235	1982-12-13	1983-08-16
11	103	5.715.737	55493	1983-10-13	1987-02-17
Nordrhein- Westfalen					
10	137	8.902.326	64980	1985-05-30	1990-03-30
11	161	12.279.599	76271	1990-05-31	1995-04-25
12	145	8.014.375	55272	1995-06-01	2000-04-14

Tabelle 6: Verteilung der Token beider Korpora (eigene Darstellung)

Die unterschiedliche Anzahl der Token begründet sich hierbei einerseits durch die variierenden Protokollanzahl, andererseits durch die unterschiedlichen Längen der Wahlperioden. Die zehnte Wahlperiode in Hessen war dabei von besonders kurzer Dauer und umfasste lediglich 18 protokollierte Sitzungen im Zeitraum von acht Monaten, da nach der Wahl und dem Einzug der Grünen in den Landtag keine Regierungsmehrheit gebildet werden konnte. Während die Tokenanzahlen in Hessen in den beiden anderen untersuchten Wahlperioden bei vier bis fünf Millionen Token liegen, wurden in der zehnten

⁷⁵ Legislatur- und Wahlperiode werden im weiteren Verlauf synonym verwendet.

⁷⁶ Dennoch kommt es aufgrund der im Abschnitt zur Extraktion und Aufbereitung zweier Landtagskorpora erläuterten OCR-Problematik zu einer gewissen Fehlerquote bei der Filterung von Nicht-Sprachelementen.

Periode nur knapp über eine Million Token gezählt. Dennoch liegt die durchschnittliche Wortanzahl pro Protokoll in dieser Wahlperiode um etwa 5000 höher als in den beiden Vergleichsperioden.

Bei den Landtagsprotokollen Nordrhein-Westfalens ist ebenfalls die mittlere der drei untersuchten Legislaturperioden auffällig, jedoch aus gegensätzlichem Grund: Weisen die beiden anderen Zeiträume zwischen acht und neun Millionen Token auf, so wurden in der elften LP über zwölf Millionen Token aus 161 Protokollen gezählt. Trotz eines vergleichbaren Zeitraumes der 11. LP von etwa fünf Jahren wurden etwa 30 Sitzungen mehr als in den beiden Vergleichsperioden abgehalten, was die höhere Tokenanzahl erklären kann. Auch wenn der Korpus der NRW-Protokolle eine höhere Anzahl der Token als der hessische Korpus aufweist, folgen die durchschnittlichen Token pro Protokoll und damit die durchschnittlich gehaltenen Reden pro Landtagssitzung einer ähnlichen Verteilung.

Korpora von Sitzungsprotokollen des deutschen Bundestages, die mit ähnlichen Verfahren erstellt wurden, weisen eine ähnliche durchschnittliche Wortverteilung pro Rede auf, wenngleich die Zahl der insgesamt gemessenen Worte sowie verarbeiteten Protokolle weitaus größer ist (vgl. Blätte 2018b: 144).

Landtagskorpus Hessen

Ein Großteil der Token beider Korpora enthält die unterschiedlichen Redebeiträge und nur ein geringer Teil beruht auf Unterbrechungen, wie etwa Zwischenrufe. Im Hessen-Korpus wurden 16.446 Reden von insgesamt 579 verschiedenen Rednern gehalten. Diese Zahl übersteigt die tatsächliche Anzahl der Abgeordneten jedoch deutlich und ist auf Fehler bei der OCR-Texterkennung zurückführbar. Nach einem Säuberungsprozess der Abgeordnetennamen mittels der Kapitel zur Datenaufbereitung beschriebenen *Levensthein-Distance-Methode* und die *Reconciliation* des Datensatzes verbleiben insgesamt 142 eindeutig zuordbare Redner*Innen.

Die folgende Tabelle zeigt für jede der drei LPs die fünf Redner mit der größten Redeanzahl sowie ihre Parteizugehörigkeit und ob sie in der entsprechenden LP das Amt eines oder einer Haupt- oder stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden innehatten. Hierbei wurden Mitglieder des Landtagspräsidiums nicht berücksichtigt, da diese sehr viele Redebeiträge organisatorischer Natur leisten.

Name	Anzahl der Reden	Token insgesamt	Fraktion	Fraktions- vorsitz	Ø Token pro Rede
LP 9					
Krollmann	172	159960	SPD	NA	2459
Gries	147	159699	FDP	NA	2946
Milde	135	112949	CDU	Haupt	2023
Clauss	123	124091	SPD	NA	3028
Ruth Wagner	112	122288	FDP	NA	2193
LP 10					
Schwalba- Hoth	62	39830	Die Grünen	NA	2400
Kerschgens	53	37360	Die Grünen	stellv.	2807
Winterstein	50	38586	SPD	Haupt	2051
Milde	49	45093	CDU	Haupt	2023
Blaul	43	19221	Die Grünen	Haupt	1274
LP 11					
Wilke	215	145899	FDP	stellv.	1665
Clauss	174	256407	SPD	NA	3028
Winterstein	153	148885	SPD	Haupt	2051
Kappel	140	120365	FDP	NA	2006
Steger	133	162716	SPD	NA	2855

Tabelle 7: Top 5 Abgeordnete mit den meisten Reden in Hessen nach Legislaturperiode (eigene Darstellung)

In jeder der Wahlperioden befindet sich unter den fünf Abgeordneten mit den meisten Reden der Haupt- oder stellvertretende Vorsitzende einer der jeweiligen Oppositionsparteien. Auffällig ist insbesondere die verkürzte zehnte Wahlperiode, in der jeder der fünf Redner mit den meisten Redebeiträgen, außer dem Grünen Abgeordneten Frank Schwalba-Hoth, ein fraktionsführendes Amt innehat. Betrachtet man zudem die durchschnittliche Tokenanzahl der Topredner, welche mit der durchschnittlichen Länge einer Rede gleichzusetzen ist, fallen klare Ungleichgewichte ins Auge: Der FDP-Abgeordnete Otto Wilke hält in der elften Wahlperiode zwar 41 Reden mehr als der Zweitplatzierte Clauss, jedoch sind seine Redebeiträge im Durchschnitt etwa nur halb so lang wie die Reden des CDU-Abgeordneten.

Betrachtet man die Redner*Innenverteilung in Hinblick auf die Mitgliedschaften in Oppositions- und Regierungsparteien zeigt sich in der 9. LP eine starke Repräsentation der Regierungsparteien SPD/FDP bei den Toprednern. In der darauffolgenden Wahlperiode ist dieses Verhältnis gegensätzlich: Die Oppositionsparteien und vor allem die neu ins

Parlament eingezogenen Grünen dominieren die Rangliste deutlich. In der elften LP ist hingegen die wiedereingezogene FDP als Oppositionspartei deutlich vertreten, wenngleich die SPD als durchgehende Regierungspartei in dieser Wahlperiode einen ebenso großen Anteil an der Rangliste besitzt.

Landtagskorpus Nordrhein-Westfalen

Mit über 29 Millionen linguistisch annotierten Token weist der Nordrhein-Westfälische Landtagskorpus mehr als doppelt so viele Token wie der hessische Landtagskorpus auf. Im NW-Korpus wurden 31.423 Reden insgesamt 1724 verschiedenen Rednern zugeordnet. Auch diese Zahl ist auf Fehler in der Texterkennung zurückführbar. Nach dem *Levensthein-Distance-Matching* verbleiben insgesamt 468 eindeutig zuordbare Redner*Innen, was im Vergleich zu den 142 eindeutigen Rednern (HE) eine mehr als dreimal so hohe Anzahl an Abgeordneten entspricht. Dies kann auf die deutlich höhere Sitzanzahl im nordrhein-Westfälischen Parlament in den betrachteten Wahlperioden von durchschnittlich⁷⁷ 229 Sitzen zu nur 142 Sitzen in Hessen zurückgeführt werden.

Im Vergleich mit Hessen umfasst der Korpus annähernd doppelt so viele Reden. Die hohe Tokenzahl ist hierbei durch die große Anzahl von 443 Plenarsitzungen zu erklären (Hessen: 199) und die volle Ausschöpfung von 5 Jahren in jeder Legislaturperiode. Im Vergleich mit dem Bundestag tagen beide Landesparlamente jedoch deutlich seltener – eine durchschnittliche Wahlperiode besteht dort aus etwa 250 Plenarsitzungen (vgl. Blätte 2018a: 143).

Bei der Betrachtung der fünf Redner mit der größten Redenanzahl pro LP bestehen ebenfalls einige Unterschiede im Vergleich zu Hessen⁷⁸. Fanden sich in Hessen häufig Fraktionsvorsitzende oder deren Stellvertreter*Innen unter den Redner*Innen mit der höchsten Redeanzahl, so ist dies in NRW nur in der zwölften Wahlperiode der Fall.

Name	Anzahl der Reden	Token insgesamt	Fraktion	Fraktionsvorsitz	Ø Token pro Rede
LP 10					
Pohl	182	132496	CDU	NA	1721
Schnoor	163	225426	SPD	NA	3046
Schwier	136	175145	SPD	NA	2280
Linssen	135	109533	CDU	NA	1787
Schauerte	134	158585	CDU	NA	2343

⁷⁷ LP 10: 227 Sitze, LP 11: 239 Sitze, LP 12: 221 Sitze (vgl. Siebrands 2015).

⁷⁸ Mitglieder des Landtagspräsidiums wurden hier ebenfalls nicht berücksichtigt.

LP 11					
Höhn	287	330031	Grüne	Haupt	2845
Appel	254	244680	Grüne	NA	2447
Kreutz	211	181286	Grüne	NA	2133
Schumann	184	163842	Grüne	NA	1998
Mai	173	129348	Grüne	NA	1597
LP 12					
Helmut Linssen	182	201463	CDU	Haupt (bis 02/1999)	2518
Roland Appel	178	189422	Grüne	Haupt	1963
Franz-Josef Kniola	141	136394	SPD	NA	2436
Laurenz Meyer	123	113572	CDU	Haupt (ab 02/1999)	1824
Fritz Behrens	116	146492	SPD	NA	2483

Tabelle 8: Top 5 Abgeordnete mit den meisten Reden in Nordrhein-Westfalen nach Legislaturperiode (eigene Darstellung)

In der zehnten Legislaturperiode besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Top-Redner*Innen von Regierungs- (SPD) und Oppositionspartei (CDU). Die durchschnittliche Tokenanzahl des Abgeordneten Pohl beträgt hierbei wiederum die Hälfte des zweitplatzierten Schnoor, der zudem nur 19 Reden weniger in dieser Wahlperiode abhält.

Der Einzug der Grünen ins Parlament verändert die Top-Redner*Innenliste der elften Wahlperiode hingegen deutlich: Sämtliche Abgeordnete entstammen der Fraktion der Grünen, angeführt von der Fraktionsvorsitzenden Bärbel Höhn, die zudem die durchschnittlich längsten Reden innerhalb der Legislaturperiode hält. Die durchschnittlichen Worte pro Rede weisen dabei keine großen Schwankungen auf. Dies ist besonders beachtlich, da die erste Landtagsfraktion der Grünen über lediglich 12 Sitze verfügt; zudem deckt sich der starke Redeanteil mit der höchsten Zahl von Gesetzesentwürfen und Anträgen einer Partei in der Legislaturperiode (vgl. Bündnis 90 / Die Grünen 2019).⁷⁹

Hier zeigt sich eine klare Dominanz der Grünen und damit der Oppositionen bei der Redenanzahl im Parlament. Dieser Trend setzt sich in der zwölften Legislaturperiode jedoch nur bedingt fort. Während der Grüne Fraktionsvorsitzende Appel zwar unter den Top-Redner*Innen vertreten ist, ist die Linie zwischen Regierungs- (SPD / Grüne) und Oppositionspartei (CDU) weniger deutlich als zuvor – wenngleich die jeweils zeitweisen

⁷⁹ Laut eigener Aussage brachten die Grünen 443 Entwürfe und Anträge ein, während die gleichgroße Fraktion der FDP 282 Initiativen, die SPD 324 Initiativen und die CDU 398 Initiativen einbrachte (vgl. Bündnis 90 / Die Grünen 2019).

Fraktionsvorsitzenden der CDU hohe Plätze in der Rangliste einnehmen. Zwischen dem ersten und letzten Ranglistenplatz besteht zudem ein deutliches Gefälle bei der Anzahl der gehaltenen Reden. Trotz der engen Abstände auf den oberen Ranglistenplätzen können die Daten dahingehend interpretiert werden, dass sich die in der vorhergegangenen Wahlperiode nicht durch große Redenanzahlen auffallende CDU ihren Platz „zurückerrungen“ hat und auf ein Niveau vor dem Einzug der Grünen in den Landtag zurückkehrt.

Interjektionen

Im Analysefokus stehen in dieser Arbeit die Unterbrechungen der Reden von Sprecher*Innen durch Rufe oder Ereignisse, insbesondere durch Zwischenrufe und durch Beifall der anderen anwesenden Abgeordneten. Im Rahmen der Protokollverarbeitung mit dem *frapp*-Paket (Blätte 2020 (forthcoming)) wurden mit Hilfe regulärer Ausdrücke Unterbrechungen erkannt und mit einem strukturellen Attribut versehen, welches die Unterbrechung beschreibt. Insgesamt wurden aus dem Hessischen Landtagskorpus 83205 Interjektionen und aus dem NW-Korpus 176025 Interjektionen extrahiert, die sich in verschiedene Kategorien unterteilen lassen. Die Kategorien unterscheiden sich aufgrund der verwendeten Parser leicht voneinander, wie in der folgenden Tabelle zu erkennen ist:

Hessen			NRW	
Art der Interjektion	n	Prozentualer Anteil	n	Prozentualer Anteil
Beifall	40029	48.11	71759	40.77
Zwischenruf	26064	31.33	42860	24.35
Rufe	7663	9.21	18972	10.7
Zuruf	6111	7.34	20856	11.85
Heiterkeit	1900	2.28	3270	1.86
Lachen	1168	1.40	2665	1.51
Widerspruch	79	0.09	1847	1.05
Zustimmung	73	0.09	12137	6.90
Wortmeldung	52	0.06	6	0.00
Unruhe	29	0.03	1482	0.84
...
Total	83205	100	176025	100⁸⁰

Tabelle 9: Kategorisierung der extrahierten Interjektionen (eigene Darstellung)

⁸⁰ Die Tabelle wurde zur Verbesserung der Lesbarkeit gekürzt. Die vollständige Tabelle mit allen erkannten Interjektionskategorien kann im Anhang eingesehen werden.

Mit 48% Prozent in Hessen und 40% (NW) aller erkannten Zwischenrufarten stellt die Gruppe der Beifallsbekundungen in den Plenarprotokollen die größte Kategorie von Interjektionen in beiden Plenarkorpora dar. In beiden Landtagen wird dabei im Großteil der Fälle das Beifall-Verhalten auf Fraktionsebene festgehalten. Spendet eine oder mehrere Parteien Beifall ist aufgrund der zugrundeliegenden XML-Datenstruktur der Korpora eine eindeutige Identifizierung möglich, während welchen Reden eines Abgeordneten welche Partei Beifall gespendet hat. Aufgrund des hohen prozentualen Wertes von Beifall in beiden Korpora soll dieser im weiteren Verlauf der Analyse genauer betrachtet werden.

Die zweitgrößte Gruppe von Unterbrechungen stellen in beiden Landtagskorpora die Zwischenrufe dar. Mit 31% in Hessen und 24% in Nordrhein-Westfalen zeigen sie einen Großteil parlamentarischer Interjektionen⁸¹. Zu beachten sind hier die Unterschiede in den absoluten Zahlen von Zwischenrufen: Obwohl sie nur knapp ein Viertel aller Interjektionen im NW-Korpus darstellen, wurden im Korpus beinahe doppelt so viele Zwischenrufe wie in Hessen erkannt. Auch dies lässt sich durch die bereits erwähnten Einflussfaktoren wie Sitzanzahl und konstante Wahlperioden-Dauer theoretisch erklären. Ein Zwischenruf nach der Zählart in der Tabelle entspricht dabei einer gesammelten Unterbrechung des Redenden im Protokoll und bildet nicht die tatsächliche Zahl der abgegebenen Zwischenrufe ab, da ein Protokollvermerk mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten verschiedener Fraktionen beinhalten kann.⁸² Nach der Trennung solcher mehrzeiligen Zwischenrufe und der Säuberung von Abgeordnetennamen, sowie dem Abgleich der erhobenen Metadaten wurden aus dem hessischen Landtagskorpus insgesamt 36.342 mit Text protokollierte Zwischenrufe extrahiert. Von diesen Zwischenrufen lassen sich 91% eindeutig einem individuellen Abgeordneten zuordnen. Für den Landtagskorpus NW konnten 65.209 mit Text protokollierte Zwischenrufe verarbeitet werden, von denen sich 75% eindeutig einem individuellen Abgeordneten zuordnen lassen.

Aufgrund der großen prozentualen wie absoluten Anzahl von Zwischenrufen in beiden Korpora sowie des im Theorieteil begründeten Forschungsinteresses sollen die Zwischenrufe und ihre unterschiedlichen Verteilungen einen zweiten Schwerpunkt der Analyse darstellen.

Auch wenn Beifall und Zwischenrufe zusammengenommen den größten Anteil beider Interjektionsarten beider Korpora darstellen (Hessen: 79,41%, NRW: 65,12%), so sind auch die übrigen erkannten Interjektionsarten von Bedeutung für das Verständnis des Kommunikationsverhaltens in den Plenarsitzungen. Rufe und Zurufe machen in beiden

⁸¹ Eine Auflistung der erkannten Top-5 Zwischenrufer*Innen für jeden Landtagskorpus findet sich im Anhang dieser Arbeit.

⁸² Eine genauere Zählung der Zwischenrufe sowie ihre Verteilung auf die einzelnen Fraktionen wird zu einem späteren Zeitpunkt der Analyse vorgenommen.

Korpora etwa ein Fünftel aller Unterbrechungen aus und beeinflussen das Geschehen in den Plenarsitzungen ebenfalls. Unterbrechungen wurden im Erstellungsprozess diesen Kategorien zugeordnet, wenn sie zwar den Vermerk „Ruf“ oder „Zuruf“ sowie eine Partei enthielten, nicht jedoch den Inhalt dieses Rufes. Da das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit jedoch auf der sprachlichen Eigenart von Zwischenrufen und ihrer Veränderung im Zeitverlauf liegt, können diese Unterbrechungsarten für die Analyse nicht genutzt werden.

Die weiteren Interjektionsarten bewegen sich (mit Ausnahme von „Zustimmung“ in NRW) im Bereich von weniger als 3% aller Unterbrechungen und erscheinen für eine ausführliche Untersuchungen daher nicht lohnend. Die als „Zustimmung“ erkannten Zwischenrufe können aufgrund ihrer eindeutigen positiven und gerichteten Intention für die spätere Kategorisierung von Zwischenrufen genutzt werden und fließen in die Analyse dieser Arbeit ein

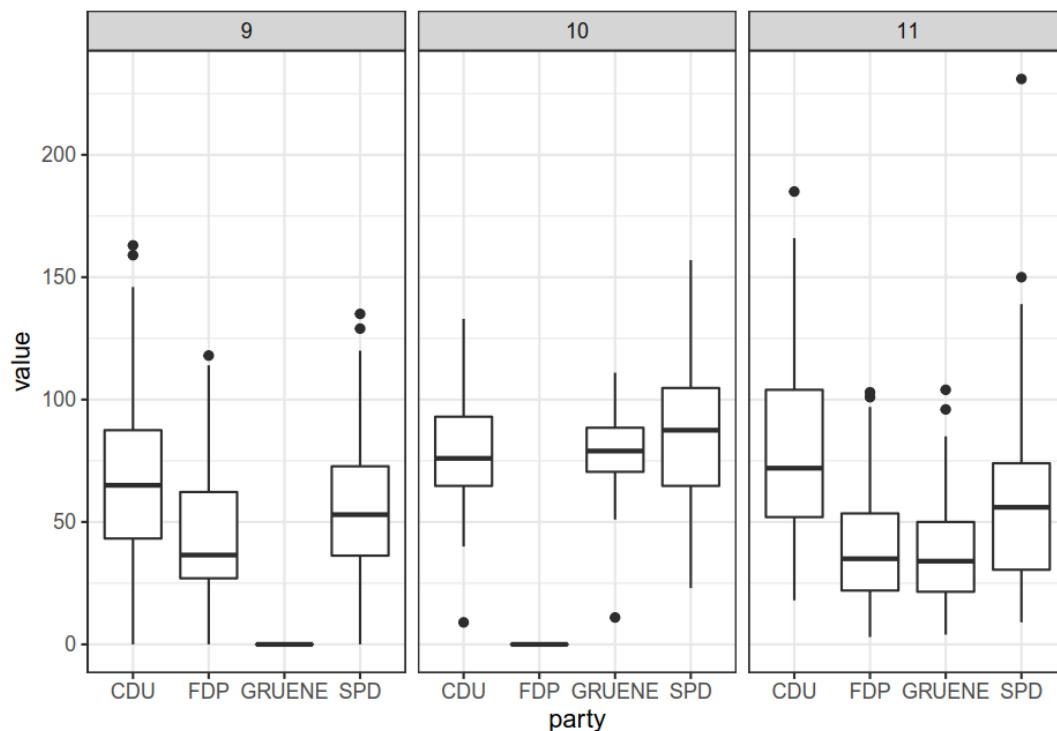
Analyse des Beifall-Verhaltens

Die Protokollvermerke über Beifall stellen in beiden Korpora den Großteil der erkannten Interjektionen dar, die Analyse von Beifallsbekundungen und ihre Veränderung im Zeitverlauf der verschiedenen Legislaturperioden ermöglicht einen tiefergreifenderes Verständnis der Veränderungen parlamentarischer Interaktionsmuster.

Um eine Vergleichbarkeit der Beifallsdaten beider Landtagskorpora zu ermöglichen, werden dabei Daten über das durchschnittliche und relative Beifallverhalten von Abgeordneten auf der Fraktionsebene erhoben, wobei das Aussenden und „Abgeben“ von Beifall einer Partei im Fokus steht.⁸³

In der folgenden Abbildung sind die arithmetischen Mittelwerte zur Anzahl der Protokollvermerke in Kategorie „Beifall“ pro Legislaturperiode in Hessen als Boxplots aufgeschlüsselt:

⁸³ Wenngleich der Vergleich von Aufsummierungen absoluter Beifallshäufigkeiten aus komparativer Perspektive wenig sinnvoll erscheint, können Statistiken über die absolute Häufigkeit von Beifall in beiden Korpora ein besseres Gespür für die ablaufenden Interaktionsmuster fördern. Eine Verteilung der absoluten Beifallszählungen beider Korpora befindet sich daher im Anhang dieser Arbeit.



Legislaturperiode	CDU	SPD	FDP	Grüne
9	67.24	56.55	44.41	0.00
10	76.61	86.72	0.00	77.94
11	77.16	57.41	39.26	37.00

Abbildung 7: Durchschnittliche Beifalls-Vermerke (Hessen) (eigene Darstellung)⁸⁴

In der neunten Legislaturperiode, die als Referenzkategorie noch ohne die Partei der Grünen genutzt wird, zeigt sich ein differenziertes Beifallverhalten aller drei Landtagsparteien anhand einer Regierungs- und Oppositionslinie. Für die (einzige) Oppositionspartei der CDU können pro Sitzung im Durchschnitt zehn zusätzliche Beifallsvermerke im Vergleich zur SPD beobachtet werden; die FDP als kleiner Koalitionspartner weist im Mittelwertvergleich mehr als zwanzig Beifallsvermerke weniger auf. Bezieht man diese Werte auf die zuvor ermittelte Tabelle der Top-Redner*Innen pro LP fällt auf, dass die CDU nur mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Gottfried Milde in den Top-5 vertreten ist. Die Beifalls-Anzahl CDU scheint demnach nicht stark durch eine hohe Anzahl von Reden der CDU-Abgeordneten beeinflusst zu sein.

Die zehnte Legislaturperiode verdeutlicht trotz ihrer Kürze den starken Einfluss der neuen Oppositionspartei der Grünen: Ihre durchschnittliche Beifallsanzahl liegt im Durchschnitt um zehn Zählungen höher als der Wert der CDU in der vorherigen LP. Zudem sind sich in dieser LP die Werte beider Oppositionsparteien sehr nah, die Grünen konnten demnach

⁸⁴ Alle nachfolgenden Grafiken wurden mithilfe der R-Grafikbibliothek *ggplot2* (Wickham 2016) erstellt.

„aus dem Stand“ das Beifallsverhalten der bereits seit langen etablierten Oppositionspartei der CDU übernehmen. Ein Einflussfaktor könnte hier das Vorhandensein von drei Grünen-Abgeordneten in der Liste der Top-Redner*Innen sein. Auffällig ist zudem, dass, entgegen der Daten der vorgegangenen Wahlperiode, die (geschäftsführende) Partei der SPD im Durchschnitt etwa zehn Beifallsvermerke mehr aufweisen kann als beide Oppositionsparteien.

Die Daten der zehnten Legislaturperiode gleichen hingegen wieder eher dem Muster der neunten LP: Die stärkste Oppositionspartei der CDU führt die Liste der durchschnittlichen Beifallsvermerke an, wenngleich die Beobachtungen eine weitaus größere Streuung der Daten offenbaren (IQR: 50 Beifallsvermerke). Zweitstärkste Partei ist die SPD, die einen ebenfalls hohen Interquartilsabstand von 48 und einige starke Ausreißer in der Verteilung oberhalb von 225 Beifallsvermerken aufweist. FDP und Grüne finden sich als kleine Landtagsfraktionen hier auf einem ähnlichen Niveau von etwa 38 Beifallsvermerken pro Sitzung – die Trennlinie zwischen Regierung- und Opposition ist in der elften LP nur anhand der größten Fraktionen der jeweiligen Gruppen erkennbar.

Aufgrund der ersten Regierungsbeteiligung der Grünen ab etwa dem zweiten Drittel der elften Wahlperiode erscheint ein Blick in die absoluten Beifallszahlen im Zeitverlauf lohnenswert, um möglichen Veränderungen des Beifallsverhaltens durch die Beteiligten Parteien aufzudecken. Abbildung 11 zeigt die absolute Anzahl von Beifallsvermerken auf der y-Achse und die Nummer der jeweiligen Landtagssitzung auf der x-Achse. Die gezeichneten Linien wurden dabei mit Hilfe von *ggplot2* (Wickham 2016) und einer lokalen Polynomregression errechnet, wobei der graue Bereich im Umfeld der jeweiligen Linie das 95%-Konfidenzintervall der errechneten Regressionskurve darstellt.

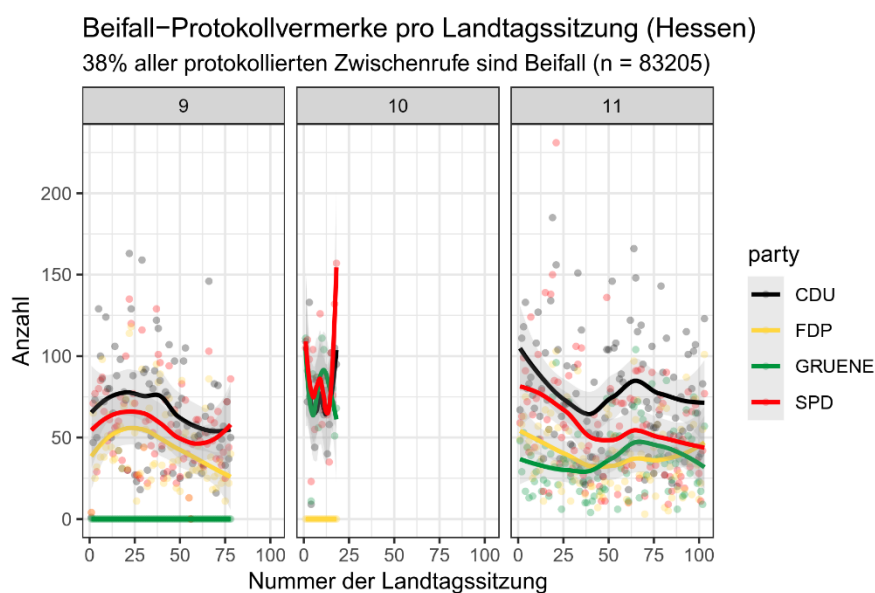


Abbildung 8: Absolut Beifallszahlen im Zeitverlauf für Hessen (eigene Darstellung)

Bei der Betrachtung der Ergebnisse sind deutliche Veränderungsmuster im Zeitverlauf der elften Legislaturperiode zu erkennen: Nach einem Start mit vielen Beifallsbekundungen bei allen Parteien und trotz einigen sehr starken absoluten Datenpunkten von CDU und SPD fallen die durchschnittlichen Beifallsbekundungen aller Parteien bis zu etwa dreiunddreißigsten Sitzung ab. Im historischen Kontext fiel in diesen Zeitraum die Diskussion über die unklaren Koalitionsoptionen im Landtag, die SPD führte die Parlamentsgeschäfte in der Rolle einer Minderheitsregierung weiter (vgl. Kleinert 2008).

Kurz nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 11. Mai 1985 unterbreitete der SPD-Ministerpräsident Börner den Grünen ein Koalitionsangebot (vgl. Johnsen 1988: 88). Dies entspricht dem Zeitpunkt von einem einen Tag nach der 47. Sitzung des hessischen Landtages am 10. Mai 1985. Ab diesem Zeitpunkt ist ein starker durchschnittlicher Anstieg der Beifallszahlen für die Grünen erkennbar. Die Regressionskurve der Grünen nähert sich dabei stetig dem Beifallsverhalten des potenziellen Koalitionspartners der SPD an, bis es schließlich am 22. Oktober zur Koalitionsvereinbarung (58. Landtagssitzung) sowie, zwei Monate später, zur viel beachteten und zitierten Vereidigung des ersten Grünen Ministers Joschka Fischer in der 66. Landtagssitzung am 12. Dezember 1985 kam (vgl. ebd. 1988: 92).

Etwa ab diesem Zeitpunkt weisen die Verlaufskurven von SPD und Grünen große Ähnlichkeiten in ihrem weiteren Verlauf bis zum Ende der Legislaturperiode auf, zu welchem die Regierungskoalition aufgrund des Streits um das Genehmigungsverfahren für das Hanauer Nuklearunternehmen ALKEM zerbrach (vgl. Kleinert 2008: 163).

Im Vergleich der allgemeinen Verlaufskurven weisen die Verteilungen der neunten und elften LP klare Unterschiede auf.⁸⁵ Während in der neunten LP ein langsamer Anstieg des Beifalls bis zur ersten Hälfte, gefolgt von einer Abnahme der Beifallszahlen zu beobachten ist, zeigt sich in der elften LP die starke Abnahme von Beifall im ersten Drittel, gefolgt durch einen schrittweisen Anstieg des Beifalls bis zur Vereidigung Joschka Fischers.

Auffällig ist in der elften LP zudem das Beifallverhalten der FDP: Nachdem die Partei im vorherigen Landtag nicht vertreten war, startete sie mit einem stärkeren Beifallsverhalten als die Grünen in die neue Wahlperiode. Dieser Trend nahm jedoch stetig ab und wurde, entgegen den Werten der anderen Parteien, auch nicht durch die Geschehnisse um die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Grünen beeinflusst. Eine mögliche Interpretation für dieses gleichbleibende Verhalten sind die Ereignisse auf der

⁸⁵ Aufgrund der geringen Sitzungsanzahl wird die zehnte Wahlperiode hier nicht als Vergleichskategorie herangezogen.

Bundesebene im selben Zeitraum sowie fehlende Koalitionsoptionen der FDP in der 11. LP (vgl. Schiller 2008).

Als weiterer Beleg dieser Interpretationen kann ein Blick in die Aufschlüsselung der Beifallsmuster von Beifall spendendem zu Beifall empfangendem Akteur dienen. Abbildung 14 gibt den prozentualen Anteil des auf die im Landtag vertretenen Fraktionen gerichteten Beifalls pro Sitzung an. Als zusätzliche Gruppe wurde hier das Präsidium, das die Landtagssitzungen organisatorisch leitet und oft „Höflichkeitsapplaus“ erhält, mit aufgenommen. Die addierten Werte jeder Statusgruppe pro Sitzung ergeben hierbei 100%.

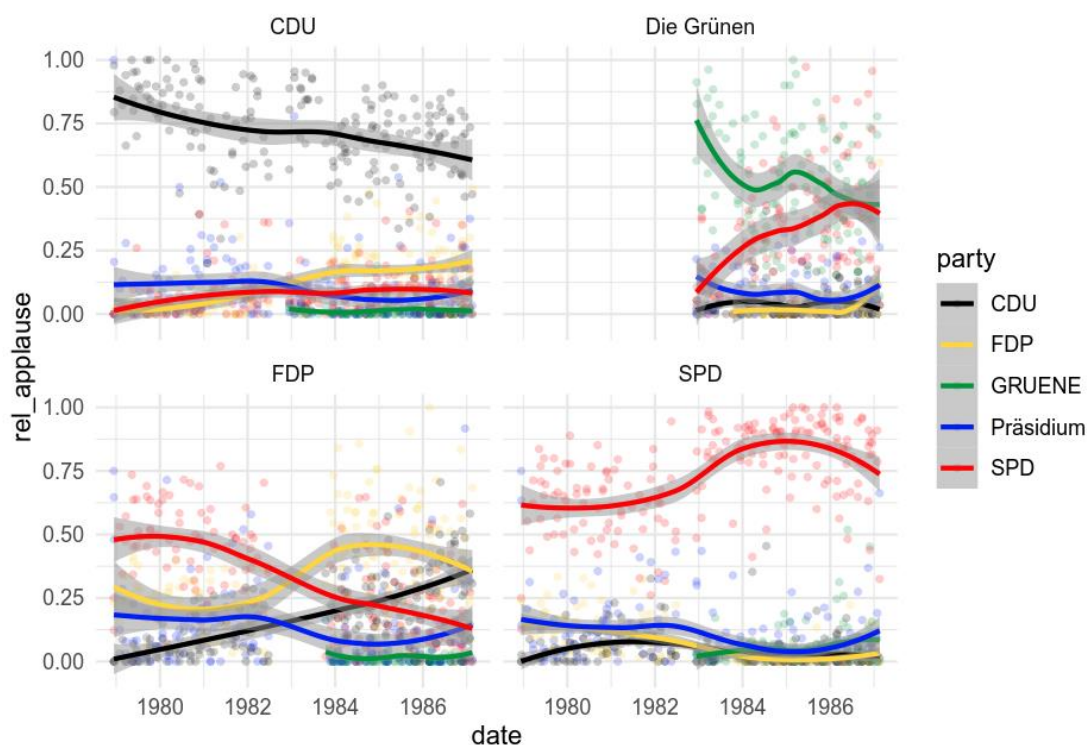


Abbildung 9: Durchschnittlicher Beifall im Zeitverlauf nach Adressat in Hessen (eigene Darstellung)⁸⁶

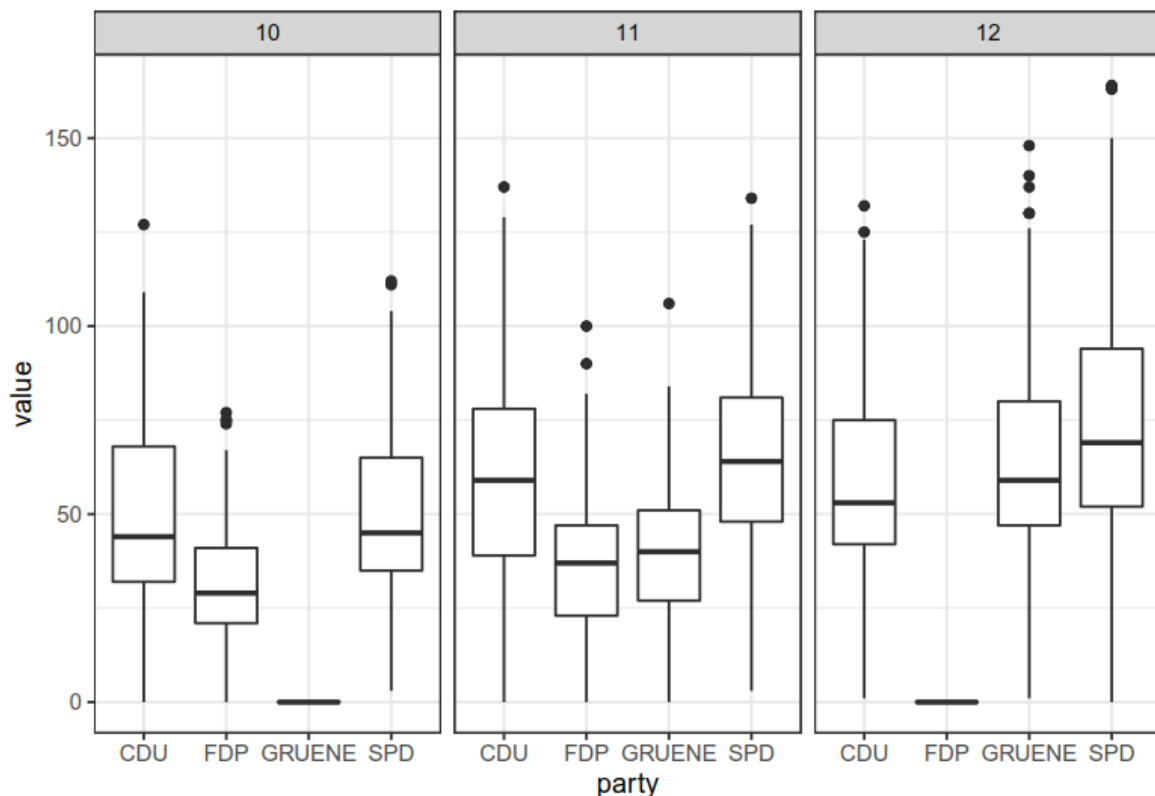
Für alle Parteien, außer der FDP in der neunten Wahlperiode, kann in der Abbildung als prozentual stärkster Empfänger von Beifall die eigene Fraktion identifiziert werden. Abgeordnete des Landtages Hessen klatschen demzufolge proportional am häufigsten für ihre Fraktionskolleg*Innen. Der Applauswert schwankt dabei je nach Partei um bis zu 25% Prozentpunkte - mit Ausnahme der Grünen.

Klatschen die Grünen zu Beginn ihrer Parlamentskarriere noch am häufigsten für die eigene Fraktion, so verlaufen die Prozentkurven von Applaus für SPD und Grüne entgegengesetzt zueinander, bis sie schließlich im letzten Drittel der 11. Wahlperiode die gleichen Anteile

⁸⁶ Die Regressionsgerade für die Beifallsaufschlüsselung der FDP bietet hier nur sehr geringe Aussagekraft, da für den mittleren Untersuchungszeitraum Datenpunkte für Plenarsitzungen geschätzt wurden, in denen die FDP nicht im Parlament vertreten war.

aufweisen. Im selben Zeitraum nahm der prozentuale Anteil des Applauses der SPD für die eigene Fraktion stark zu. Diese Verhaltensmuster bestärken die These einer Annäherung des Interaktionsverhaltens von SPD und Grünen im Lichte der Koalitionsverhandlungen weiter.

Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich beim Blick auf die Beifallszahlen und Entwicklungen des nordrhein-westfälischen Landtages:



Legislaturperiode	CDU	SPD	FDP	Grüne
10	48.58	50.44	31.59	0.00
11	61.23	66.14	37.12	39.44
12	58.29	72.08	0.00	63.41

Abbildung 10: Durchschnittliche Beifalls-Vermerke (NRW) (eigene Darstellung)

In der zehnten Referenz-Wahlperiode zeichnen sich nur geringe Unterschiede beim Vergleich von Regierungspartei (SPD) und größter Oppositionspartei (CDU) ab, eine klare Trennlinie zwischen Opposition und Regierung ist nicht erkennbar. Die Partei der FDP weist, ähnlich ihrem Verhalten im nordrhein-westfälischen Landtag, ein deutlich geringeres durchschnittliches Beifallverhalten und eine geringere Streuung auf (IQR: 21).

In der elften Legislaturperiode liegt das durchschnittliche Beifallverhalten der neu eingezogenen Grünen leicht über dem Niveau der FDP. Die Beifallszahlen der Regierungsfraktion der SPD und der CDU weisen eine große Übereinstimmung auf, der

Interquartilsabstand der SPD ist dabei allerdings etwas geringer. Allgemein kann in dieser LP von einer stabilen und ausgeglichenen Beifallskonstellation gesprochen werden, in der sich Unterschiede nicht an der Regierungs- und Oppositionsline, sondern an der der Linie zwischen großen und kleinen Parteien manifestieren.

Die zwölfte Legislaturperiode läutet weitreichende Veränderungen des lange von der SPD im absoluten Mehrheit regierten Landesparlaments ein (vgl. Hoffmann 2006: 81-85). Vermutlich bedingt durch die Koalition mit den Grünen drei Monate nach der Konsolidierung des Landtages nähern sich die mittleren Beifallswerte der beiden Regierungsparteien im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode deutlich an. Im Unterschied zu Hessen entfallen die größten durchschnittlichen Beifallswerte jedoch nicht auf die größte Oppositionspartei der CDU, sondern auf die Regierungskoalition, wenngleich der Abstand zwischen beiden Lagern geringer ausfällt.

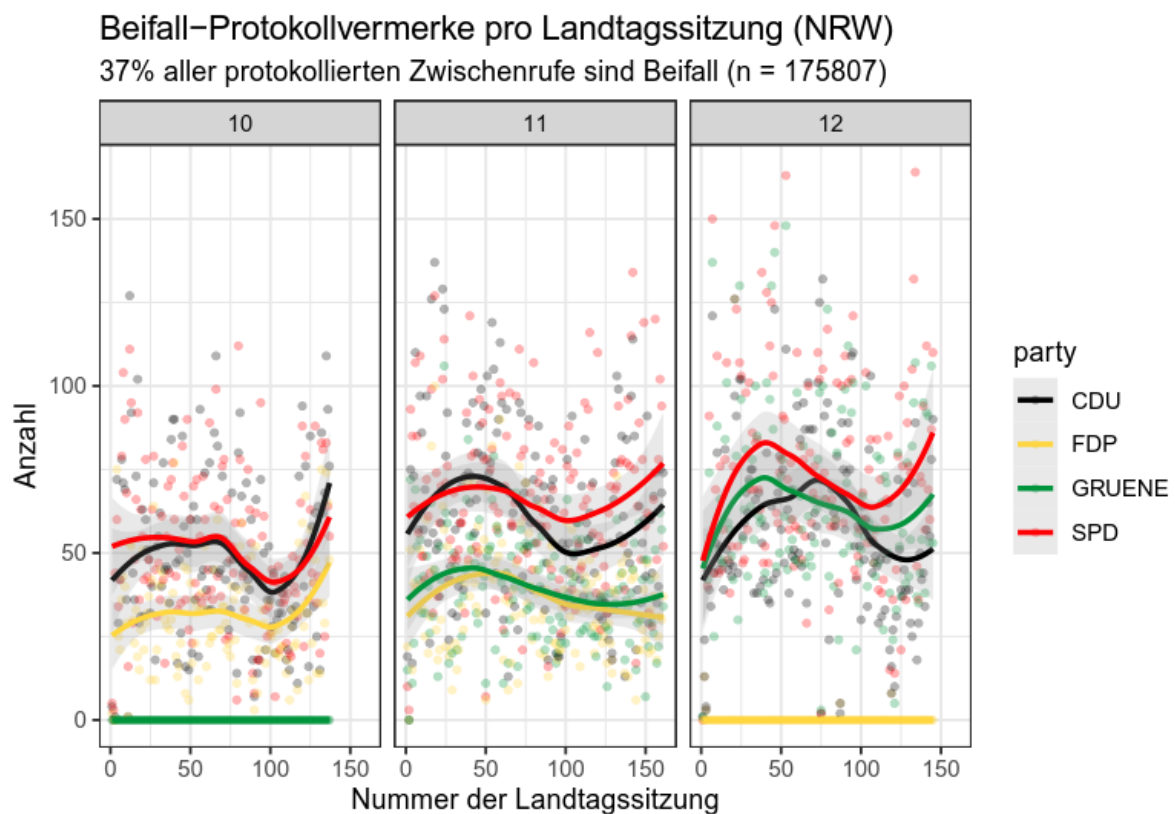


Abbildung 11: Absolut Beifallszahlen im Zeitverlauf für Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)

Bei der Betrachtung der Beifallsentwicklung im Sitzungsverlauf fällt mit Bezug auf die Grünen die beinahe vollständige Übereinstimmung der durchschnittlichen Beifallszahlen mit der Regressionsgeraden der FDP auf. Auch in Verlauf und Eigenart der Regressionsgerade aller Parteien bestehen in der zehnten und elften Wahlperiode große

Ähnlichkeiten, wenngleich die absoluten Beifallszahlen der Kleinparteien ein niedrigeres Niveau aufweisen.

In der zwölften Legislatur zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Die Beifallszahlen aller Parteien starten auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, steigen dann aber innerhalb der ersten 10 Landtagssitzungen in gleichem Maße stark an.⁸⁷ Dies kann durch die Koalitionsverhandlungen zwischen den Grünen und der SPD zur Anfangszeit der LP erklärt werden, die schließlich in der 4. Sitzung des Landtages am 07.07.1995 zur Bildung einer gemeinsamen Koalition führten (vgl. Hoffmann 2006: 85). Im weiteren Verlauf der Wahlperiode folgen die Beifallskurven der Regierungsparteien einem annähernd gleichen Muster auf unterschiedlichem absolutem Niveau, während zu dem Beifallverhalten der CDU keinerlei Zusammenhang besteht. Diese Unabhängigkeit des CDU-Beifallverhaltens kann als ein Indiz für die Existenz einer Trennlinie zwischen Regierung- und Opposition im Interaktionsverhalten interpretiert werden.

Blickt man im NW-Korpus auf die Aufschlüsselung des Beifalls nach Partei, so kann diese Interpretation einer gewissen Isoliertheit der CDU in der 12. Wahlperiode weiter bestärkt werden.

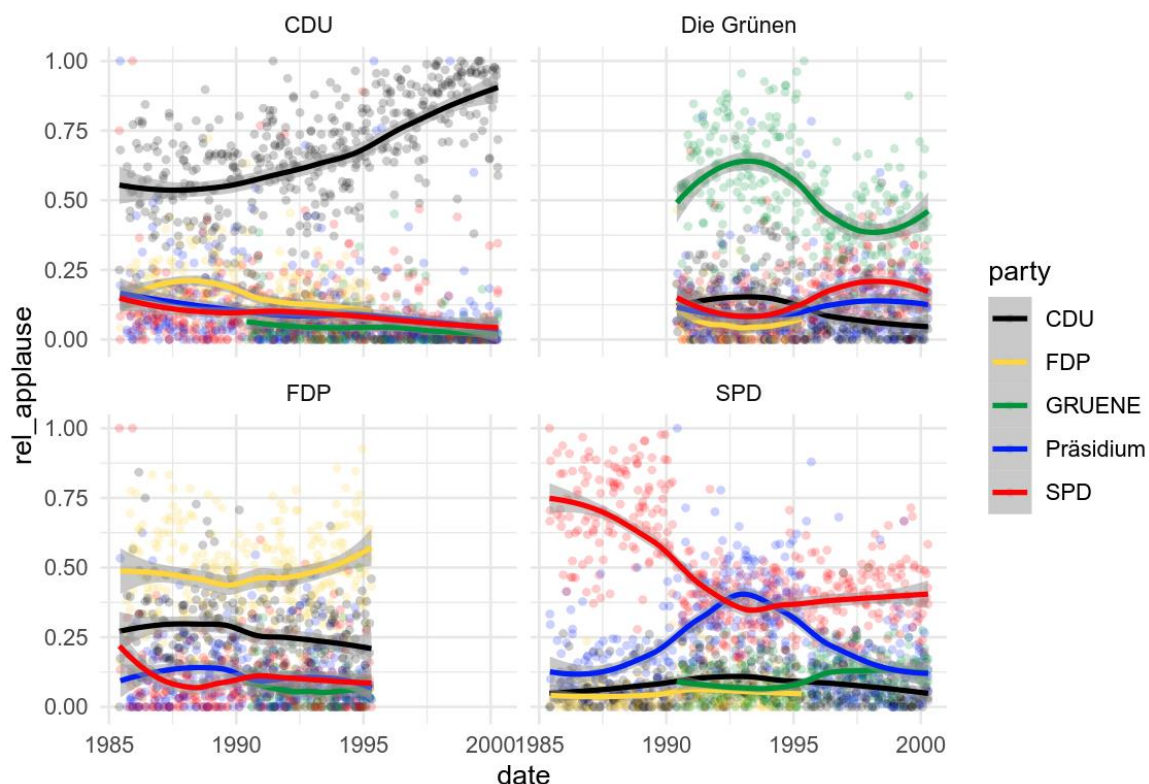


Abbildung 12: Durchschnittlicher Beifall im Zeitverlauf nach Adressat in Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)

⁸⁷ Zur besseren Betrachtung befindet sich ein Grafik des Vergleichs der ersten 10 Sitzungen jeder LP im Anhang dieser Arbeit.

Mit zunehmendem Zeitpunkt steigt der Anteil des Applauses der CDU-Abgeordneten für die eigene Fraktion kontinuierlich an, bis sie zum Ende der 12. LP durchschnittlich über 80% beträgt.

Im Vergleich zu den Beifallsverteilungen des hessischen Parlamentes steht hier für alle Parteien zu jedem Zeitpunkt die eigene Fraktion an erster Stelle. Eine Angleichung der Beifallsverteilungen der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen kann durch die Daten in NRW ebenfalls belegt werden. In beiden Korpora wird somit das Verhaltensmuster der Grünen als neue Partei durch die Aussicht und Realisierung einer ersten Regierungskoalition nachweisbar beeinflusst.

Analyse des Zwischenrufverhaltens

Nachdem auf der Beifallsebene ausschließlich Daten auf der Ebene der im Landtag vertretenen Fraktionen zur Analyse genutzt wurden, basieren die folgenden Analyseschritte auf den Individualdaten der Zwischenrufer*Innen und Redner*Innen beider Korpora. Hierbei wurden nur Zwischenrufe als Datenbasis genutzt, die eindeutig einem Abgeordneten zugewiesen werden können und eine sogenannte Unique-ID aufweisen.

Sentimentanalyse

Wie im Abschnitt zur automatisierten Klassifikation von Zwischenrufen erläutert, wurden mit Hilfe diktionsbasierter Methoden alle aus dem Korpus extrahierten Zwischenrufe soweit wie möglich individuellen Abgeordneten zugeordnet und mit einem *sentiment score* (vgl. Rauh 2018a) versehen. Nicht eindeutig zuordnbare Zwischenrufe sowie Zwischenrufe ohne Text werden für die weitere Analyse verworfen.

Insgesamt wurden für die 36.342 extrahierten Zwischenrufe des hessischen Landtagskorpus insgesamt 651 positive und 381 negative Polaritätsshifts durchgeführt, um die Aussagekraft der sentiment scores zu verbessern.⁸⁸ Zur Visualisierung der Veränderung von Zwischenrufstimmungen im Zeitverlauf wurde der summierte Wert aller sentiment scores der Zwischenrufe einer Partei in Bezug auf eine andere Partei pro Session ermittelt. Abbildung 16 zeigt die Veränderung dieser summierten Werte pro Sitzung für jede Partei im hessischen Landtagskorpus im Zeitverlauf:

⁸⁸ Eine Tabelle im Anhang dieser Arbeit bietet eine Übersicht über die Verteilungen der als positiv, negativ und neutral kategorisierten Zwischenrufe pro Partei im Zeitverlauf.

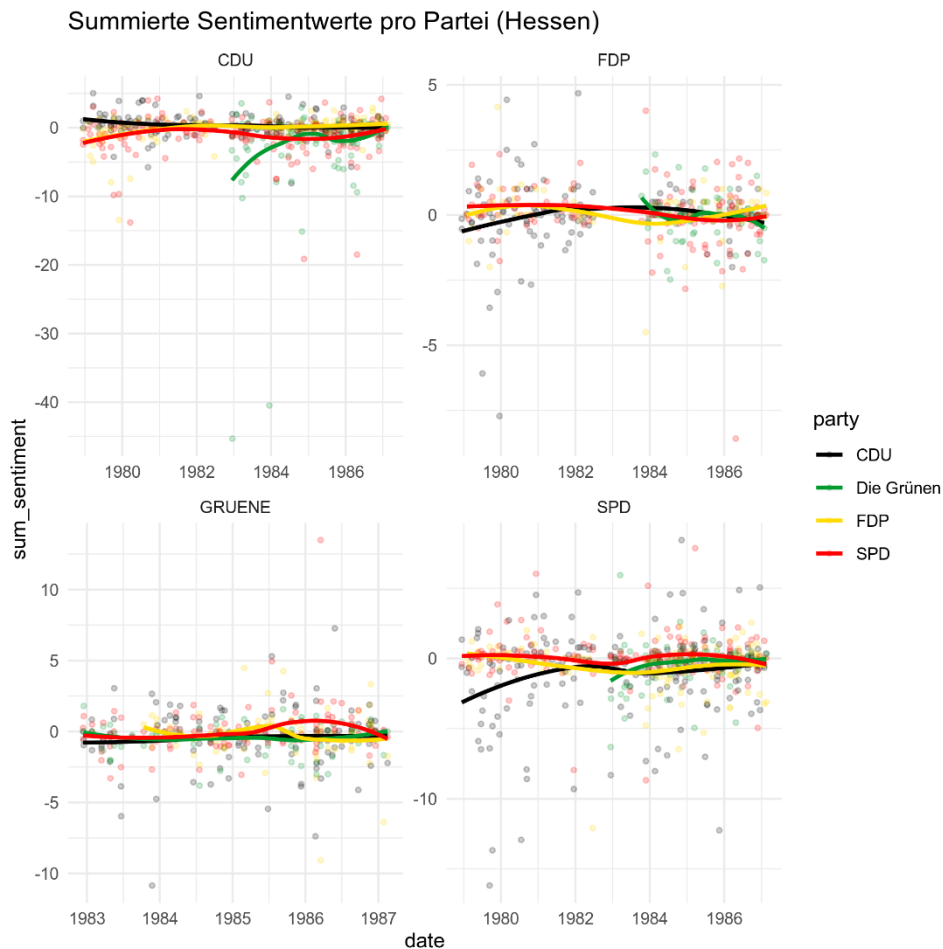


Abbildung 13: Summierte Sentimentwerte pro Partei in Hessen (eigene Darstellung)⁸⁹

Mit analytischem Fokus auf die Grünen gerichtet können anhand dieser Abbildung erste Tendenzen zur parlamentarischen Rezeption der Grünen durch die anderen Parteien im Plenum erkannt werden. So begegnet insbesondere die CDU den Grünen zu Beginn ihrer parlamentarischen Mitgliedschaft mit negativ konnotierten Zwischenrufen – einige extreme Ausreißer verzeichnen gar einen summierten Sentimentwert von unter -40. Dieser Wert passt sich im Verlauf des ersten Parlamentsjahres zwar nach und nach dem Wert anderer Empfängerparteien an, jedoch zeigt dieser Wert die anfängliche negative Rezeption der Grünen durch die CDU auf.

Eine mögliche Interpretation der Angleichung dieser summierten Sentimentwerte ist die Adaption parlamentarischer Praktiken durch die Grünen, die jenseits des Zwischenrufinhalts liegen. Dieser Prozess würde zugunsten des in der Theorie aufgezeigten Durchlaufens parlamentarischer Lebens- und Lernphasen neuer Parteien sprechen. So geschieht in einem etwa gleichlangen Zeitraum die Anpassung des

⁸⁹ Die Achsenbeschriftung der x-Achse entspricht in dieser Abbildung bewusst den tatsächlichen Mitgliedschaftszeiträumen der jeweiligen Partei im Parlament, um die oft nur geringen Schwankungen abbilden zu können.

Beifallverhalten der Grünen in Bezug auf die eigene Partei und den zukünftigen Koalitionspartner der SPD. Auch nimmt der summierte sentiment score der Grünen in Bezug auf die SPD in einem vergleichbaren Zeitraum zu.

Die summierten Sentimentwerte können jedoch lediglich erste Tendenzen offenlegen: Sie besitzen nur eine begrenzte Aussagekraft, da sie sehr anfällig für Ausreißer-Werte sind - wie ein Blick auf die ersten Datenpunkte der Grünen als Empfänger von Zwischenrufen der CDU belegen. Um einen belastbaren Nachweis des Einflusses des Zeitverlaufs auf die grundsätzliche Stimmung der Zwischenrufe wissenschaftlich zu belegen, wird mit Hilfe einer linearen Regression der Einfluss des Zeitpunktes (unabhängige Variable, metrisch, gleichmäßig ansteigend) auf den durchschnittlichen Sentimentwert von Zwischenrufen gemessen (abhängige Variable, metrisch zwischen -4 und 1, rechtssteile Verteilung), die eine Partei pro Sitzung abgibt.

Hierbei wird die zu jedem Zwischenruf vorhandene Datumsvariable zu einem gleichmäßig ansteigenden Gruppenindex transformiert (index) und fehlende Datenpunkte der Sentimentwerte vor Durchführung der Analyse gefiltert. Die Regressionsanalyse wird getrennt für die durchschnittlichen Sentimentwerte der jeweiligen Parteien auf Grundlage der Datenpunkte aller Legislaturperioden der Partei durchgeführt.

	(Intercept)	index	p_intercept	p_index
CDU	-0.0062310	-0.0000345	0.7851572	0.8582269
FDP	0.0808217	-0.0005469	0.0033366	0.0152912
GRUENE	-0.1053180	0.0005136	0.0666089	0.1979554
SPD	-0.0172547	-0.0000395	0.4761605	0.8444048

Tabelle 10: Regressionstabelle Sentimentwerte (Hessen)

Das Ergebnis der linearen Regression zeigt lediglich für die Partei der FDP einen sehr geringen signifikanten Einfluss des Zeitverlaufs, da die errechneten Effektwerte innerhalb des zuvor festgelegten Signifikanzniveau von $p < 0.05$ liegen. Innerhalb des Beobachtungszeitraums verändert sich der geschätzte durchschnittliche Sentimentwert der Zwischenrufe der FDP demnach mit jeder zusätzlichen Sitzung um -0.00054.

Für die Grünen herrscht entgegengesetzt ein leicht positiver Einfluss des Zeitpunktes auf den durchschnittlichen Sentimentwert des Zwischenrufes. Da der p-Wert der Regressionsanalyse jedoch knapp größer als das festgelegte Signifikanzniveau ist, muss in diesem Fall die zweite Hypothese, nach derer die Dauer der Mitgliedschaft einer neuen Partei ihren Sprachgebrauch in Zwischenrufen positiv beeinflusst, für den Fall Hessen abgelehnt werden.

Betrachten wir für den zweiten Fall die Sentimentwerte der extrahierten Zwischenrufe aus dem NW-Korpus: Insgesamt wurden für die 65.209 extrahierten Zwischenrufe des nordrhein-westfälischen Landtagskorpus insgesamt 965 positive und 416 negative Polaritätsshifts durchgeführt, um die Aussagekraft der sentiment scores zu verbessern.⁹⁰ Abbildung 17 zeigt die Veränderung der summierten Sentimentwerte im nordrhein-westfälischen Landtag:

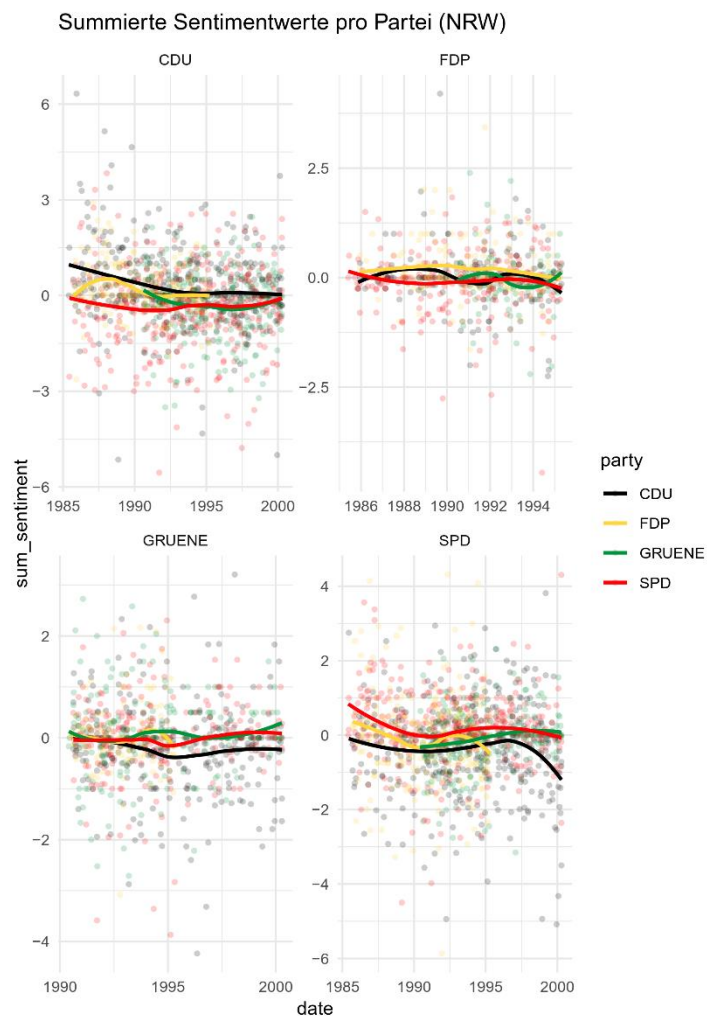


Abbildung 14: Summierte Sentimentwerte pro Partei in Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)⁹¹

Mit Blick auf die Grünen zeigt sich ein deutlich komplexeres Bild als bei der Betrachtung des hessischen Landtages: Der Fraktion der Grünen wird ab dem Einzug in die parlamentarische Arena von Seiten der beiden großen Parteien mit Negativität in den Zwischenrufen begegnet. Hierbei können entgegengesetzte Tendenzen beim Verhalten der

⁹⁰ Auch für diesen Fall findet sich eine Tabelle zur Aufschlüsselung der Sentimentkategorien pro Partei im Anhang.

⁹¹ Die Achsenbeschriftung der x-Achse entsprechen in dieser Abbildung ebenfalls den tatsächlichen Mitgliedschaftszeiträumen der jeweiligen Partei.

SPD und der CDU beobachtet werden: Während sich die summierten durchschnittlichen Sentimentwerte bis zum Beginn der rot-grünen Koalition von Seiten der SPD kontinuierlich verbessern und etwa ab dem Eintritt in die Koalition auf einem neutralen Niveau rangieren, verschlechtern sich die durchschnittlichen Zwischenrufsentimente der CDU zunehmend und gleichen sich der Polarität der Zwischenrufe von CDU gegen SPD-Redner*Innen an.

Aus der Sendenden-Perspektive wandelt sich das Zwischenrufverhalten der Grünen ebenfalls: Während sich die auf die SPD gerichteten Zwischenrufe lange Zeit auf einem ausgeglichenen Niveau bewegen, kann etwa ab dem Zeitpunkt des Beginns der 12. Wahlperiode ein leichter Einbruch ins Negative beobachtet werden. Dieser ist jedoch nur von kurzer temporärer Dauer und verbessert sich im Laufe der Legislaturperiode kontinuierlich, bis er ab der Mitte des Jahres 1996 auf einem gleichbleibend positiven Niveau verbleibt. Auch diese Beobachtung stützt die These einer positiven Beeinflussung von Zwischenruf- wie Beifallverhalten der Grünen durch den Eintritt in eine erste Regierungskoalition mit der SPD.

Um auch für diesen Fall belastbare Metriken zu produzieren, wird eine gleich geartete lineare Regressionsanalyse wie zuvor für den Fall Hessen durchgeführt. Hierbei wird ebenfalls der Einfluss des Zeitpunktes (unabhängige Variable, Gruppenindex, metrisch, gleichmäßig ansteigend) auf den durchschnittlichen Sentimentwert von Zwischenrufen gemessen (abhängige Variable, metrisch zwischen -2.5 und 1, rechtssteile Verteilung), die eine Partei pro Sitzung abgibt.

	(Intercept)	index	p_intercept	p_index
CDU	0.0687637	-0.0002552	0.0000001	0.0000003
FDP	0.0497376	-0.0002237	0.0079740	0.0257860
GRUENE	-0.0493531	0.0001728	0.0364842	0.0418176
SPD	0.0018247	0.0000036	0.8853224	0.9436324

Tabelle 11: Regressionstabelle Sentimentwerte (NRW)

Im Gegensatz zum Fall Hessen zeigt das Ergebnis der linearen Regression einen signifikanten Einfluss des Zeitverlaufs auf den durchschnittlichen Sentimentwert von Zwischenrufen für alle Parteien außer der SPD. Innerhalb des Beobachtungszeitraums verändert sich der für die CDU geschätzte durchschnittliche Sentimentwert der Zwischenrufe mit jeder zusätzlichen Sitzung um -0.00025. Ein ähnlich geringer negativer Einfluss von -0.00022 wurde für die FDP geschätzt. Einen sehr geringen, signifikant positiven Einfluss hat hingegen die unabhängige Zeitindex-Variable auf das Zwischenrufverhalten der Grünen: Für jede zusätzliche Sitzung, in der die Grünen Teil des Parlaments sind, verbessert sich der durchschnittliche geschätzte Sentimentwert um 0.00017. Wenngleich dieser Effekt gering ausfällt, ist der auf Grundlage der

Sentimentsummenwerte interpretierte Trend zu einem positiveren Sprachgebrauch der Grünen in ihren Zwischenrufen statistisch evident. Im Fall Nordrhein-Westfalen kann die Nullhypothese, dass die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft einer neuen Partei ihren Sprachgebrauch weder positiv noch negativ beeinflusst, somit abgelehnt werden.

Ergebnisse der regelbasierten Annotation von Zwischenrufen

Die in Abschnitt 5 beschriebenen Sprachmuster zur regelgeleiteten automatischen Klassifikation von Zwischenrufen wurden erfolgreich auf die Plenarkorpora beider Parlamente angewendet.

Für den hessischen Landtagskorpus konnten insgesamt 2789 Zwischenrufe einer der fünf durch Regeln abgedeckten Sprechhandlungstypologien nach Burkhardt (2004) zugeordnet werden.

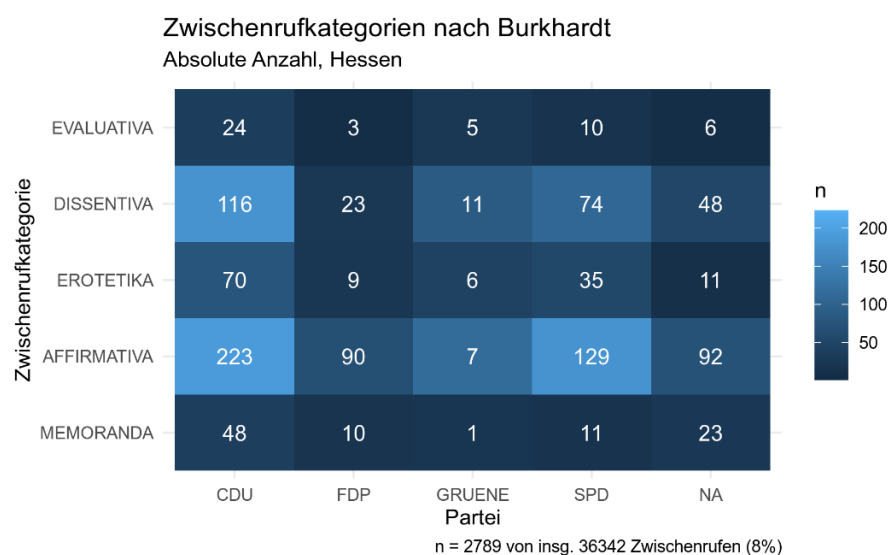


Abbildung 15: Automatische Zwischenrufkategorisierung Hessen (eigene Darstellung)

Dies entspricht 8% der insgesamt erfassten Zwischenrufe im hessischen Landtagskorpus. Auf eine Filterung nach eindeutiger Zuordbarkeit zu einem oder einer individuellen Abgeordneten wurde zu Gunsten einer möglichst großen Datenbasis verzichtet.

Bei der Verteilung fällt vor allem die hohe Repräsentation der CDU in den meisten Kategorien auf: Mit 223 als AFFIRMATIVA sowie 116 als DISSENTIVA annotierten Zwischenrufen benutzt diese mehrheitlich Zwischenrufe mit klar unterstützendem, oder kritisierendem Charakter. Auch EVALUATIVA, die eine sehr starke negative Äußerung repräsentieren sind verhältnismäßig oft für die CDU erkannt worden. In Bezug auf die Repräsentation anderer Parteien in den automatisiert annotierten Zwischenrufen fällt auf, dass die kleineren Mitgliedsparteien der FDP und der Grünen in allen Kategorien nur sehr geringe Trefferquoten aufweisen. Hier bedarf es einer weiteren Analyse der genauen

Sprachmuster von Zwischenrufen kleiner Parteien auf eventuell spezifische Besonderheiten, die durch das erarbeitete Regelset nicht abgedeckt werden.

Für den Nordrhein-Westfälischen Korpus konnten insgesamt 4552 Zwischenrufe anotiert werden, welche 7% der insgesamt erfassten Zwischenrufe im Korpus ausmachen. Der prozentuale Anteil ist hier mit der Trefferquote des hessischen Korpus vergleichbar.

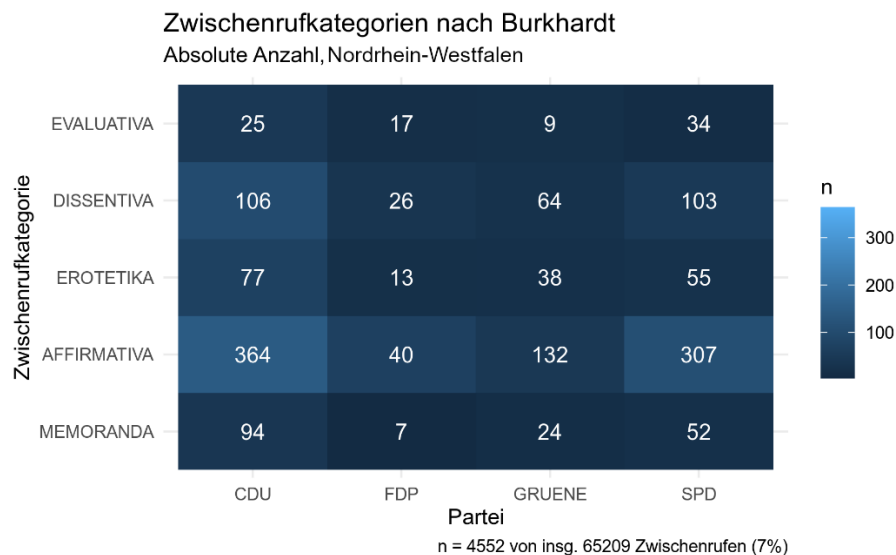


Abbildung 16: Automatische Zwischenrufkategorisierung Nordrhein-Westfalen (eigene Darstellung)

Auch hier stellt die Kategorie der AFFIRMATIVA die größte der erkannten Kategorien über alle Parteien hinweg dar. Auch die Kategorie der Dissentiva ist vergleichsweise oft vertreten. Die CDU weist auch im NW-Korpus die größte Trefferquote, dicht gefolgt von der SPD auf. Die Zwischenrufe der Grünen weisen hier jedoch eine deutlich höhere relative Trefferanzahl als im hessischen Korpus auf was ein Indiz dafür darstellen könnte, dass der Sprachgebrauch in den Zwischenrufen der nordrhein-westfälischen Grünen eher dem postulierten Regelset entspricht.

Im Allgemeinen entsprechen die Beobachtungen der Verteilungen von Zwischenrufen auf die verschiedenen Kategorien nicht den Beobachtungen, die Burkhardt (2004) bei der Anwendung seines eigenen Frameworks auf die „Nachrüstungsdebatte“ im deutschen Bundestag machte (vgl. ebd. 2004: 397-404): Die mit Abstand häufigste beobachtete Kategorie stellten in dieser Studie MEMORANDA (772 Zwischenrufe), gefolgt von AFFIRMATIVA (252), EVALUATIVA (197), DISSENTIVA (165) und DIREKTIVA (159) dar. Die geringe Zahl der MEMORANDA in beiden Datensätzen stellt hierbei den deutlichsten Unterschied dar und kann auf das in der Praxis nur sehr schwer operationalisierbare und in maschinelle Regeln überführbare Konzept der MEMORANDA zurückgeführt werden, dass viele latente Bedingungen enthält, die durch textstatistische Methoden nicht auf Anhieb erfasst werden können.

Trotz der vergleichsweise geringen prozentualen Anteile der automatisiert kategorisierten Zwischenrufe an der allgemeinen Beobachtungszahl der Zwischenrufe von 8 % im hessischen und 7% im nordrhein-westfälischen Korpus, kann das als Versuch angelegte Vorhaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen dieser Arbeit als erfolgreich bewertet werden. Das Ziel der Regelaufstellung war mit einem hohen Qualitätsanspruch an die kategorisierten Zwischenrufe verbunden. Zu Sicherstellung einer möglichst hohen Treffgenauigkeit wurden neue Regeln zur Klassifikation nur sehr zurückhaltend eingeführt. Das Ergebnis der automatisierten Annotation kann in einem folgenden Arbeitsschritt somit als Grundlage für die weitere Evaluation und Verfeinerung beispielsweise eines maschinellen Lernalgorithmus dienen.

Weitaus zuverlässiger konnten die durchschnittlichen Längen der Zwischenrufe durch Burkhardts Konzept der syntaktischen Typologie ermittelt werden.

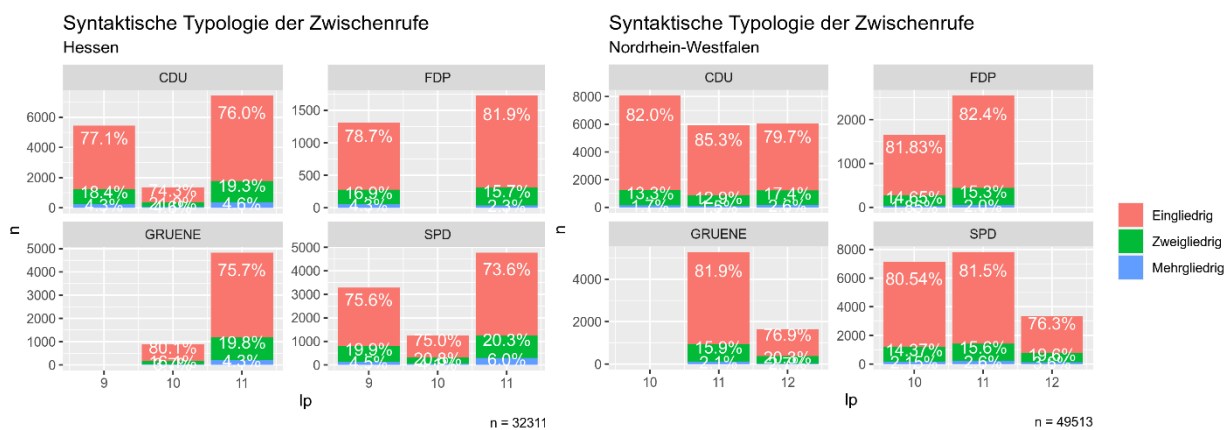


Abbildung 17: Vergleich der ermittelten Zwischenruflängen (eigene Darstellung)

Für alle Fraktionen in beiden Korpora sind die prozentual meisten Zwischenrufe eingliedrig aufgebaut. Die Verteilung zwischen den verschiedenen Typologien variiert dabei über die Legislaturperioden hinweg für alle Parteien leicht. Diese Variation übersteigt aber zu keinem Zeitpunkt mehr als fünf Prozent der Verteilungen. Die seltenste Form der Zwischenrufe stellt darüber hinaus in jeder beobachteten Hinsicht die Form der mehrgliedrigen Zwischenrufe dar. Diese Beobachtung deckt sich mit der These Burkhardts, dass eingliedrige Formen die häufigsten Arten von Zwischenrufen darstellen und mehrgliedrige Formen nur sehr selten auftreten, da aufgrund der Eigenschaften und des institutionell verhinderten Rollenwechsels kurze Zwischenrufe eine höhere Chance haben von allen Anwesenden gehört zu werden (vgl. Burkhardt 2004: 226).

Interpretation und zusammenfassender Vergleich

Zusammengefasst weisen die Ergebnisse und vorangegangenen Interpretationen der beiden Fälle auf eine Veränderung des parlamentarischen Verhaltens der Grünen bedingt durch das Zwischenruf- und Beifallsverhalten hin, und belegen damit das Modell der *party lifespan* nach Pedersen (1982). Einzelne Veränderungen im Zwischenruf- und Applausverhalten können mit großer Wahrscheinlichkeit ausführlich erläuterten historischen Ereignissen, wie der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zugeordnet werden. Wenngleich zwischen beiden untersuchten Fällen zeitlich vergleichbare Abläufe in Hinblick auf die Dauer der jeweiligen *party lifespan*-Phasen existieren, sind die jeweiligen Veränderungen des Zwischenrufverhaltens mittels der untersuchten Einflussvariablen jedoch nicht eindeutig zu erklären.

Für den untersuchten Zeitraum im nordrhein-westfälischen Parlament konnte festgestellt werden, dass der Einzug der Grünen in das Parlament das Verhältnis der Abgeordneten mit den meisten Redebeiträgen stark beeinflusste. Herrschte zuvor noch ein vergleichsweise ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Redner*Innen von Regierungs- und Oppositionsparteien, so veränderte sich das Verhältnis im Parlament mit grüner Fraktion deutlich zu Gunsten der Grünen und kehrte erst in der darauffolgenden Legislaturperiode auf ein durchschnittliches Niveau zurück.

Auch bei der Beifallsverteilung, die im untersuchten Zeitraum im NRW-Parlament mit 48% die größte Gruppe der Unterbrechungen darstellt, konnten einige wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. Verhielt sich das Beifallverhalten der Grünen in den ersten beiden untersuchten Legislaturperioden im Zeitverlauf noch unauffällig im Vergleich zu den anderen Fraktionen, so näherten sich die mittleren Beifallswerte der beiden Regierungsfractionen der Grünen und der SPD in der letzten Legislaturperiode deutlich an. Eine mögliche Erklärung für diese Annäherung liefert der etwa zum Zeitpunkt der vierten Landtagssitzung dieser Periode mit Erfolg gekrönte Abschluss von Koalitionsverhandlungen zwischen beiden Parteien.

In Bezug auf das Zwischenrufverhalten der Grünen in NRW konnten deutliche Veränderungen nachgewiesen werden. Die an grüne Abgeordnete gerichteten Zwischenrufe sind zu Beginn ihrer parlamentarischen Präsenz von Seiten der beiden größten Parteien sehr negativ, verändern sich aber im Zeitverlauf aus Sicht der SPD zum positiven und pendeln sich auf einem ausgeglichenen Niveau ein. Seitens der CDU verschlechtern sich die Sentimentwerte der geäußerten Zwischenrufe zunehmend und gleichen zum Ende des Untersuchungszeitraumes den Polaritätswerten der Zwischenrufe gegen SPD-Abgeordnete. Das Zwischenrufverhalten der Grünen verändert sich ebenfalls am stärksten zu Gunsten des späteren Koalitionspartners der SPD. Diese positive

Veränderung des Sprachgebrauchs in Bezug auf eine Partei wirkt sich auch insofern auf das allgemeine Zwischenrufverhalten der Grünen in NRW aus, als das ein schwacher statistisch signifikanter Einfluss der zunehmenden Zeit der Grünen im Parlament auf die Polarität des Sprachgebrauchs in Zwischenrufen nachgewiesen werden konnte. Für den Fall Nordrhein-Westfalen kann somit die Nullhypothese, dass die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft einer neuen Partei ihren Sprachgebrauch weder positiv noch negativ beeinflusst in Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand abgelehnt werden.

Im Fall des Einzugs der Grünen in das hessische Parlament zeigt sich ebenfalls eine starke Veränderung der Top-Redner*Innen im Parlament. In der Einzugsperiode sind die Grünen auf der Liste der häufigsten Redner*Innen ähnlich wie in Hessen stark vertreten, wobei in der darauffolgenden Legislaturperiode die wiedereingezogene Oppositionspartei der FDP die Liste anführt.

In Bezug auf Beifallsbekundungen, die im Untersuchungszeitraum 40% aller Unterbrechungen im hessischen Landtag ausmachen, zeigt sich auch in diesem Fall eine starke Beeinflussung durch den Einzug der Grünen. In ihrer Einzugsperiode erreichten sie durchschnittlich eine ähnliche hohe Beifallszahl pro Sitzung, wie die seit langem etablierte Oppositionspartei der CDU.

Wie im NRW-Fall konnte in der ersten Legislaturperiode mit Regierungsbeteiligung der Grünen eine deutliche Veränderung des Beifallverhaltens festgestellt werden: Die Anzahl der von grünen Abgeordneten auf die SPD gerichteten Beifallsbekundungen wächst kontinuierlich an, bis sie ab dem Eintritt in eine gemeinsame Koalition der Beifallshäufigkeit für die Abgeordneten der eigenen Partei vollständig gleicht. Auch kann ein Einfluss von Koalitionsverhandlungen auf das Abgeordnetenverhalten im Plenum nachgewiesen werden, dass nicht nur die beiden Regierungsparteien, sondern in diesem Fall vermutlich auch das Beifallsverhalten der FDP beeinflusst hat.

Hinsichtlich der empfangenen und gesendeten Zwischenrufe konnten ebenfalls durch den Einzug der Grünen erwirkte Veränderungen erfasst werden, wenngleich diese schwacher und, in Hinblick auf die Variable der Mitgliedschaftsdauer im Parlament, nicht statistisch signifikant ausfallen. Die aufgestellte Nullhypothese, nach welcher die Dauer der Parlamentsmitgliedschaft einer neuen Partei ihren Sprachgebrauch in Zwischenrufen weder positiv noch negativ beeinflusst muss in diesem Falle daher angenommen werden. Aus deskriptiver Perspektive ist jedoch die stark negative Polarität der von der CDU auf die Grünen gerichteten Zwischenrufe auffällig, die sich im Verlauf des ersten Parlamentsjahres der Grünen allmählich dem Verhalten anderer Parlamentsfraktionen in Bezug auf die Grünen annähert.

In Bezug auf die syntaktische Topologie (Länge) der Zwischenrufe konnte eine klare Dominanz eingliedriger Zwischenrufformen in beiden Fällen ermittelt werden. Zwischen beiden Fällen und den jeweils untersuchten Parteien variiert die Verteilung leicht, übersteigt aber in keinem Fall die Summe von 5% der Verteilungen. Diese Ergebnisse bestätigen die Annahme Burkhardts, dass die eingliedrige Zwischenrufform am häufigsten gewählt wird, da solche Zwischenrufe eine höhere Chance haben im Parlamentsgeschehen Gehör zu finden und zudem von den Parlamentsstenograf*Innen erfasst zu werden.

Die Erkenntnisse der automatisierten Klassifikationen von Zwischenrufen nach Sprechhandlungstypologien (vgl. Burkhardt 2004) ist aufgrund einer zu geringen Datenbasis leider nicht aussagekräftig genug, um eine wissenschaftlich belastbare Aussage treffen zu können. Dennoch zeigen die Ergebnisse der Annotation eine interessante Tendenz einiger Parteien zu besonders häufig genutzten Arten von Zwischenrufen, die in einer zukünftigen wissenschaftlichen Arbeit weiter untersucht werden könnte.

Im Vergleich beider untersuchten Fälle lässt sich zusammenfassend festhalten, dass für beide Fälle die aufgestellte erste Hypothese trotz ihrer unterschiedlich starken Ausprägung angenommen werden kann. In beiden Fällen führten die Grünen in der Legislaturperiode ihres parlamentarischen Einzugs die Listen der Abgeordneten mit den meisten Reden an und wichen zudem in ihrem Zwischenruf- als auch ihrem Beifallsverhalten zu Anfang stark von dem allgemeinen Durchschnittsverhalten ab.

Erst mit zunehmender Zeit passten sich die Fraktionen, in Hessen schneller als in Nordrhein-Westfalen, an die allgemeinen Verhaltensweisen im Plenum an. Diese Phase der initialen Aufmerksamkeitserregung zeichnet sich in den untersuchten Fällen ebenfalls beim Wiedereinzug der FDP in den hessischen Landtag ab, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass dieses Phänomen nicht allein auf die besonderen Charakteristika der grünen Fraktionen, sondern allgemeiner auf das vermeintliche Selbstverständnis einer Fraktion als Neuling im Parlament gewertet werden kann.

Um eine eindeutige Aussage hierzu treffen zu können wäre jedoch die Durchführung weiterer Untersuchungen und Fälle notwendig. Die zweite Arbeitshypothese, nach der die Mitgliedschaftsdauer einer Partei ihren Sprachgebrauch in Zwischenrufen positiv beeinflusst, kann für den zweiten Fall der nordrhein-westfälischen Grünen angenommen werden, da ein statistisch signifikanter Zusammenhang besteht, während im Fall Hessen keine Signifikanz ermittelt werden konnte.

Auch wenn beide in dieser Arbeit untersuchten Fälle große Ähnlichkeiten in den Zeiträumen von parlamentarischem Einzug bis zur ersten Regierungsbeteiligung aufzeigen, so bestehen zwischen den zeithistorischen Kontexten und individuellen Ereignissen, welche

die individuellen Abgeordneten sowie die Partei- und Fraktionsstrukturen geprägt haben, maßgebliche Unterschiede. Um eine belastbare Aussage über allgemein ableitbare Muster parlamentarischer Etablierung und ihre Repräsentation in Zwischenrufen und ähnlichen Verhaltensmustern in Plenarsitzungen abzuleiten, sind weitere Untersuchungen erforderlich. Über solche möglichen nächste Schritte aus technischer Perspektive, die im Rahmen der Datenaufbereitung dieser Arbeit teilweise bereits grundlegend unternommen wurden, soll der nächste und letzte Abschnitt dieser Arbeit Auskunft geben.

Ausblick

In Hinblick auf die zu Beginn der Arbeit formulierte Fragestellung wurden zu Beginn dieser Arbeit eine Reihe verschiedener Analyseansätze vorgeschlagen und erläutert. Zwei mögliche organische Erweiterungen der bisher durchgeführten Analysen und präsentierten Ergebnisse stellen die Methoden des Topic Modelling und der Netzwerkanalyse dar, deren ersten Ergebnisse in diesem Abschnitt kurz erläutert werden sollen. Aufgrund jeweils verschiedener Faktoren besitzen diese Ansätze zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur begrenzte Aussagekraft und sollen in die Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit keinen Eingang finden.

Topics

Im Prozess der Korpuserstellung wurde für jede der Reden beider Korpora ein Topicmodell in einem aufwendigen Prozess berechnet und manuell kodiert (vgl. Abschnitt 5). Die häufigsten vier identifizierten Politikfeld-Topics können dabei zur Unterscheidung des Zwischenrufverhaltens bei Reden über beide Korpora hinweg verwendet werden.

Die folgenden Abbildungen zeigen dabei erste Ergebnisse eines Vergleichs des Zwischenrufverhaltens beider Landtagskorpora bei Reden, die dem Politikfeld der Umweltpolitik zuordbar sind:

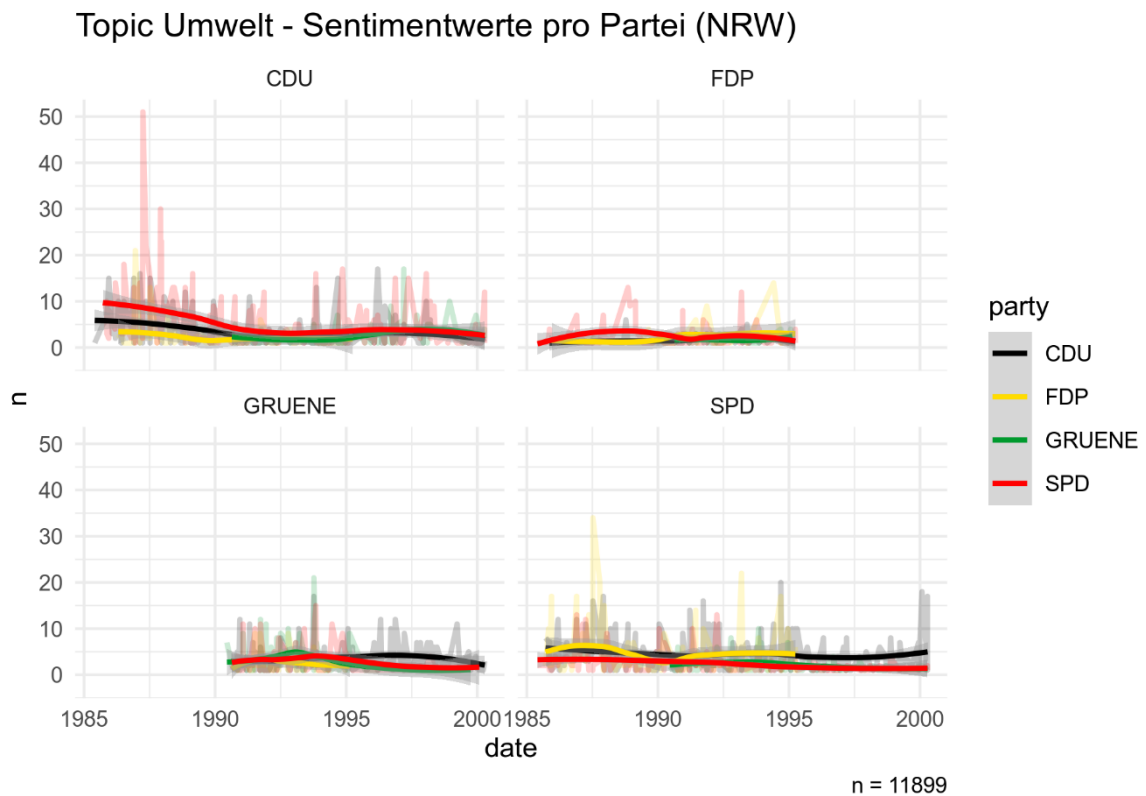
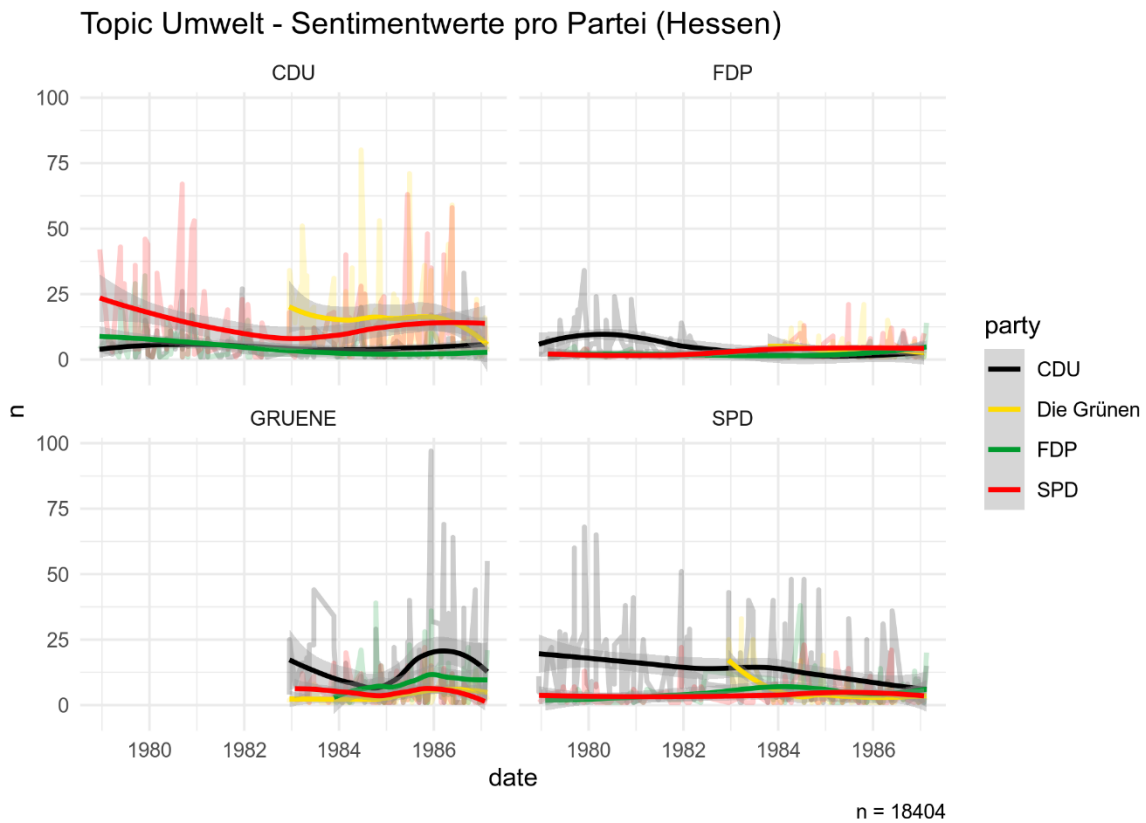


Abbildung 18: Topic-Vergleich "Umwelt" beider Korpora (eigene Darstellung)

Hierbei sind die jeweiligen Grafiken nach Beifalladressaten der jeweiligen Parteien unterteilt. Aus Perspektive der CDU erhält die Fraktion häufig Zwischenrufe von der

Fraktion der Grünen in Hessen. Dies ist unter anderem durch den langwährenden Konflikt um die Startbahn West und das Atomkraftwerk Biblis zu erklären (vgl. Kleinert 2008). Im nordrhein-westfälischen Landtagskorporus sind diese Tendenzen auch erkennbar, wenn auch schwächer ausgeprägt. Um eine valide wissenschaftliche Aussage treffen zu können, müssten in einem nächsten Analyseschritt Regressionstest für den Vergleich der Tendenzen aller Parteien in den jeweiligen Korpora mit relativen Maßzahlen durchgeführt werden.

Nach bisherigem Eindruck variieren die Zwischenrufe je Topic je nach Partei unterschiedlich stark; eine tiefergehende Analyse könnte die bisher gewonnenen Erkenntnisse dieser Arbeit daher bereichern oder weiterführen. Zur Verbesserung der Zuordbarkeit von Politikfeldern zu den errechneten Topics der Dokumente könnten zudem zusätzliche Kodierer*Innen herangezogen werden, sowie ein Interkoderreliabilitätstest (z.B. Krippendorfs α) durchgeführt werden. Die Analyse könnte zudem auf weitere Topics ausgeweitet werden und die Topics mit den Individualdaten der Abgeordneten verbunden werden. So erscheint eine Untersuchung des Zwischenrufverhaltens von Ausschussmitgliedern bestimmter monothematischer Ausschüsse wie dem Umweltausschuss zu Reden die sich mit Umweltthemen befassen besonders erfolgsversprechend.

Netzwerktheoretische Analyse von Zwischenrufern

Im Kapitel der Datenaufbereitung wurde der Prozess der Erstellung von sogenannten Netzwerkobjekten mit Hilfe der R-Pakete *igraph* (Csardi und Nepusz 2006) und *tidygraph* (Pedersen 2020) beschrieben, sowie die Anreicherung dieser Netzwerke mit Daten über die Mitgliedschaften von Abgeordneten in den verschiedenen Ausschüssen des Parlamentes. Durch eine Analyse derartig unterteilter Netzwerke, welche die Anforderung der klaren Abgrenzung eindeutig erfüllen können (vgl. Jansen 2006: 71), könnten latente Machtstrukturen und Interaktionsmuster beobachtet werden, die in den für Forschenden meist verschlossenen Räumen der Ausschüsse vorherrschen.

Die Untersuchung der Theorie der sozialen Homophilie mittels netzwerkanalytischer Methoden förderte für Hessen dabei bereits erste Ergebnisse zu Tage. Erste Analysen zeigen klare Tendenzen, die für einen positiven Einfluss auf die Anzahl gegenseitiger Zwischenrufe von Ausschussmitgliedern des „Ausschusses für Umweltfragen“ sowie des Kulturausschusses sprechen. Aufgrund zeitlicher Beschränkungen und des hohen Arbeitsumfangs konnte eine eingehende Analyse dieser Daten im Rahmen dieser Arbeit leider nicht mehr verfolgt werden, weshalb sich diese Daten lediglich im Anhang dieser Arbeit befinden.

Allgemeine Erweiterung der Methodik

Abseits der beiden beschriebenen Ansätze existieren vielfältige Erweiterungsmöglichkeiten dieser Arbeit, die mit vergleichsweise geringen Aufwand verfolgt werden können. So erscheint eine genauere Betrachtung der im Protokoll oftmals vermerkten Adjektive zur Beschreibung von Beifall („lebhaft“, „andauernd“) besonders lohnend. Die Extraktion dieser Adjektive ist bereits in der Datenstruktur dieser Arbeit vorhanden, konnte aber aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht mehr realisiert werden.

Die im Rahmen der Analyse gesammelten Indizien für die Manifestation der Koalitionsanbahnung zwischen Grünen und SPD im hessischen Landtag zwischen der 47. und der 58. Sitzung, sowie eine Erweiterung um qualitative Methoden und ein „hereinschauen“ in Redentexte und Zwischenrufe würde tiefgreifende Einblicke in die Erforschung und den teilweisen Nachweis der Annahmen verschiedener Koalitionstheorien ermöglichen. Dies ist durch die Nutzung der polmineR-Software und des im Rahmen dieser Arbeit entwickelten Landtagskorpus vergleichsweise einfach zu bewerkstelligen.

Anhang

Annotationsregeln Sprechhandlungstypologien

```
<!-- Die gleichen Regeln wurden auf beide Landtagskorpora angewandt -->
## Memoranda
```{r}
an_meomranda <- 0
for (i in seq_len(nrow(nw_full_set_sentiments))) {
 # Set temp vars
 sentence <- nw_full_set_sentiments$extracted_interjection[i]
 score <- nw_full_set_sentiments$sentiment_score[i]
 synt_topo <- nw_full_set_sentiments$synt_topo[i]
 pos_stream <- nw_full_set_sentiments$xpos_stream[i]

 # Hört Hört + pos-stream string VVFIN
 if (str_detect(sentence, "[Hh][öou]rt[\\,\\.\\!]\\s?[Hh][öou]rt") && str_d
etect(pos_stream, "VVFIN")) {
 nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "MEMORANDA"
 # Counter + 1
 an_meomranda <- an_meomranda + 1
 }
}
...

Affirmativa
```{r}
an_affirmativa <- 0
for (i in seq_len(nrow(nw_full_set_sentiments))) {
  # Set temp vars
  sentence <- nw_full_set_sentiments$extracted_interjection[i]
  score <- nw_full_set_sentiments$sentiment_score[i]
  synt_topo <- nw_full_set_sentiments$synt_topo[i]
  pos_stream <- nw_full_set_sentiments$xpos_stream[i]
  upos_stream <- nw_full_set_sentiments$upos_stream[i]

  # Sehr wahr / gut / richtig ...
  if (str_detect(sentence, "^Sehr.*$") && score >= -0.3) {
    nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "AFFIRMATIVA"
    # Counter + 1
    an_affirmativa <- an_affirmativa + 1
  }

  # stage_type == "zustimmung"
  if (str_detect(nw_full_set_sentiments$stage_type[i], "[Zz]ustimmung")) {
    nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "AFFIRMATIVA"
    # Counter + 1
    an_affirmativa <- an_affirmativa + 1
  }
}
```

```

# Aha-Rufe, eingliedrig
if (str_detect(sentence, "^Aha.*$") && synt_topo == "Eingliedrig") {
  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "AFFIRMATIVA"
  # Counter + 1
  an_affirmativa <- an_affirmativa + 1
}

# Sie haben recht
if (str_detect(sentence, "^So\\sist\\ses$|.*[^A-Za-z]recht[^A-Za-z].*") && str_detect(upos_stream, "^(ADV|PRON)?\\s?(ADV|VERB)?\\s?(VERB|PRON)?.*$")) {
  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "AFFIRMATIVA"
  # Counter + 1
  an_affirmativa <- an_affirmativa + 1
}
}
...

## Erotetika
```{r}
an_erotetika <- 0
for (i in seq_len(nrow(nw_full_set_sentiments))) {
 # Set temp vars
 sentence <- nw_full_set_sentiments$extracted_interjection[i]
 score <- nw_full_set_sentiments$sentiment_score[i]
 synt_topo <- nw_full_set_sentiments$synt_topo[i]
 pos_stream <- nw_full_set_sentiments$xpos_stream[i]
 upos_stream <- nw_full_set_sentiments$upos_stream[i]

 # Fragen
 if (str_detect(sentence, "^(W.[sermn]|Wo|W.r.m|W.es.).*\\?$") && str_detect(upos_stream, "^PRON\\sVERB.*PUNCT$")) {
 nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "EROTETIKA"
 # Counter + 1
 an_erotetika <- an_erotetika + 1
 }
}
...

Direktiva
-> Zu ungenau zu matchen.

Dissentiva
```{r}
an_dissentiva <- 0
for (i in seq_len(nrow(nw_full_set_sentiments))) {
  # Set temp vars
  sentence <- nw_full_set_sentiments$extracted_interjection[i]
  score <- nw_full_set_sentiments$sentiment_score[i]
  synt_topo <- nw_full_set_sentiments$synt_topo[i]

```

```

# skip if empty
if(is_empty(sentence)) next
if(is.na(score)) next
# Sehr negative sentiments, ohne "bitte sehr"
if (score <= (-
1.5) && str_detect(sentence, "^(Bitte\\ssehr.)", negate = TRUE)) {

  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "DISSENTIVA"
  # Counter + 1
  an_dissentiva <- an_dissentiva + 1
}
# Unver...
if (str_detect(sentence, "^Un[^di].*.$") && score <= -0.2) {
  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "DISSENTIVA"
  # Counter + 1
  an_dissentiva <- an_dissentiva + 1
}

# Na, na!
if (str_detect(sentence, "^[Nn]a[\\.\\.\\.\\,]\\s?[Nn]a.*")) {
  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "DISSENTIVA"
  # Counter + 1
  an_dissentiva <- an_dissentiva + 1
}

# falsch
if (str_detect(sentence, ".*fals?ch.*") && score <= -0.1) {
  nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "DISSENTIVA"
  # Counter + 1
  an_dissentiva <- an_dissentiva + 1
}

}
...

# Evaluativa
```{r}
an_evaluativa <- 0
for (i in seq_len(nrow(nw_full_set_sentiments))) {
 # Set temp vars
 sentence <- nw_full_set_sentiments$extracted_interjection[i]
 score <- nw_full_set_sentiments$sentiment_score[i]
 synt_topo <- nw_full_set_sentiments$synt_topo[i]

 # skip if empty
 if(is_empty(sentence)) next
 if(is.na(score)) next
 # Lüge
 if (str_detect(sentence, ".*[^A-Za-z]([Ll][üu]gen?|gelogen).*")) {
 #print(sentence)
 nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "EVALUATIVA"

```

```

Counter + 1
an_evaluativa <- an_evaluativa + 1
}

(nicht) zugehört
if (str_detect(sentence, ".*([Nn]ich.\\s?)[Zz]u(zu)?(ge)?h[öäüou]rt?.*"))
{
 nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "EVALUATIVA"
 # Counter + 1
 an_evaluativa <- an_evaluativa + 1
}

Übelst
if (str_detect(sentence, ".*[ÜUu]be?lst.*")) {
 print(sentence)
 nw_full_set_sentiments$interjection_type[i] <- "EVALUATIVA"
 # Counter + 1
 an_evaluativa <- an_evaluativa + 1
}
}
...

```

### Vollständige Tabelle der Kategorisierungen extrahierter Interjektionen

stage_type	Hessen		NRW	
	n.	Prozentualer Anteil.	n	Prozentualer Anteil
beifall	40029	48.11	71759	40.77
zwischenruf	26064	31.33	42860	24.35
rufe	7663	9.21	438	0.25
zuruf	6111	7.34	20856	11.85
heiterkeit	1900	2.28	3270	1.86
lachen	1168	1.40	2665	1.51
widerspruch	79	0.09	1847	1.05
zustimmung	73	0.09	12137	6.90
wortmeldung	52	0.06	6	0.00
unruhe	29	0.03	1482	0.84
audience	18	0.02	NA	NA
gespraeche	7	0.01	NA	NA
redner	7	0.01	NA	NA
scheinwerfer	3	0.00	NA	NA
mikrofon	1	0.00	NA	NA
vorsitzwechsel	1	0.00	NA	NA
rufe_gen	NA	NA	18534	10.53
zzz_rufe	NA	NA	99	0.06
performance	NA	NA	49	0.03
signal	NA	NA	20	0.01
stille	NA	NA	2	0.00
zwischenruf_literally	NA	NA	1	0.00
Total	83205	99.98	176025	100.01

## Top Zwischenrufende und Zwischenrufempfangende beider Korpora

### Hessen

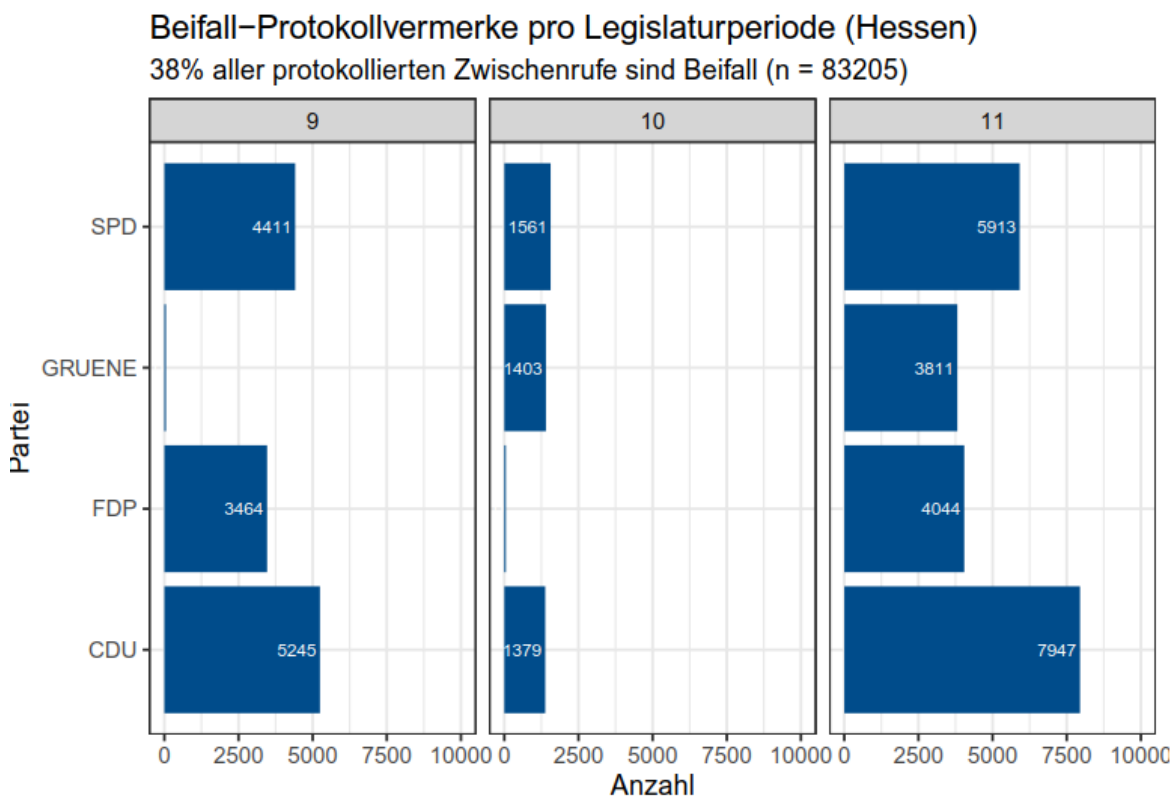
Meiste Zwischenrufe abgegeben		Meiste Zwischenrufe empfangen	
name	sent	name	recieved
<b>LP 9</b>			
Wilke, FDP	66	Kanther, CDU	54
Bökel, SPD	64	Krollmann, SPD	50
Koch, CDU	62	Möller, CDU	43
Ernst, SPD	61	Holzapfel, SPD	43
Kanther, CDU	59	Milde, CDU	42
<b>LP 10</b>			
Schwalba-Hoth, Die Grünen	49	Schwalba-Hoth, Die Grünen	44
Milde, CDU	39	Brückner, Die Grünen	40
Ernst, SPD	36	Kerschgens, Die Grünen	37
Bökel, SPD	34	Günther, SPD	34
Blaul, Die Grünen	32	Milde, CDU	33
<b>LP 11</b>			
Koch, CDU	75	Wilke, FDP	73
Milde, CDU	72	Kanther, CDU	73
Zabel, SPD	72	Welteke, SPD	68
Vielhauer, Die Grünen	71	Erika Wagner (Eschwege), SPD	66
Boppel, Die Grünen	71	Vielhauer, Die Grünen	64

### NRW

Meiste Zwischenrufe abgegeben		Meiste Zwischenrufe empfangen	
name	sent	name	recieved
<b>LP 9</b>			
Schauerte, CDU	96	Schauerte, CDU	75
Pohl, CDU	94	Braun, SPD	75
Wendzinski, SPD	86	Schnoor, SPD	75
Henning, SPD	86	Rohde, FDP	69
Hardt, CDU	84	Farthmann, SPD	68

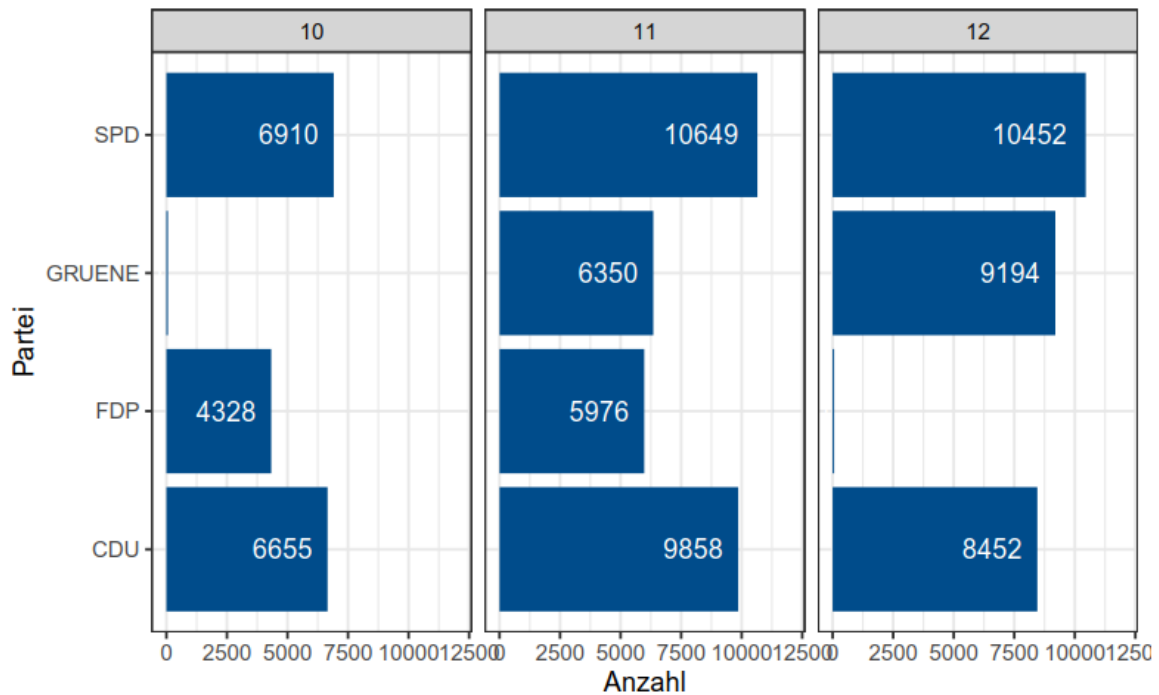
LP 10			
Vesper, GRUENE	140	Vesper, GRUENE	107
Schauerte, CDU	96	Linssen, CDU	80
Höhn, GRUENE	94	Höhn, GRUENE	76
Mai, GRUENE	90	Tschoeltsch, FDP	74
Linssen, CDU	88	Dreyer, CDU	73
LP 11			
Roland Appel, GRUENE	96	Helmut Linssen, CDU	66
Lothar Hegemann, CDU	94	Hermann-Josef Arentz, CDU	61
Hermann-Josef Arentz, CDU	86	Laurenz Meyer, CDU	56
Helmut Linssen, CDU	80	Herbert Reul, CDU	50
Klaus Matthiesen, SPD	78	Klaus Matthiesen, SPD	47

### Absolute Beifallshäufigkeiten beider Korpora



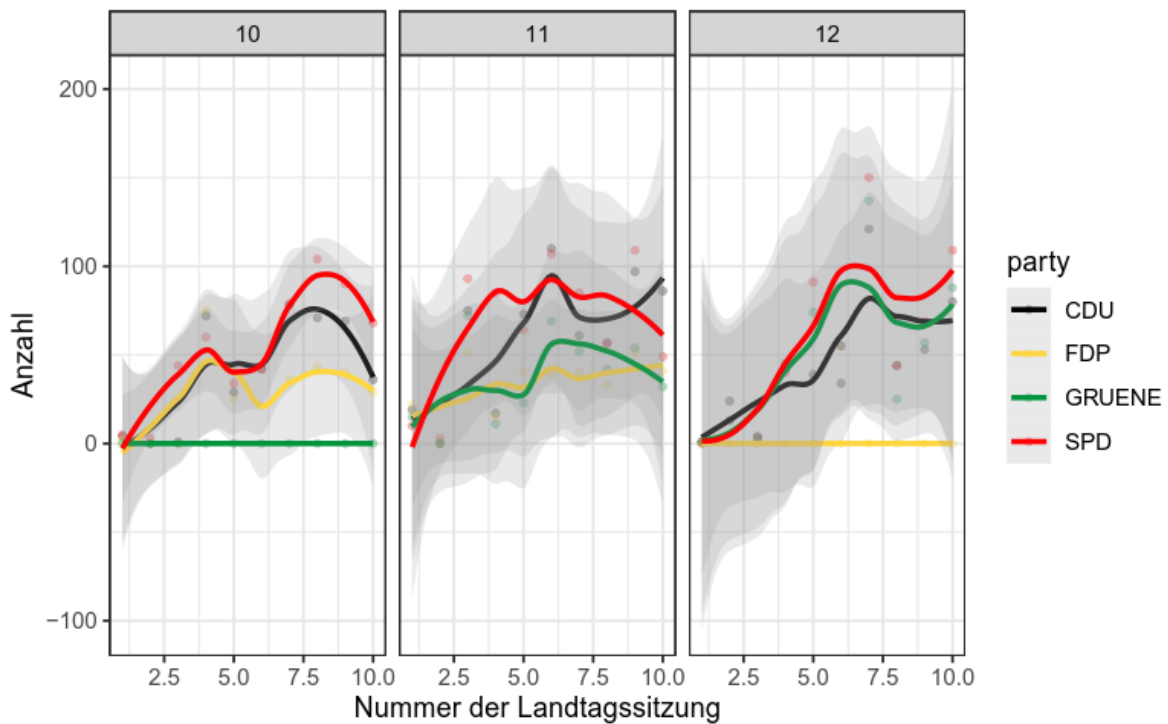
### Beifall-Protokollvermerke pro Legislaturperiode (NRW)

37% aller protokollierten Zwischenrufe sind Beifall (n = 175807)



### Beifall-Protokollvermerke der ersten 10 Landtagssitzungen (NRW)

37% aller protokollierten Zwischenrufe sind Beifall (n = 175807)



## Verteilung der Zwischenrufe auf Sentimentkategorien

Hessen

Partei des Zwischenrufenden	Sentiment-Polarität	9	10	11
<b>CDU</b>				
CDU	-	1623 (29.7%)	475 (35%)	2333 (31%)
CDU	+	1228 (22.5%)	253 (19%)	1513 (20%)
CDU	o	2605 (47.7%)	636 (47%)	3593 (48%)
<b>FDP</b>				
FDP	-	343 (26.1%)	NA	501 (29.0%)
FDP	+	377 (28.6%)	NA	383 (22.2%)
FDP	o	596 (45.3%)	NA	843 (48.8%)
<b>SPD</b>				
SPD	-	925 (28.2%)	394 (32%)	1483 (31.1%)
SPD	+	747 (22.8%)	253 (20%)	1060 (22.2%)
SPD	o	1604 (49.0%)	596 (48%)	2229 (46.7%)
<b>Grüne</b>				
GRUENE	-	NA	265 (29%)	1436 (29.7%)
GRUENE	+	NA	169 (19%)	1092 (22.6%)
GRUENE	o	NA	466 (52%)	2300 (47.6%)

NRW

Partei des Zwischenrufenden	Sentiment-Polarität	10	11	12
<b>CDU</b>				
CDU	-	2031 (25.0%)	1704 (28.7%)	1796 (30%)
CDU	+	1790 (22.0%)	1198 (20.2%)	1103 (18%)
CDU	o	4297 (52.9%)	3027 (51.1%)	3186 (52%)
<b>FDP</b>				
FDP	-	443 (26.8%)	741 (29.0%)	NA
FDP	+	381 (23.0%)	598 (23.4%)	NA
FDP	o	832 (50.2%)	1220 (47.7%)	NA
<b>SPD</b>				
SPD	-	1881 (26.2%)	2347 (29.9%)	940 (27.9%)



SPD	+	1596 (22.2%)	1639 (20.9%)	775 (23.0%)
SPD	o	3710 (51.6%)	3851 (49.1%)	1654 (49.1%)
<b>Grüne</b>				
GRUENE	-	NA	1432 (27.1%)	505 (30.7%)
GRUENE	+	NA	1133 (21.4%)	341 (20.8%)
GRUENE	o	NA	2721 (51.5%)	797 (48.5%)

### Topic-Korrelationstabellen

**Korrelation der Debattennummer mit dem durchschnittlichen Zwischenrufsentsiment pro Debatte für NRW**

party	topic	(Intercept)	index	p_intercept	p_index
CDU	Sozial	0.0444514	-0.0002028	0.0305541	0.0146113
FDP	Sozial	0.0656900	-0.0002083	0.0689011	0.2876120
GRUENE	Sozial	-0.0088372	0.0000038	0.8443733	0.9826828
SPD	Sozial	-0.0257450	0.0001301	0.1896103	0.1306956
CDU	Umwelt	0.0215495	-0.0001324	0.3701533	0.2044846
FDP	Umwelt	0.0622842	-0.0003158	0.1592025	0.2146983
GRUENE	Umwelt	-0.0357171	0.0001593	0.4366639	0.4072475
SPD	Umwelt	0.0258465	-0.0000838	0.2549812	0.4342791
CDU	Wirtschaft	0.0572932	-0.0001835	0.0000774	0.0009930
FDP	Wirtschaft	0.0691319	-0.0003500	0.0029956	0.0045044
GRUENE	Wirtschaft	-0.0252803	0.0001008	0.3625319	0.3100245
SPD	Wirtschaft	0.0108102	-0.0000295	0.4511659	0.6082384

**Korrelation der Debattennummer mit dem durchschnittlichen Zwischenrufsentsiment pro Debatte für Hessen**

party	topic	(Intercept)	index	p_intercept	p_index
CDU	Sozial	0.0102155	-0.0000806	0.6634246	0.6825777
FDP	Sozial	0.0857154	-0.0006509	0.0033204	0.0059950
GRUENE	Sozial	-0.1542725	0.0008362	0.0101633	0.0423569
SPD	Sozial	-0.0136556	-0.0001094	0.5886152	0.5990062
CDU	Umwelt	0.0015966	-0.0002123	0.9721059	0.5812927
FDP	Umwelt	0.0508411	-0.0003066	0.3828040	0.5170850
GRUENE	Umwelt	-0.1213403	0.0006820	0.2902822	0.3889091
SPD	Umwelt	0.0346837	-0.0005522	0.4792491	0.1739443
CDU	Wirtschaft	0.0092460	-0.0001295	0.7425451	0.5977120
FDP	Wirtschaft	0.0870180	-0.0006080	0.0142530	0.0459976
GRUENE	Wirtschaft	-0.1030889	0.0006204	0.1821419	0.2560704
SPD	Wirtschaft	0.0099680	-0.0001951	0.7449726	0.4561469

## Assortativity-Regression Hessen

Attribut	assortativ ty	weighted_ assortativ ty	std_error	random_a ssortativ y	lp
name	-0.0155328	0.0036886	0.0477706	0.0086992	9
label	-0.0462120	-0.0099820	0.0351387	0.0085347	9
UID	0.0115513	-0.0297874	0.0450123	0.0090940	9
GND ID	-0.0398491	0.0147711	0.0350910	0.0084455	9
Fraktion	-0.3055867	-0.5521085	0.0234512	0.0085881	9
date of birth	0.0162079	-0.0084250	0.0395762	0.0077902	9
place of birth	NA	NA	NA	NA	9
sex or gender	0.0661318	0.1135172	0.0449383	0.0083190	9
work location	0.0194419	0.0007579	0.0542695	0.0071850	9
Wirkungsort	NA	NA	NA	NA	9
Beruf oder Beschäftigung	NA	NA	NA	NA	9
Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes	0.0382650	0.0612454	0.0456987	0.0087498	9
Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten	0.0895918	0.0646545	0.0377566	0.0089491	9
Ausschuß für Umweltfragen	0.1085559	<b>0.1251662</b>	0.0370727	0.0081876	9
Ausschuß für Wirtschaft und Technik	0.0619635	0.0651587	0.0431273	0.0084317	9
Hauptausschuß	0.0382192	0.0195460	0.0311926	0.0077251	9
Haushaltsausschuß	0.0430717	0.0484181	0.0422844	0.0094770	9
Innenausschuß	0.0451036	0.0709027	0.0398402	0.0095077	9
Kulturpolitischer Ausschuß	0.1061795	<b>0.2369098</b>	0.0441580	0.0092709	9
Petitionsausschuß	0.0121384	0.0321603	0.0244198	0.0080264	9
Rechtsausschuß	0.0777481	0.0932917	0.0422291	0.0086029	9
Sozialpolitischer Ausschuß	0.1014158	0.1496086	0.0353697	0.0092659	9
Unterausschuß für die Stellenpläne	0.0020733	-0.0318259	0.0343585	0.0086200	9
Unterausschuß für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung	-0.0104500	-0.0125448	0.0117214	0.0092339	9
Unterausschuß Justizvollzug	0.0355262	0.0221937	0.0219980	0.0082513	9
Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushalts- rechnung	0.0073645	0.0351288	0.0415137	0.0096138	9
name	0.0033065	-0.0037738	0.0603973	-0.0106099	10
label	0.0042337	0.0200393	0.0503801	-0.0104203	10
UID	-0.0019884	-0.0228358	0.0564364	-0.0103362	10
GND ID	-0.0170689	-0.0022458	0.0496887	-0.0114913	10
Fraktion	-0.3198713	-0.4253356	0.0359358	-0.0097905	10
date of birth	0.0296168	-0.0062109	0.0608167	-0.0104049	10
place of birth	NA	NA	NA	NA	10
sex or gender	-0.0392281	-0.0310766	0.0342385	-0.0097230	10
work location	-0.0173372	-0.0669116	0.0375008	-0.0090312	10
Wirkungsort	NA	NA	NA	NA	10

<b>Beruf oder Beschäftigung</b>	NA	NA	NA	NA	10
<b>Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes</b>	-0.0682738	-0.0533999	0.0498616	-0.0095695	10
<b>Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten</b>	0.0577976	0.0355642	0.0423737	-0.0100314	10
<b>Ausschuß für Umweltfragen</b>	0.0358549	0.0217944	0.0425258	-0.0095790	10
<b>Ausschuß für Wirtschaft und Technik</b>	-0.0121303	-0.0593205	0.0577987	-0.0117210	10
<b>Hauptausschuß</b>	-0.0055990	-0.0359776	0.0498023	-0.0096118	10
<b>Haushaltsausschuß</b>	0.0650804	0.0978920	0.0565329	-0.0116330	10
<b>Innenausschuß</b>	-0.0043167	-0.0216292	0.0454645	-0.0101921	10
<b>Kulturpolitischer Ausschuß</b>	0.1394513	0.0871475	0.0452738	-0.0101173	10
<b>Petitionsausschuß</b>	-0.0231753	0.0107323	0.0384545	-0.0106430	10
<b>Rechtsausschuß</b>	0.0644010	0.0444194	0.0582830	-0.0096965	10
<b>Sozialpolitischer Ausschuß</b>	0.0922598	0.0740874	0.0379661	-0.0103876	10
<b>Unterausschuß für die Stellenpläne</b>	-0.0381447	0.0063603	0.0493281	-0.0085637	10
<b>Unterausschuß für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung</b>	0.0581111	0.0060098	0.0317195	-0.0079612	10
<b>Unterausschuß Justizvollzug</b>	0.0622695	0.0549264	0.0456514	-0.0095983	10
<b>Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushaltsrechnung</b>	-0.0196273	-0.0738945	0.0260051	-0.0104895	10
<b>name</b>	-0.0054365	0.0053165	0.0407353	0.0011594	11
<b>label</b>	-0.0109275	-0.0328008	0.0351829	0.0020991	11
<b>UID</b>	-0.0016370	-0.0003111	0.0360244	0.0011248	11
<b>GND ID</b>	-0.0129331	-0.0274529	0.0354007	0.0008086	11
<b>Fraktion</b>	-0.1605743	-0.2598706	0.0304260	0.0016837	11
<b>date of birth</b>	0.0196185	0.0246173	0.0332811	0.0018133	11
<b>place of birth</b>	NA	NA	NA	NA	11
<b>sex or gender</b>	0.0549403	0.0730211	0.0350516	0.0011455	11
<b>work location</b>	-0.0056147	-0.0580889	0.0296125	0.0015106	11
<b>Wirkungsort</b>	NA	NA	NA	NA	11
<b>Beruf oder Beschäftigung</b>	NA	NA	NA	NA	11
<b>Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes</b>	0.0035123	0.0463244	0.0309093	0.0018138	11
<b>Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten</b>	0.0857122	0.0885865	0.0354334	0.0014591	11
<b>Ausschuß für Umweltfragen</b>	0.0401895	0.1188027	0.0417608	0.0013142	11
<b>Ausschuß für Wirtschaft und Technik</b>	0.0429843	0.0647093	0.0382672	0.0012231	11
<b>Hauptausschuß</b>	0.0082463	0.0248639	0.0348979	0.0016900	11
<b>Haushaltsausschuß</b>	0.0284162	0.0373495	0.0385917	0.0015712	11
<b>Innenausschuß</b>	0.0567364	0.1036014	0.0327335	0.0013838	11
<b>Kulturpolitischer Ausschuß</b>	0.0495137	0.0859012	0.0285703	0.0019211	11

<b>Petitionsausschuß</b>	0.0291668	0.0182097	0.0228038	0.0012609	11
<b>Rechtsausschuß</b>	0.0317856	0.0469481	0.0303363	0.0020799	11
<b>Sozialpolitischer Ausschuß</b>	0.0721468	0.1150912	0.0348812	0.0018537	11
<b>Unterausschuß für die Stellenpläne</b>	-0.0113275	0.0031742	0.0279149	0.0014319	11
<b>Unterausschuß für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung</b>	0.0257793	0.0351893	0.0290849	0.0018306	11
<b>Unterausschuß Justizvollzug</b>	0.0411735	0.0688500	0.0309162	0.0021866	11
<b>Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushalts- rechnung</b>	-0.0008402	0.0316093	0.0395392	0.0020560	11

## Literaturverzeichnis

- Amling, Steffen; Geimer, Alexander (2018): Das Wissen der Abgeordneten. Ein empirischer Zugang zur Analyse der normativen Ordnung professioneller Politik. In: Jenni Brichzin, Damien Krichewsky, Leopold Ringel und Jan Schank (Hg.): *Soziologie der Parlamente: Neue Wege der politischen Institutionenforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 175–208.
- Badura, Bernhard; Reese, Jürgen (1976): *Jungparlamentarier in Bonn. Ihre Sozialisation im Deutschen Bundestag*. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog (Problemata, 55). ISBN: 3-7728-0613-9.
- Bartolini, Stefano; Mair, Peter (1990): *Identity, competition and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885 - 1985*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press. ISBN: 0-521-38292-0.
- Bauer-Kaase, Petra; Kaase, Max (1998): Werte und Wertewandel - ein altes Thema und eine neue Facette. In: Heinz P. Galler und Gerd Wagner (Hg.): *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag*. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag. Frankfurt am Main / New York: Campus-Verl. (Wirtschaftswissenschaft, 38), S. 256–274. Online verfügbar unter [https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw\\_01.c.81790.de/krupp\\_14\\_bauerkaase.pdf](https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.81790.de/krupp_14_bauerkaase.pdf), zuletzt geprüft am 23.01.2020.
- Bechter, Nicolas (2018): The parliament as a research object in German political science. In: *Parliaments, Estates and Representation* 38 (1), S. 21–33. DOI: 10.1080/02606755.2018.1428399.
- Benoit, Kenneth; Laver, Michael; Mikhaylov, Slava (2009): Treating Words as Data with Error: Uncertainty in Text Statements of Policy Positions. In: *American Journal of Political Science* 53 (2), S. 495–513. DOI: 10.1111/j.1540-5907.2009.00383.x.
- Bentham, Jeremy (1791): *Essay on political tactics. Containing six of the principal rules proper to be observed by a political assembly in the process of forming a decision, with the reasons on which they are grounded, and a comparative application of them to British and French practice*. London. Online verfügbar unter <http://galenet.galegroup.com/servlet/MOME?af=RN&ae=U102358178&srchtp=a&ste=14>.
- Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (2003): *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*. 4., überarb. u. erw. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-322-86689-9.
- Beyme, Klaus von (1992): *Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. 7., neubearb. Aufl. Opladen: Westdt. Verl. ISBN: 978-3-531-12361-5.
- Beyme, Klaus von (2015): Zum Stand der Parteienforschung. In: Julian Krüper, Heike Merten und Thomas Poguntke (Hg.): *Parteienwissenschaften*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 9–40.
- Bieber, Christoph; Massing, Peter (2003): *Mediendemokratie. Grundlagen, Anspruch, Wirklichkeit*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Politische Bildung, 36,4). ISBN: 3-87920-285-0.
- Biermann, Kai; Blicke, Paul; Drongowski, Ron; Ehmann, Annick; Erdmann, Elena; Gortana, Flavio et al. (2019): 70 Jahre Bundestag: Darüber spricht der Bundestag. In: *Die Zeit*, 09.09.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaum-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel#s=spa%C3%9F>, zuletzt geprüft am 27.04.2020.
- Blätte, Andreas (2018a): Interaktion und Dialog mit großen Textdaten: Korpusanalyse mit dem „polmineR“. In: Andreas Blätte, Joachim Behnke, Kai-Uwe Schnapp und Claudius Wagemann (Hg.): *Computational social science. Die Analyse von Big Data*. 1. Auflage (Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft), S. 119–138.
- Blätte, Andreas (2018b): Zum Verwechseln ähnlich? Eine Klassifikationsanalyse parlamentarischen Diskursverhaltens auf Basis des PolMine-Plenarprotokollkorpus. In: Andreas Blätte, Joachim Behnke, Kai-Uwe Schnapp und Claudius Wagemann (Hg.): *Computational social science. Die Analyse von Big Data*. 1. Auflage (Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft), S. 139–162, zuletzt geprüft am 31.01.2019.

- Blätte, Andreas; Behnke, Joachim; Schnapp, Kai-Uwe; Wagemann, Claudius (Hg.) (2018c): Computational social science. Die Analyse von Big Data. 1. Auflage (Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft). ISBN: 9783848743933.
- Blei, David M.; Ng, Andrew Y.; Jordan, Michael I. (2003): Latent Dirichlet Allocation. In: *The Journal of Machine Learning Research* 3, S. 993–1022, zuletzt geprüft am 14.02.2020.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hg.) (1991): Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 953). ISBN: 3-518-28553-X.
- Bolleyer, Nicole (2008): The organizational costs of public office. In: Kris Deschouwer (Hg.): *New parties in government. In power for the first time*. 1. publ (Routledge/ECPR studies in European political science), S. 17–44.
- Bopp, Sebastian (2011): Korpuslinguistische Analysen zu den Plenardebatten des Deutschen Bundestages zwischen 2005 und 2009. In: *Lebende Sprachen* 55 (2), S. 33. DOI: 10.1515/les.2010.020.
- Botha, Henk; Schaks, Nils; Steiger, Dominik (2016): Zur Zukunft der Demokratie. In: Henk Botha, Nils Schaks und Dominik Steiger (Hg.): *Das Ende des repräsentativen Staates? Demokratie am Scheideweg - The End of the Representative State? Democracy at the Crossroads*. 1. Aufl.: Nomos Verlagsgesellschaft mbH (Eine Deutsch-Südafrikanische Perspektive - A German-South African Perspective), S. 17–32. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/j.ctv941vr3.5](http://www.jstor.org/stable/j.ctv941vr3.5).
- Brand, Karl-Werner; Büsser, Detlef; Rucht, Dieter (1983): *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl. ISBN: 3-593-33238-8.
- Brichzin, Jenni; Krichewsky, Damien; Ringel, Leopold; Schank, Jan (2018): *Soziologie der Parlamente*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: 10.1007/978-3-658-19945-6, zuletzt geprüft am 09.01.2020.
- Bubenhofer, Noah (2009): *Sprachgebrauchsmuster. Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse*. De Gruyter. DOI: 10.5167/uzh-111287.
- Bundeswahlleiter (2019): *Unterstützungsunterschriften*, zuletzt aktualisiert am 03.07.2019, zuletzt geprüft am 13.03.2020.
- Bündnis 90 / Die Grünen (2019): *Grüne Historie. Die Geschichte der Grünen in Nordrhein-Westfalen*. Online verfügbar unter <https://gruene-nrw.de/partei/historie/>, zuletzt geprüft am 11.07.2019.
- Burkhardt, Armin (1995): Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation - am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. In: Andreas Dörner und Ludgera Vogt (Hg.): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*. Berlin, New York: De Gruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 6), S. 73–106, zuletzt geprüft am 04.04.2019.
- Burkhardt, Armin (2003): *Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation*. Berlin/Boston: De Gruyter (Reihe Germanistische Linguistik, 241). ISBN: 3110914093.
- Burkhardt, Armin (2004): *Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus*. Vollst. zugl.: Braunschweig, Techn. Univ., Habil.-Schr., 1993 u.d.T.: Burkhardt, Armin: *Zwischen Monolog und Dialog. Das Parlament, seine Sprache und die Welt des Zwischenrufens*. Tübingen: Niemeyer (Reihe Germanistische Linguistik, 250). ISBN: 3484312505.
- Burkhardt, Armin (2005): Deutsch im demokratischen Parlament - Formen und Funktionen der öffentlichen parlamentarischen Kommunikation. In: Jörg Kilian (Hg.): *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat*. Mannheim [u.a.]: Dudenverl. (Thema Deutsch, 6), S. 85–98.
- BVerfG (09.11.2011a): *Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht ist unter den gegenwärtigen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen verfassungswidrig*. Urteil vom 26. Februar 2014 2 BvE 2/13. Nr. 14/2014. Karlsruhe. Online verfügbar unter

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-014.html>, zuletzt geprüft am 15.03.2020.

BVerfG (09.11.2011b): Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht verfassungswidrig. Urteil vom 09. November 2011 2 BvC 4/10. Nr. 70/2011. Karlsruhe. Online verfügbar unter <https://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg11-070.html>, zuletzt geprüft am 15.03.2020.

Conover, Michael D.; Ratkiewicz, Jacob; Francisco, Matthew; Goncalves, Bruno; Menczer, Filippo; Flammini, Alessandro (2011): Political Polarization on Twitter. In: Fifth International AAAI Conference on Weblogs and Social Media. Online verfügbar unter <https://www.aaai.org/ocs/index.php/ICWSM/ICWSM11/paper/view/2847/3275>, zuletzt geprüft am 03.05.2020.

Czerwick, Edwin (2011): Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft). ISBN: 978-3-486-70223-1.

DER SPIEGEL (1982): Django mit Latte. Kommentatoren haben in Hessen ein „Dachlatten-Syndrom“ ausgemacht: Ein Börner-Zitat ist zum Wahlkampfschlager der Opposition geraten., 13.09.1982. Online verfügbar unter <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/14351747>, zuletzt geprüft am 05.04.2020.

DER SPIEGEL (26.02.2010): Lammert wirft Linke aus dem Bundestag. Berlin. dpa. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afghanistan-lammert-wirft-linke-aus-dem-bundestag-a-680472.html>, zuletzt geprüft am 18.02.2020.

Deschouwer, Kris (2008a). In: Kris Deschouwer (Hg.): New parties in government. In power for the first time. 1. publ (Routledge/ECPR studies in European political science), S. 1–16.

Deschouwer, Kris (Hg.) (2008b): New parties in government. In power for the first time. 1. publ (Routledge/ECPR studies in European political science). ISBN: 0203938593.

Detterbeck, Klaus; Renzsch, Wolfgang; Schieren, Stefan (Hg.) (2010): Föderalismus in Deutschland. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft). ISBN: 9783486591873.

Deutscher Bundestag: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. GO-BT, vom 25.03.2020. Online verfügbar unter [https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go\\_btg](https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg), zuletzt geprüft am 18.04.2020.

Dittmann, Jürgen (1979): Institutionen und Sprachliches Handeln. In: Jürgen Dittmann (Hg.): Arbeiten zur Konversationsanalyse. Tübingen: Niemeyer (Linguistische Arbeiten, 75), S. 198–234.

Donges, Patrick; Imhof, Kurt (2005): Öffentlichkeit im Wandel. In: Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren und Gabriele Siebert (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 2., vollst. überarb. Aufl. (UTB), S. 147–177.

Dörner, Andreas; Vogt, Ludgera (Hg.) (1995): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin, New York: De Gruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 6). ISBN: 3-11-014496-4, zuletzt geprüft am 04.04.2019.

Easton, David (1965): A systems analysis of political life. New York [u.a.]: Wiley. ISBN: 0-471-22940-7.

Easton, David (1975): A Re-assessment of the Concept of Political Support. In: *Brit. J. Polit. Sci* 5 (4), S. 435–457. DOI: 10.1017/S0007123400008309.

Eichler, Joachim (2009): Zum Umgang eines Stenografen mit Zurufen bei der Erstellung von Protokollen. In: *Neue stenografische Praxis: Zeitschrift des Verbandes der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.* 57 (2), S. 40–50.

Engel, Ulrich (1988): Deutsche Grammatik. Heidelberg: Groos. ISBN: 3872766007.

Fetzer-Wolf, Inge (1981): Zwischenrufe im Landtag von Baden-Württemberg. Staatsexamensarbeit. Tübingen.

Foucault, Michel (2001): Die Ordnung des Diskurses. 8. Aufl., erw. Ausg. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer, 10083 : Fischer-Wissenschaft). ISBN: 3-596-10083-6.

- Gabriel, Oscar W. (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (76). DOI: 10.1007/978-3-322-88689-7.
- Galler, Heinz P.; Wagner, Gerd (Hg.) (1998): Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag. Frankfurt am Main / New York: Campus-Verl. (Wirtschaftswissenschaft, 38).
- Gehlen, Arnold (1957): Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft (Rowohlt's deutsche Enzyklopädie).
- Gentzkow, Matthew; Kelly, Bryan; Taddy, Matt (2019): Text as Data. In: *Journal of Economic Literature* 57 (3), S. 535–574. DOI: 10.1257/jel.20181020.
- Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268–274.
- Göhler, Gerhard (1987): Institutionenlehre und Institutionentheorie in der deutschen Politikwissenschaft nach 1945. In: Gerhard Göhler (Hg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand - Probleme - Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 15–48.
- Gold, Valentin; El-Assady, Mennatallah; Rohrdantz, Christian (2018): Explorative visuelle Textanalyse von politischen Debatten. In: Andreas Blätte, Joachim Behnke, Kai-Uwe Schnapp und Claudius Wagemann (Hg.): Computational social science. Die Analyse von Big Data. 1. Auflage (Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft), S. 211–234.
- Grunden, Timo (2009): Politikberatung im Innenhof der Macht. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Studien der NRW School of Governance). DOI: 10.1007/978-3-531-91355-1.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ; mit einem Vorwort zur Neuaufl. 1. Aufl. 1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 891). ISBN: 3518284916.
- Harmel, Robert; Janda, Kenneth (1994): An Integrated Theory of Party Goals and Party Change. In: *Journal of Theoretical Politics* 6 (3), S. 259–287. DOI: 10.1177/0951692894006003001.
- Hart, Roderick P. (1984): Verbal style and the presidency. A computer-based analysis. Orlando: Academic Pr (Human communication research series).
- Hartmann, Jürgen (2005): Westliche Regierungssysteme. Parlamentarismus, präsidentielles und semi-präsidentielles Regierungssystem. 2., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Grundwissen Politik). DOI: 10.1007/978-3-663-07814-2.
- Haseloff, Otto Walter (1969): "Über Wirkungsbedingungen politischer und werblicher Kommunikation". In: Otto Walter Haseloff (Hg.): Kommunikation. Berlin (Forschung und Information. Schriftenreihe der RIAS-Funkuniversität, 3), S. 151–187.
- HBZ (2020): lobid-gnd. Rechercheoberfläche & LOD-API für die GND. Hg. v. Hochschulbibliothekszentrum des Landes NRW. Online verfügbar unter <https://lobid.org/gnd>, zuletzt aktualisiert am 01.03.2020.
- Heiberger, Raphael H.; Koss, Christian (2018): Computerlinguistische Textanalyse und Debatten im Parlament. In: Jenni Brichzin, Damien Krichewsky, Leopold Ringel und Jan Schank (Hg.): Soziologie der Parlamente: Neue Wege der politischen Institutionenforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 391–418. Online verfügbar unter [https://doi.org/10.1007/978-3-658-19945-6\\_15](https://doi.org/10.1007/978-3-658-19945-6_15).
- Heidemeyer, Helge (2010): (Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament. In: *Historische Zeitschrift* 291 (1). DOI: 10.1524/hzhz.2010.0034.
- Heinrich, Gudrun (2002): Kleine Koalitionspartner in Landesregierungen. Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2001. Leske und Budrich, Opladen.



- Heliński, Marcin; Kmiecik, Miłosz; Parkoła, Tomasz (2020): Report on the comparison of Tesseract and ABBYY FineReader OCR engines. Hg. v. Improving Access to Text. Poznań Supercomputing and Networking Center. Online verfügbar unter [https://www.digitisation.eu/fileadmin/Tool\\_Training\\_Materials/Abbyy/PSNC\\_Tesseract-FineReader-report.pdf](https://www.digitisation.eu/fileadmin/Tool_Training_Materials/Abbyy/PSNC_Tesseract-FineReader-report.pdf).
- Helms, Ludger (2007): Die Institutionalisierung der liberalen Demokratie. Deutschland im internationalen Vergleich. Frankfurt [u.a.]: Campus-Verl. (Studien zur Demokratieforschung, 10). ISBN: 3-593-38369-1.
- Heringer, Hans Jürgen (1970): Deutsche Syntax. Berlin: De Gruyter (Sammlung Götschen, 1246/1246a).
- Hitzler, Ronald (1990): Die Politik des Zwischenrufs. Zu einer kleinen parlamentarischen Form. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* : ZParl 21 (4), S. 619–630.
- Hoffmann, Jürgen (1998): Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen: Leske & Budrich. ISBN: 3810021326.
- Hoffmann, Markus (2006): Regierungsstile von Ministerpräsident Johannes Rau 1990 bis 1998. Versöhnen als Machtinstrument. Marburg: Tectum-Verl. ISBN: 9783828891692.
- Hofmann, Wilhelm; Riescher, Gisela (1999): Einführung in die Parlamentarismustheorie. Darmstadt: Wiss. Buchges., [Abt. Verl.] (Die Politikwissenschaft). ISBN: 3534129776.
- Hoinle, Marcus (2004): Ernst ist das Leben, heiter die Politik. Lachen und Karneval als Wesensmerkmale des Politischen. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/27194/ernst-ist-das-leben-heiter-die-politik?p=all>, zuletzt aktualisiert am 05.01.2004, zuletzt geprüft am 28.01.2019.
- Hoinle, Marcus (2001): „Heiterkeit im ganzen Hause“ – Über parlamentarisches Lachen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 32 (2), S. 440–452. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24232256>.
- Holly, Werner (1982): Zur Geschichte parlamentarischen Sprachhandelns in Deutschland. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 12 (47), S. 10.
- Horan, Geraldine (2012): 'IHRE BEISPIELE HINKEN NICHT NUR, SIE SIND SOGAR AMPUTIERT!' BONDING, BOUNDING AND BITING HUMOUR IN GERMAN POLITICAL DISCOURSE. In: *Oxford German Studies* 41 (2), S. 254–270. DOI: 10.1179/0078719112Z.00000000015.
- Inglehart, Ronald (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: *Am Polit Sci Rev* 65 (4), S. 991–1017. DOI: 10.2307/1953494.
- Inglehart, Ronald (1977): The silent revolution. Changing values and political styles among Western publics. Princeton, New Jersey: Princeton University Press (Princeton Legacy Library). DOI: 10.2307/j.ctt13x18ck.
- Inglehart, Ronald; Flanagan, Scott C. (1987): Value Change in Industrial Societies. In: *Am Polit Sci Rev* 81 (4), S. 1289–1319. DOI: 10.2307/1962590.
- Jandura, Olaf (2007): Kleinparteien in der Mediendemokratie. 1. Aufl. (Forschung Kommunikation). ISBN: 3531150189.
- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch). ISBN: 3531150545.
- Johnsen, Björn (1988): Von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung. D. Entwicklung d. Grünen in Hessen 1982 - 1985. Marburg: SP-Verl. Schüren (Texte zur politischen Theorie und Praxis). ISBN: 9783924800055.
- Jörke, Dirk (2012): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 20 (3-4), S. 269–290. Online verfügbar unter [https://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz\\_ZPol\\_10\\_3-4.pdf](https://www.zpol.nomos.de/fileadmin/zpol/doc/Aufsatz_ZPol_10_3-4.pdf), zuletzt geprüft am 02.03.2020.
- Ketolainen, Juha Matti (1990): Erbarmen mit den Stenographen! Zwischenrufe im Deutschen Bundestag. Universität Helsinki.

- Kipke, Rüdiger (1995): Der Zwischenruf - ein Instrument politisch-parlamentarischer Kommunikation? In: Andreas Dörner und Ludgera Vogt (Hg.): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin, New York: De Gruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 6), S. 107–112, zuletzt geprüft am 04.04.2019.
- Kleinert, Hubert (1992a): Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei. Bonn: Dietz. ISBN: 3801201805.
- Kleinert, Hubert (1992b): Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der Grünen. Frankfurt am Main: Eichborn. ISBN: 3821804513.
- Kleinert, Hubert (2008): Die Grünen in Hessen. In: Wolfgang Schroeder (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen: Vom Vier- zum Fünfparteiensystem? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161–183.
- Korte, Karl-Rudolf (2010): Politikmanagement und Politische Kommunikation in westlichen Demokratien. Fallanalysen am Beispiel wohlfahrtsstaatlicher Entscheidungsprozesse in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Schweden und den USA. Studienbrief. Fernuniversität Hagen. Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter [https://vu.fernuni-hagen.de/lvuweb/lvu/file/FeU/KSW/2018WS/34601/oeffentlich/34601-6-01-S1\\_Vorschau.pdf](https://vu.fernuni-hagen.de/lvuweb/lvu/file/FeU/KSW/2018WS/34601/oeffentlich/34601-6-01-S1_Vorschau.pdf), zuletzt geprüft am 18.04.2020.
- Korte, Karl-Rudolf; Fröhlich, Manuel (2004): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. 1. Aufl. Paderborn: Schöningh (UTB, 2436 : Politikwissenschaft). ISBN: 3-506-99012-8.
- Korte, Karl-Rudolf; Michels, Dennis; Schoofs, Jan; Switek, Niko; Weissenbach, Kristina (2018): Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland). DOI: 10.5771/9783845242859.
- Kranenpohl, Uwe (1999): Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994. Zugl.: Passau, Univ., Diss., 1997. Opladen: Westdt. Verl. (Studien zur Sozialwissenschaft, 205). ISBN: 3531132652.
- Kranenpohl, Uwe (2002): "Die ewige Fahrt zwischen Skylla und Charybdis": Die Öffentlichkeitsarbeit parlamentarischer Fraktionen. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. 2., durchges. und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 187–199, zuletzt geprüft am 08.10.2019.
- Kühn, Peter (1983): Der parlamentarische Zwischenruf als mehrfachadressierte Sprachhandlung. In: René Jongen, Sabine de Knop, Peter H. Nelde und Marie-Paule Quix (Hg.): Sprache, Diskurs und Text. Akten des 17. Linguistischen Kolloquiums : Brüssel 1982, Bd. 1. Berlin/Boston: De Gruyter (Linguistische Arbeiten, 133), S. 239–251.
- LAGIS (2020): Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen. Modul "Hessische Biografie". Online verfügbar unter <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/index/sn/bio>, zuletzt geprüft am 01.04.2020.
- Landtag Hessen (1978): Ausschusslisten 9. LP. Online verfügbar unter <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/ausschuesse9.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.
- Landtag Hessen (1982): Ausschusslisten 10. LP. Online verfügbar unter <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/ausschuesse10.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.
- Landtag Hessen (1987): Ausschusslisten 11. LP. Online verfügbar unter <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/ausschuesse11.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (1985): Information 10/11. Online verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI10-11.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (1990): Information 11/22. Online verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI11-22.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (1995): Information 12/29. Online verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI12-29.pdf>, zuletzt geprüft am 08.02.2020.

- Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2009): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch). ISBN: 9783531138435.
- Lazarsfeld, Paul F.; Merton, Robert K.; others (1954): Friendship as a social process: A substantive and methodological analysis. In: *Freedom and control in modern society* 18 (1), S. 18–66.
- Leeper, Thomas J. (2018): tabulizer: Bindings for Tabula PDF Table Extractor Library. R package version 0.2.2.
- Leinemann, Jürgen (1982): Die Angst der Deutschen. Beobachtungen zur Bewußtseinslage d. Nation. Reinbek b. Hamburg: Spiegel-Verl. ((Spiegel-Buch, 21)).
- Lengemann, Jochen (1986): Das Hessen-Parlament 1946 - 1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtages ; 1.-11. Wahlperiode. Vorzugsausg. Frankfurt am Main: Insel-Verl. ISBN: 3-458-14331-6. Online verfügbar unter [http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/lengemann\\_hessenparlament.pdf](http://starweb.hessen.de/cache/hessen/landtag/lengemann_hessenparlament.pdf), zuletzt geprüft am 09.03.2020.
- Limebit GmbH (2020): Open Discourse - Analyse des Deutschen Bundestages mittels Künstlicher Intelligenz. Online verfügbar unter <https://www.opendiscourse.de/>, zuletzt aktualisiert am 24.02.2020, zuletzt geprüft am 27.04.2020.
- Linck, Joachim (1992): Die Parlamentsöffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 23 (4), S. 673–708. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/24225409](http://www.jstor.org/stable/24225409).
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967a): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (Hg.): *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*: Free press (7), S. 1–64.
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (Hg.) (1967b): *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*: Free press (7).
- Luhmann, Niklas (1996): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 666). ISBN: 9783518282663.
- Luke, Douglas (2015): A Users Guide to Network Analysis in R. 1st ed. 2015 (Use R!). DOI: 10.1007/978-3-319-23883-8.
- Mair, Peter (1997): Party system change. Approaches and interpretations. DOI: 10.1093/0198295499.001.0001, zuletzt geprüft am 23.03.2020.
- Malinowski, Bronislaw (1944): A scientific theory of culture, and other essays. Chapel Hill: University of North Carolina Press. Online verfügbar unter <http://www.aspresolver.com/aspresolver.asp?SOTH;S10020302>.
- Manning, Christopher D.; Surdeanu, Mihai; Bauer, John; Finkel, Jenny; Bethard, Steven J.; McClosky, David (2014): The Stanford CoreNLP Natural Language Processing Toolkit. In: Association for Computational Linguistics (ACL) System Demonstrations, S. 55–60. Online verfügbar unter <http://www.aclweb.org/anthology/P/P14/P14-5010>.
- Marcinkowski, Frank (2000): Die Medien-Öffentlichkeit des Parlaments in der "Verhandlungsdemokratie". In: Otfried Jarren, Kurt Imhof und Roger Blum (Hg.): *Zerfall der Öffentlichkeit?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49–73.
- Marschall, Stefan (2002): Parlamentarische Öffentlichkeit — Eine Feldskizze. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): *Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung*. 2., durchges. und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 168–186. Online verfügbar unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09595-8\\_9](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09595-8_9), zuletzt geprüft am 01.10.2019.
- Marschall, Stefan (2003): Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Politik* 50 (4), S. 423–437. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/24228117](http://www.jstor.org/stable/24228117).
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1981): Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. 4., völlig neu bearb. Aufl., 17. - 22. Tsd. Reinbek bei

- Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rowohlt's deutsche Enzyklopädie Rororo-Wissen, 396). ISBN: 3499553961.
- Mayntz, Renate; Neidhardt, Friedhelm (1989): Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten. Eine empirisch explorative Studie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen : ZParl* 20 (3), S. 370–387.
- McFarland, Daniel A.; Ramage, Daniel; Chuang, Jason; Heer, Jeffrey; Manning, Christopher D.; Jurafsky, Daniel (2013): Differentiating language usage through topic models. In: *Poetics* 41 (6), S. 607–625. DOI: 10.1016/j.poetic.2013.06.004.
- McPherson, Miller; Smith-Lovin, Lynn; Cook, James M. (2001): Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. In: *Annu. Rev. Sociol.* 27 (1), S. 415–444. DOI: 10.1146/annurev.soc.27.1.415.
- Mergel, Thomas (2002): Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag. Düsseldorf: Droste (135). ISBN: 3-7700-5249-8.
- Mitkov, Ruslan; McEnery, Tony (2012): *Corpus Linguistics*: Oxford University Press (1). DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199276349.013.0024.
- Müller, Hans-Peter (2012): Wertewandel. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung (Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138454/werte-milieus-und-lebensstile-wertewandel>, zuletzt geprüft am 23.01.2020.
- Müller, Wolfgang C.; Strøm, Kaare (1999): Policy, office, or votes? How political parties in Western Europe make hard decisions. 1. publ: Cambridge University Press (Cambridge Studies in comparative politics). DOI: 10.1017/CBO9780511625695.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1992): Erfolgsbedingungen Grüner Parteien in Westeuropa. In: *Politische Vierteljahresschrift* (2), S. 189–218. Online verfügbar unter [http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/erfolgsbedingungen-gruner-parteien-in-westeuropa\(c4affbf3-ace3-4d08-80ef-287cf06b3422\).html](http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/erfolgsbedingungen-gruner-parteien-in-westeuropa(c4affbf3-ace3-4d08-80ef-287cf06b3422).html).
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen. Opladen: Westdt. Verl. ISBN: 3-531-12303-3.
- Muno, Wolfgang (2009): Fallstudien und die vergleichende Methode. In: *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft : neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 113–131.
- Niedermayer, Oskar (2013a). In: Oskar Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 61–82.
- Niedermayer, Oskar (2013b): Die Analyse von Parteiensystemen. In: Oskar Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 83–118.
- Niedermayer, Oskar (Hg.) (2013c): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-531-18932-1.
- Niehr, Thomas (2000): Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag - eine "Sternstunde" des Parlaments? Untersuchungen zur Debattenkultur im Deutschen Bundestag. In: Armin Burkhardt und Kornelia Pape (Hg.): *Sprache des deutschen Parlamentarismus: Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 241–260.
- Oberreuter, Heinrich (2002): Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): *Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung*. 2., durchges. und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 303–321.
- Offe, Claus (1980): Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, S. 26–42.
- Olschewski, Andreas (2000): Die Verschriftung von Parlamentsdebatten durch die stenographischen Dienste in Geschichte und Gegenwart. In: Armin Burkhardt und Kornelia Pape (Hg.): *Sprache des deutschen Parlamentarismus: Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 336–353. Online verfügbar unter [https://doi.org/10.1007/978-3-663-12377-4\\_15](https://doi.org/10.1007/978-3-663-12377-4_15).

- Open Knowledge Foundation Deutschland (2019): OffenesParlament.de. Online verfügbar unter <https://offenesparlament.de/>, zuletzt aktualisiert am 06.11.2019, zuletzt geprüft am 27.04.2020.
- Panebianco, Angelo (1988): *Political parties: organization and power*. Cambridge University Press.
- Pappi, Franz Urban (1989): Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* 26 (1989), S. 17–27.
- Pappi, Franz Urban (2010): Cleavage. In: *Historical Social Research Supplement* (27), S. 29–31. DOI: 10.12759/hsr.suppl.27.2015.29-31.
- Parsons, Talcott (1985): *Das System moderner Gesellschaften*. Repr (Juventa-Archiv). ISBN: 3-7799-0710-0.
- Patzelt, Werner (1995): Politiker und ihre Sprache. In: Andreas Dörner und Ludgera Vogt (Hg.): *Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne*. Berlin, New York: De Gruyter (Sprache, Politik, Öffentlichkeit, 6), S. 17–54, zuletzt geprüft am 04.04.2019.
- Patzelt, Werner J. (1998a): Parlamentskommunikation. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch mit Lexikonteil*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 431–441.
- Patzelt, Werner J. (1998b): Wider das Gerede vom ‚Fraktionszwang‘! Funktionslogische Zusammenhänge, populäre Vermutungen und die Sicht der Abgeordneten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (2), S. 323–347. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/24229565](http://www.jstor.org/stable/24229565), zuletzt geprüft am 13.03.2020.
- Pedersen, Mogens N. (1982): Towards a New Typology of Party Lifespans and Minor Parties. In: *Scand Pol Stud* 5 (1), S. 1–16. DOI: 10.1111/j.1467-9477.1982.tb00256.x.
- Plotkowiak, Thomas; Stanoevska-Slabeva, Katarina (2013): German politicians and their Twitter networks in the Bundestag Election 2009. In: *FM* 18 (5). DOI: 10.5210/fm.v18i5.3816.
- Poguntke, Thomas (1993): Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie. In: Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–210.
- Poguntke, Thomas (2017): Changing or Getting Changed: The Example of the German Greens since 1979. In: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hg.): *Parties, governments and elites. The comparative study of democracy*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Vergleichende Politikwissenschaft), S. 87–103.
- Probst, Lothar (2013): Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In: Oskar Niedermayer (Hg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 509–540.
- Pursch, Günter (1980): *Parlamentarisches Schimpfbuch*. Frankfurt a. M. [u.a.]: Ullstein (Ullstein-Buch).
- Puschmann, Oliver (2019): Automatisierte Inhaltsanalyse mit R. Sentimentanalyse. Online verfügbar unter <http://inhaltsanalyse-mit-r.de/sentiment.html>, zuletzt geprüft am 11.05.2020.
- Raschke, Joachim; Heinrich, Gudrun (1993): *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verl. ISBN: 3-7663-2474-8.
- Raschke, Joachim; Hurrelmann, Achim (2001): *Die Zukunft der Grünen. "So kann man nicht regieren"*. 2., durchges. Aufl. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl. ISBN: 3-593-36705-X.
- Rauh, Christian (2018a): Validating a sentiment dictionary for German political language—a workbench note. In: *Journal of Information Technology & Politics* 15 (4), S. 319–343. DOI: 10.1080/19331681.2018.1485608.
- Reinhard, Doreen (2019): Werner Patzelt: Der Wahlhelfer. In: *Die Zeit*, 20.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-04/werner-patzelt-cdu-wahlkampf-landtagswahlen-sachsen>, zuletzt geprüft am 15.04.2020.
- Reiser, Marion (2018): Abgehoben und entkoppelt? Abgeordnete zwischen öffentlicher Kritik und Professionalisierungslogik. In: Jenni Brichzin, Damien Krichewsky, Leopold Ringel und Jan Schank (Hg.): *Soziologie der Parlamente*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 111–134.

- Remus, Robert; Quasthoff, Uwe; Heyer, Gerhard (2010): SentiWS - A Publicly Available German-language Resource for Sentiment Analysis. In: Proceedings of the 7th International Language Resources and Evaluation (LREC'10), S. 1168–1171. Online verfügbar unter [http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/490\\_Paper.pdf](http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/490_Paper.pdf), zuletzt geprüft am 01.05.2020.
- Rose, Richard; Mackie, Thomas T. (1983): Incumbency in Government: Asset or Liability? In: Hans Daalder (Hg.): Western European party systems. Continuity & change. Beverly Hills Calif. u.a.: Sage Publ, S. 115–138.
- Sarcinelli, Ulrich (2000): Von der parlamentarisch-repräsentativen zur medial-präsentativen Demokratie? Zum Legimitätswandel demokratischer Politik. In: Armin Burkhardt und Kornelia Pape (Hg.): Sprache des deutschen Parlamentarismus: Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161–171.
- Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. 2., überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. DOI: 10.1007/978-3-531-91458-9.
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and party systems. A framework for analysis. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press. ISBN: 978-0-9547966-1-7.
- Sartori, Giovanni (2006): Demokratietheorie. 3. Aufl., unveränd. Nachdr. der Sonderausg. 1997. Darmstadt: Wiss. Buchges. ISBN: 9783534196098. Online verfügbar unter [http://deposit.dnb.de/cgi-bin/dokserv?id=2715931&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.dnb.de/cgi-bin/dokserv?id=2715931&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Schattschneider, Elmer Eric (1942): Party Government. : New York: Farrar and Rinehart.
- Schiller, Theo (2008): Die FDP Hessen im bürgerlichen Koalitionslager. In: Wolfgang Schroeder (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 142–160. Online verfügbar unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90984-4\\_6](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90984-4_6), zuletzt geprüft am 14.01.2020.
- Schöne, Helmar (2010): Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studien zum Parlamentarismus, 15). ISBN: 978-3-8329-5306-5.
- Schöne, Helmar (2014): Informalität im Parlament: Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Timo Grunden und Stephan Bröckler (Hg.): Informelle Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 155–176.
- Schöne, Helmar; Blumenthal, Julia von (2009): Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studien zum Parlamentarismus, 13). ISBN: 978-3-8329-4621-0.
- Schreyer, Bernhard; Schwarzmeier, Manfred (2005): Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-90335-4.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (2007): Die Logik der parlamentarischen Demokratie | bpb. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 22.08.2007. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/izpb/8377/die-logik-der-parlamentarischen-demokratie?p=all>, zuletzt geprüft am 16.04.2020.
- Schwanholz, Julia; Busch, Andreas (2016): „Like“ Parlament? In: *Z Vgl Polit Wiss* 10 (S2), S. 15–39. DOI: 10.1007/s12286-016-0285-x.
- Schwarzmeier, Manfred (2002): „Nur“ Stilfragen? Informale Verhaltensregeln und Handlungsnormen im Deutschen Bundestag. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. 2., durchges. und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 27–45. Online verfügbar unter [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09595-8\\_2](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09595-8_2), zuletzt geprüft am 01.10.2019.
- Shrouf, A. Naser (2006): Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949 - 1998. Frankfurt am Main [u.a.]: Lang (Angewandte Sprachwissenschaft, 18). ISBN: 3-631-54304-2, zuletzt geprüft am 04.04.2019.
- Siebrands, Jörg (2015): Wahlen und Zahlen. Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter <https://www.wahlen-und-zahlen.de/nordrhein-westfalen.htm>, zuletzt aktualisiert am 15.04.2015, zuletzt geprüft am 01.05.2020.

- Sievert, Carson; Shirley, Kenny (2015): LDAvis: Interactive Visualization of Topic Models. R package version 0.3.2. Online verfügbar unter <https://cran.r-project.org/package=LDAvis>.
- Smith, Gordon (1991): In Search of Small Parties. Problems of Definition, Classification and Significance. In: Ferdinand Müller-Rommel und G. Pridham (Hg.): Small parties in Western Europe. Comparative and national perspectives. London [u.a.]: Sage Publ (Sage modern politics series, 27), S. 23–40.
- Steeg, Fabian (2019): GND reconciliation for OpenRefine: using additional properties to improve matches. Online verfügbar unter <http://blog.lobid.org/2019/09/30/openrefine-examples.html>, zuletzt aktualisiert am 30.09.2019.
- Steffani, Winfried (1997): Gewaltenteilung und Parteien im Wandel. Opladen [u.a.]: Westdt. Verl. ISBN: 3-531-12972-4.
- Sternberger, Dolf (1991): Macht, Recht und die Kunst des Zwischenrufes. In: Dolf Sternberger und Peter Haungs (Hg.): Sprache und Politik. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Insel-Verl. (Schriften, / Dolf Sternberger ; 11), S. 76–80.
- Stone, Philip J. (1966): The general inquirer. A computer approach to content analysis. Cambridge Mass. u.a.: M.I.T. Pr.
- Stopfner, Maria (2015): Bleiben Sie freundlich! Korrektive Prozesse im Parlament. In: *Miscommunication and Verbal Violence*, S. 279–292. Online verfügbar unter [https://tuhat.helsinki.fi/ws/portalfiles/portal/49995712/Dialog3\\_painoon.pdf#page=293](https://tuhat.helsinki.fi/ws/portalfiles/portal/49995712/Dialog3_painoon.pdf#page=293), zuletzt geprüft am 25.09.2019.
- Storrer, Angelika (2008): Hypertextlinguistik. In: Nina Janich (Hg.): Textlinguistik. 15 Einführungen. Tübingen: Narr (Narr-Studienbücher), S. 315–331. Online verfügbar unter <http://textlinguistik.pbworks.com/f/storrer%20hypertext.pdf>, zuletzt geprüft am 08.01.2020.
- Süddeutsche.de (2018): Das gesplante Parlament. Mit der AfD sitzt wieder eine Partei vom rechten Rand im Bundestag. Was hat sich innerhalb weniger Monate mit deren Einzug ins Hohe Haus verändert? Unter Mitarbeit von Katharina Brunner, Sabrina Ebisch, Sebastian Gierke und Martina Schories. Online verfügbar unter <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/die-afd-im-bundestag-e362724/>, zuletzt aktualisiert am 21.12.2018, zuletzt geprüft am 28.01.2019.
- Switek, Niko (2015): Bündnis 90/Die Grünen: Nomos. DOI: 10.5771/9783845239224.
- Terhorst, Stephan (2012): Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena. Eine Inhaltsanalyse am Beispiel der Haushaltsdebatten in Nordrhein-Westfalen zwischen 2000 und 2010. Online verfügbar unter <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=29141>.
- Tukey, John W. (1977): Exploratory data analysis (Addison-Wesley series in behavioral science : Quantitative methods). ISBN: 0201076160. Online verfügbar unter [http://theta.edu.pl/wp-content/uploads/2012/10/exploratorydataanalysis\\_tukey.pdf](http://theta.edu.pl/wp-content/uploads/2012/10/exploratorydataanalysis_tukey.pdf), zuletzt geprüft am 12.01.2020.
- Vögele, Catharina; Thoms, Claudia (2018): Zwischenrufe und Zwischenreaktionen im baden-württembergischen Landtag: Die AfD als isolierte Fraktion. Universität Hohenheim. Online verfügbar unter [https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Zwischenrufe\\_und\\_Zwischenreaktionen\\_im\\_Landtag\\_Baden-Wu\\_\\_rttemberg.pdf](https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/Zwischenrufe_und_Zwischenreaktionen_im_Landtag_Baden-Wu__rttemberg.pdf), zuletzt geprüft am 01.10.2019.
- Vögele, Catharina; Thoms, Claudia (2019): Die isolierte Fraktion. Zwischenreaktionen, Zwischenrufe und die AfD im Baden-Württembergischen Landtag. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 50 (2), S. 306–326. DOI: 10.5771/0340-1758-2019-2-306.
- Wagner, Thomas (2013): „Wir können ja nicht ausschließen, dass uns vielleicht auch einmal jemand zuhört ...“ – Aspekte parlamentarischer Kommunikation. In: *Neue stenografische Praxis: Zeitschrift des Verbandes der Parlaments- und Verhandlungsstenographen e.V.* 61 (4), S. 109–124, zuletzt geprüft am 28.03.2019.
- Waltinger, Ulli (2010): GermanPolarityClues: A Lexical Resource for German Sentiment Analysis. In: Proceedings of the 7th International Language Resources and Evaluation (LREC'10), S. 1638–1642. Online verfügbar unter [http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/91\\_Paper.pdf](http://www.lrec-conf.org/proceedings/lrec2010/pdf/91_Paper.pdf), zuletzt geprüft am 01.05.2020.
- Weber, Max (1922): Grundriss der Sozialökonomik, III. Tübingen: Mohr-Sibbeck.

Weissenbach, Kristina; Bukow, Sebastian U. (2019): Travelling concepts of party institutionalization? A comparative perspective. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 13 (2), S. 157–174. DOI: 10.1007/s12286-019-00426-4.

Wickert, Ulrich (1994): *Der Ehrliche ist der Dumme. Über den Verlust der Werte*. Hamburg: Hoffmann und Campe. ISBN: 9783455850918. Online verfügbar unter <http://www.hoffmann-und-campe.de>.

Wiedemann, Gregor (2013): Opening up to Big Data: Computer-Assisted Analysis of Textual Data in Social Sciences. In: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 38 (4 (146)), S. 332–357. Online verfügbar unter [www.jstor.org/stable/24142701](http://www.jstor.org/stable/24142701).

Wiegols, Jan (1994): Bündnis 90 - Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. In: Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.): *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*. Opladen: Westdt. Verl., S. 142–168.

Wiesendahl, Elmar (2010): Zwei Dekaden Party Change-Forschung. Eine kritische Bilanz. In: David H. Gehne, Tim Spier und Ulrich von Alemann (Hg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann*, Bd. 31. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 92–118.

Willemssen, Roger (2014): *Das Hohe Haus. Ein Jahr im Parlament*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer E-Books. ISBN: 9783104028552.

Willner, Roland (2014): *Neu im Parlament. Parlamentarische Einstiegspraktiken am Beispiel der Hamburgischen Bürgerschaft*. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (Studien zum Parlamentarismus, 24). ISBN: 3848714183. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.5771/9783845254708>, zuletzt geprüft am 20.03.2019.

Wilson, Theresa; Wiebe, Janyce; Hoffmann, Paul (2009): Recognizing Contextual Polarity: An Exploration of Features for Phrase-Level Sentiment Analysis. In: *Computational Linguistics* 35 (3), S. 399–433. DOI: 10.1162/coli.08-012-R1-06-90.

Zima, Elisabeth (2013): *Kognition in der Interaktion. Eine kognitiv-linguistische und gesprächsanalytische Studie dialogischer Resonanz in österreichischen Parlamentsdebatten*. Heidelberg: Winter (OraLingua, 4). ISBN: 3-8253-5982-4.

Zuckerman, Alan; Lichbach, Mark Irving (1977): Stability and Change in European Electorates. In: *World Pol.* 29 (4), S. 523–551. DOI: 10.2307/2010038.

## Software und Softwarepakete

Aristarán, Manuel; Tigas, Mike; Merrill, Jeremy B.; Das, Jason; Frackman, David; Swicegood, Travis (2018): *Tabula. Extract tables from PDF*, 2018. Online verfügbar unter <https://tabula.technology/>, zuletzt geprüft am 15.02.2020.

Blätte, Andreas (2018d): *ctk: corpus toolkit*. R package version 0.2.26. Online verfügbar unter <https://github.com/PolMine/ctk/>, zuletzt geprüft am 04.05.2020.

Blätte, Andreas (2018e): *GermaParl*. Version 1.2.0: Zenodo. Online verfügbar unter <https://github.com/polmine/GermaParl>, zuletzt geprüft am 05.05.2020.

Blätte, Andreas (2019a): *bignlp: Tools to process large corpora line-by-line and in parallel mode*. (dev-branch). R package version 0.0.8. Online verfügbar unter <https://github.com/PolMine/bignlp/tree/dev>, zuletzt geprüft am 04.05.2020.

Blätte, Andreas (2019b): *trickypdf: Turn tricky pdf into txt/xml for corpus preparation*. R package version 0.8.0. Unter Mitarbeit von Christoph Leonhardt. Online verfügbar unter <https://github.com/PolMine/trickypdf>, zuletzt geprüft am 05.02.2020.

Blätte, Andreas (2020): *cwbtools: Tools to create, modify and manage CWB Corpora*. R package version 0.2.0. Unter Mitarbeit von Christoph Leonhardt. Online verfügbar unter <https://CRAN.R-project.org/package=cwbtools>.

Blätte, Andreas (forthcoming 2020): *frappp: Framework for Parsing Plenary Protocols*. R package version 0.4.1.9005. Unter Mitarbeit von Christoph Leonhardt.



- Blätte, Andreas; Desgraupes, Bernard; Loiseau, Sylvain (2019c): RcppCWB: 'Rcpp' Bindings for the 'Corpus Workbench' ('CWB'). R package version 0.2.8. Online verfügbar unter <https://cran.r-project.org/package=RcppCWB>.
- Chen, Jianfei; Li, Kaiwei; Zhu, Jun; Chen, Wenguang (2015): WarpLDA: a Cache Efficient O(1) Algorithm for Latent Dirichlet Allocation. Online verfügbar unter <http://arxiv.org/pdf/1510.08628v2>.
- Csardi, Gabor; Nepusz, Tamas (2006): The igraph software package for complex network research. In: *InterJournal Complex Systems*, S. 1695. Online verfügbar unter <http://igraph.org>.
- Gagolewski, Marek (2019): stringi: Character string processing facilities. R package version 1.4.6. Online verfügbar unter <http://www.gagolewski.com/software/stringi/>.
- Ham, Kelli (2013): OpenRefine (version 2.5). <http://openrefine.org>. Free, open-source tool for cleaning and transforming data. In: *J Med Libr Assoc* 101 (3), S. 233–234. DOI: 10.3163/1536-5050.101.3.020.
- Pedersen, Thomas Lin (2020): tidygraph: A Tidy API for Graph Manipulation. R package version 1.1.2. Online verfügbar unter <https://cran.r-project.org/package=tidygraph>.
- Rauh, Christian (2018b): Replication Data for: Validating a sentiment dictionary for German political language. DRAFT VERSION: Harvard Dataverse. DOI: 10.7910/DVN/BKBXWD.
- Schmid, Helmut (1999): Improvements in Part-of-Speech Tagging with an Application to German. In: Susan Armstrong, Kenneth Church, Pierre Isabelle, Sandra Manzi, Evelyne Tzoukermann and David Yarowsky (Hg.): *Natural Language Processing Using Very Large Corpora*. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 13–25. Online verfügbar unter <https://www.cis.uni-muenchen.de/~schmid/tools/TreeTagger/>, zuletzt geprüft am 05.05.2020.
- Selivanov, Dmitriy; Bickel, Manuel; Wang, Qing (2020): text2vec: Modern Text Mining Framework for R. R package version 0.6, 18.02.2020. Online verfügbar unter <https://cran.r-project.org/web/packages/text2vec>, zuletzt geprüft am 05.05.2020.
- Smith, R. (2007): An Overview of the Tesseract OCR Engine. In: *Proceedings of the Ninth International Conference on Document Analysis and Recognition - Volume 02*. USA: IEEE Computer Society (ICDAR '07), S. 629–633. Online verfügbar unter <https://github.com/tesseract-ocr/tesseract>, zuletzt geprüft am 05.05.2020.
- Wickham, Hadley (2016): ggplot2: Elegant Graphics for Data Analysis: Springer-Verlag New York. ISBN: 978-3-319-24277-4. Online verfügbar unter <https://ggplot2.tidyverse.org>, zuletzt geprüft am 03.05.2020.
- Wickham, Hadley (2019): stringr: Simple, Consistent Wrappers for Common String Operations. R package version 1.4.0. Online verfügbar unter <https://CRAN.R-project.org/package=stringr>.